



Landtag von Baden-Württemberg

27. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 8. März 2017 • Haus des Landtags

Beginn: 10:00 Uhr

Mittagspause: 13:29 bis 14:30 Uhr

Schluss: 17:35 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	1407	Abg. Dorothea Wehinger GRÜNE	1437
Glückwünsche zum Geburtstag der Abg. Claus Paal und Andreas Glück	1407	Abg. Christine Neumann CDU	1438
1. Aktuelle Debatte – Türkischer Wahlkampf trifft auf deutschen Rechtsstaat – beantragt von der Fraktion der CDU	1407	Abg. Dr. Christina Baum AfD	1440
Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU	1407	Abg. Sabine Wölfler SPD	1441
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	1409	Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	1442
Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD	1411, 1419	Staatssekretärin Bärbl Mielich	1443
Abg. Andreas Stoch SPD	1412, 1418	Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	1446
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	1414, 1419	Beschluss	1447
Minister Thomas Strobl	1415, 1418	4. Regierungsbefragung	
Abg. Stefan Räßle AfD (Kurzintervention)	1417	4.1 Umsetzungskonzeption des Landes für den Bundesfernstraßenbau und Maßnahmen aus dem Bundesverkehrswegeplan 2030	1447
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	1420	Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE	1447, 1452
2. Aktuelle Debatte – Fahrverbote durch Fein- staub: Grün-schwarze Panikpolitik zum Scha- den der Dieselfahrzeughalter und der baden- württembergischen Automobilindustrie – be- antragt von der Fraktion der AfD	1420	Minister Winfried Hermann	1447, 1448, 1449, 1450, 1451, 1452
Abg. Bernd Gögel AfD	1420	Abg. Felix Schreiner CDU	1448
Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE	1422, 1436	Abg. Martin Rivoir SPD	1448
Abg. Felix Schreiner CDU	1425	Abg. Jürgen Keck FDP/DVP	1449
Abg. Martin Rivoir SPD	1427	Abg. Klaus Burger CDU	1449
Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	1429	Abg. Daniel Renkonen GRÜNE	1450
Minister Winfried Hermann	1431	Abg. Thomas Hentschel GRÜNE	1450
Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP	1436	Abg. Thomas Dörflinger CDU	1451
3. Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Soziales und Integration – Frauenpolitik in Ba- den-Württemberg – Drucksache 16/1578 (Be- richtigte Fassung)	1437	Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE	1451
		Abg. Dorothea Wehinger GRÜNE	1451
		4.2 „Zukunftsplan Jugend“	1452
		Abg. Andreas Kenner SPD	1452, 1454
		Minister Manfred Lucha	1453, 1454
		Abg. Rainer Hinderer SPD	1453
		5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Änderung des Ab- geordnetengesetzes – Drucksache 16/1666	

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 16/1727.	1455	der Rechnung des Rechnungshofs (Einzelplan 11) für das Haushaltsjahr 2014 durch den Landtag – Drucksachen 16/1083, 16/1143	
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE.	1455		
Abg. Nicole Razavi CDU.	1456	c) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu dem Antrag des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 15. Dezember 2015 – Haushaltsrechnung des Landes Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2014 – Drucksachen 15/7900,16/1144 .	1462
Abg. Rüdiger Klos AfD.	1457		
Abg. Reinhold Gall SPD.	1457	Präsident Max Munding.	1462
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP.	1459	Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE.	1465
Abg. Bernd Gögel AfD.	1461	Abg. Joachim Kößler CDU.	1467
Beschluss.	1461	Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD.	1468
6. a) Beschlussempfehlungen und Berichte des Ausschusses für Finanzen zu den Mitteilungen des Rechnungshofs vom 14. Juli 2016 – Denkschrift 2016 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Drucksachen 16/100, 16/101 bis 16/127 und 16/801 bis 16/827		Abg. Peter Hofelich SPD.	1470
		Abg. Andreas Glück FDP/DVP.	1472
b) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu dem Antrag des Rechnungshofs vom 28. November 2016 – Prüfung		Ministerin Edith Sitzmann.	1474
		Beschluss.	1476
		Nächste Sitzung.	1477

Protokoll

über die 27. Sitzung vom 8. März 2017

Beginn: 10:00 Uhr

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Einen wunderschönen guten Morgen! Ich eröffne die 27. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

(Unruhe)

Urlaub für heute habe ich Frau Abg. Andrea Lindlohr und Frau Abg. Nese Erikli erteilt.

Krankgemeldet sind Herr Ministerpräsident Kretschmann, Herr Staatsminister Murawski und Herr Abg. Ernst Kopp.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich ganztätig Herr Minister Guido Wolf, ab ca. 14 Uhr Herr Minister Thomas Strobl und ab ca. 14:10 Uhr Herr Minister Franz Untersteller. Ganztätig entschuldigt hat sich außerdem Frau Staatsrätin Gisela Erler.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben heute zwei Geburtstagskinder in unseren Reihen. Im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen, lieber Herr Kollege Paal, sehr herzlich zu Ihrem runden Geburtstag und wünsche alles Gute. – 40 war er schon.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Auch Ihnen, lieber Herr Kollege Glück, gratuliere ich im Namen aller Kolleginnen und Kollegen sehr herzlich und wünsche alles Gute.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Liebe Kolleginnen, der Blumengruß, den Sie heute Morgen erhalten haben, stammt von der Frau Präsidentin und hat nichts mit den Geburtstagen zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Sie wird aber nachher selbst etwas dazu sagen.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Türkischer Wahlkampf trifft auf deutschen Rechtsstaat – beantragt von der Fraktion der CDU

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredzeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je

Fraktion zur Verfügung. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Das Wort für die CDU-Fraktion erhält Herr Fraktionsvorsitzender Dr. Reinhart.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! „Gaggenau ... hat Weltpolitik gemacht“, so stand es in der „Süddeutschen Zeitung“ – die Kollegin Felder lächelt –, nachdem die Stadt Gaggenau die Kundgebung mit dem türkischen Justizminister vergangenen Donnerstag untersagt hatte. Tatsächlich hat die Gaggenauer Stadtverwaltung aber in erster Linie eine Verwaltungsentscheidung getroffen, und sie hat dies so getan, wie es in Deutschland und in Baden-Württemberg üblich und richtig ist – nämlich nach Recht und Gesetz, verantwortungsvoll, professionell und vor allem politisch unabhängig.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Nicht politische Gründe waren für die Entscheidung ausschlaggebend. Es war vielmehr die Tatsache, dass der Veranstalter gegenüber der Stadt schlichtweg falsche Angaben gemacht hatte. Aus der ursprünglich angemeldeten Mitgliederversammlung einer lokalen Vereinsgliederung war nämlich auf einmal eine Großkundgebung geworden. Unter diesen Bedingungen sah die Stadt den geordneten Ablauf nicht mehr gewährleistet.

Es geht nicht, dass eine geschlossene Veranstaltung angemeldet wird, dann aber auf einmal Generalkonsul, Botschafter, Minister auflaufen und dafür noch im Internet öffentlich geworben wird. Wer meint, die Behörden täuschen zu können, der muss dann auch mit einem Verbot leben.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Das ist auch normales Verwaltungsgeschäft. Es ist selbstverständlicher Teil unseres rechtsstaatlichen Verfahrensstandards, und vor allem gehört es zu unseren Spielregeln, die bei uns immer für alle gelten.

Die Empörung der türkischen Regierung ist daher aus unserer Sicht völlig fehl am Platz. Ich will das ausdrücklich sagen. Wir stehen hier im Landtag voll hinter unseren baden-württembergischen Kommunen, wenn sie ihre Verantwortung nach sauberer Abwägung ausüben und Recht vollziehen. Wir lassen sie mit dieser schwierigen Spannungslage zwischen Verwaltungsverfahren und Außenpolitik nicht allein, und wir ver-

(Dr. Wolfgang Reinhart)

urteilen jeden Versuch, unsere Behörden politisch unter Druck zu setzen oder gar einzuschüchtern, sogar mit Bombendrohungen. Das geht nicht. Deutschland ist ein Rechtsstaat.

(Beifall bei der CDU, den Grünen und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

Wir erwarten, dass dieser Rechtsstaat und seine Entscheidungen respektiert werden – in Gaggenau, in Ankara und auch sonst überall in der Welt.

Selbstverständlich dürfen sich auch die hier lebenden türkischen Staatsangehörigen zu politischen Kundgebungen versammeln. Das steht nicht zur Diskussion, und das ist auch gelebte Realität. Natürlich dürfen hier bei uns auch türkische Minister und ausländische Regierungsvertreter öffentlich auftreten und frei reden. Der türkische Präsident müsste das selbst am besten wissen, denn immerhin hat er 2008, 2014 und 2015 Kundgebungen, Wahlkampfauftritte in Deutschland abgehalten, übrigens u. a. in Karlsruhe.

Dabei gibt es durchaus gute Argumente, übrigens auch überzeugende Rechtsprechung und Zeitungsartikel – das wissen Sie, wenn Sie gestern die FAZ gelesen haben –, die klar unterstreichen: Unsere Grundrechte sind kein Instrument für ausländische Regierungsvertreter, hierzulande Politik zu machen. Es gibt in unserer Rechtsordnung keinen Anspruch für Politiker anderer Staaten, auf deutschem Boden in öffentlichen Versammlungen Wahlwerbung zu machen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der AfD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Warum machen sie es dann?)

Wir wollen auch nicht, dass innertürkische Streitereien auf deutschen Straßen ausgetragen werden.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der AfD)

Aber ich bin überzeugt, unsere Demokratie wird auch das aushalten; denn auch das macht unseren Rechts- und Verfassungsstaat aus: Bei uns gilt Meinungsfreiheit, bei uns gilt Versammlungsfreiheit, bei uns gilt Pressefreiheit. Es wäre schön, wenn wir von der Türkei und vor allem in der Türkei in Zukunft wieder sagen könnten, dass Demokratie und Pluralismus gelten. Denn darum geht es in dieser Diskussion.

(Beifall bei der CDU, Abgeordneten der Grünen und der AfD sowie des Abg. Gernot Gruber SPD)

Ich sehe übrigens gar kein Problem, dass ein Volk in freier Selbstbestimmung von einem parlamentarischen System in eine präsidentielle Demokratie wechselt, solange dabei Grundrechte, Gewaltenteilung, Vorstellungen der Demokratie beachtet werden und gewahrt sind.

(Abg. Anton Baron AfD: Glauben Sie daran?)

In der autoritären Türkei Erdogans sind aber schon heute viele fundamentale Rechte und vor allem Grundfreiheiten bedroht, wie wir den täglichen Veröffentlichungen entnehmen können.

Deshalb ist klar: Wenn die türkische Regierung die Wahlkampagne nach Deutschland trägt, dann muss sie sich hier auch

eine kritische Diskussion gefallen lassen. Dazu gehört, dass hier in Deutschland unliebsame Journalisten nicht weggesperrt werden. Dazu gehört, dass in Deutschland Verwaltung und Justiz nicht per Machtspruch gesteuert werden. Dazu gehört auch ein zivilisierter politischer Diskurs, wie wir ihn als Demokraten pflegen und von unseren Partnern – übrigens in NATO und Europarat – auch erwarten dürfen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD)

Deshalb sage ich: Politische Provokationen, rhetorische Drohgebärden und auch Nazivergleiche weisen wir in aller Deutlichkeit zurück.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Auch der türkische Präsident und seine Anhänger werden es ertragen müssen, wenn wir sagen: Wer die Abwicklung der türkischen Demokratie betreibt, befördert und bejubelt, der steht nicht auf dem Boden unserer Werteordnung. Auch diese Feststellung erlauben wir uns in aller Freiheit gegenüber dieser Regierung auszudrücken.

Es ist, finde ich, übrigens besonders schade, wenn mit einer solchen polternden Politik das gute Verhältnis zwischen Deutschland und der Türkei durch diese Vorgänge erheblich beschädigt wird. Ich finde, Erdogan schadet damit zuallererst seinem eigenen Land.

Wir haben heute Morgen die Bilder der Eröffnung der ITB Berlin gesehen. Im Tourismus in die Türkei sind die Frühbucherzahlen um 58 % zurückgegangen, schreibt heute Morgen DIE WELT. 15 % des türkischen Bruttoinlandsprodukts sind allein dem Tourismus zu verdanken. Deutschland ist der größte Handelspartner der Türkei. Die türkische Lira hat um mehr als 20 % an Wert verloren.

Die Konflikte, die derzeit vom Zaun gebrochen werden, finde ich, bringen vor allem der Türkei nur Nachteile. Das ist schade.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Das kann auch nicht im Sinne der drei Millionen Menschen türkischer Herkunft sein, die hier bei uns in Deutschland leben.

Ich möchte einen weiteren Aspekt, einen Aspekt aus unserem Koalitionsvertrag, ansprechen. Wir tun alles für die Integration, wie wir das im Koalitionsvertrag festgelegt haben. Wir wollen keine Parallelgesellschaften. Gerade die jetzige Politik der Spaltung aus Ankara verhindert Integration, schafft Misstrauen und führt zu Entfremdung.

Deshalb möchte ich zum Schluss noch einen weiteren Aspekt ansprechen. Denn tatsächlich geht es um noch etwas: Erdogan will nach innen und nach außen deutlich machen, wie weit sein Arm reicht. Er will unverhohlen zeigen, dass er auch hier in Deutschland die Massen in Bewegung bringt. Es geht um die gezielte expansive Einflusspolitik des türkischen Regimes auch hier bei uns. Es geht um den Machtanspruch einer Türkei, die sich unter Erdogan „auf dem Weg in die Demokratie“ befindet, wie es der Journalist Baverez in der WELT geschrieben hat.

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, diesem demonstrativen Machtanspruch und der autokratischen Willkür treten wir entschieden entgegen, und zwar mit der Kraft der Freiheit und mit der Kraft des Rechts.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Stelly. Präsident Wilfried Klenk: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE fährt das Rednerpult nach oben. – Abg. Winfried Mack CDU: Stopp!)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die angekündigten Wahlkampfauftritte türkischer Minister in Deutschland haben in den vergangenen Tagen für große Diskussionen gesorgt. Die Kritik ist nachvollziehbar. Im April soll die türkische Bevölkerung über ein Verfassungsreferendum abstimmen. Dieses Referendum soll dem Präsidenten weitreichende Rechte einräumen. Es besteht die große Sorge, dass die Türkei in eine Diktatur abgleitet.

Wenn der türkische Präsident Erdogan in Deutschland um ein Ja bei dem anstehenden Referendum wirbt, das wesentlichen Prinzipien und Grundpfeilern unserer Werteordnung, unserer Verfassungsordnung widerspricht, dann sehen wir das als Versuch der Spaltung an. Das ändert aber nichts daran, dass wir uns der Diskussion mit ihm stellen und auch der Diskussion mit seinen Ministern stellen wollen. Denn unser Land ist eine gefestigte Demokratie. Unsere Grundpfeiler sind die Meinungsfreiheit, die Pressefreiheit, die Versammlungsfreiheit, die Freiheit in Forschung und Lehre. Das ist unsere Werteordnung.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Es ist nicht leicht auszuhalten, dass nunmehr mit den Mitteln unseres demokratischen Rechtsstaats versucht wird, für ein politisches System zu werben, das ebendiese Freiheiten infrage stellt. Dieser Gedanke, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist nicht leicht auszuhalten.

Dabei ist unsere Verfassungslage klar. Wir können nicht alles, was wir nicht mögen, verbieten. Der Staat muss es aushalten, wenn Menschen ihm kritisch begegnen. In unserem freiheitlichen Gemeinwesen muss es jeder Einzelne aushalten, mit anderen Meinungen konfrontiert zu werden.

Wir in Deutschland haben großartige Freiheiten – Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit. Diese ermöglichen den politischen Diskurs, diese ermöglichen gesellschaftlichen Wandel, und sie haben uns in Baden-Württemberg letztendlich auch immer wieder vorangebracht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Diese Freiheiten gelten hierzulande für jeden, unabhängig von Herkunft, Weltanschauung und Religion. Auch türkische Minister dürfen sie in Anspruch nehmen.

Mir gefallen viele Ansichten der türkischen Regierung nicht. Ich halte sie in der Sache für falsch. Aber ich stehe dazu: In

unserem Rechtsstaat darf jeder seine Meinung äußern, auch wenn sie mir persönlich nicht gefällt.

Wenn der türkische Außenminister also sagt, dass er überall hingehen könne und niemand ihn daran hindern könne, dann sagt er nichts über sich aus, sondern im Grunde über uns, über unsere Demokratie, nämlich dass unsere Demokratie stark und selbstbewusst ist.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Wir wollen Meinungen, die wir nicht teilen, nicht mit Verboten begegnen, sondern wir stellen uns dem Diskurs, wir stellen uns der Auseinandersetzung. Aber wir fragen auch die türkische Regierung: Darf sich die türkische Bevölkerung überall versammeln? Darf sich die türkische Bevölkerung überall versammeln und ihre Meinung äußern? Wie sieht es mit dem Ausreiseverbot für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus?

Schauen Sie sich an: Amnesty International berichtet, dass das Recht auf Versammlungsfreiheit in der Türkei per Gesetz eingeschränkt worden ist. Verstehen wir das etwa unter Freiheit und Demokratie? Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Die Polizei nimmt Inhaftierungen ohne richterliche Überprüfungen vor, es kommt zu willkürlichen Festnahmen. Kann denn so eine freie Willensbildung stattfinden? Gewährleistet der türkische Außenminister denn das, was er hier für sich in Anspruch nimmt, in der Türkei? Große Fragezeichen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

In Baden-Württemberg, in Deutschland wäre das nicht vorstellbar. Wir sind ein freiheitlicher Rechtsstaat. Wir haben eine gefestigte, eine wehrhafte Demokratie. Wir lösen politischen Streit nicht durch Verbote, sondern durch Diskurs. Daher haben wir Fragen. Dürfen deutsche Politikerinnen und deutsche Politiker in die Türkei reisen und dort Wahlkampf machen? Dürfen denn unsere Politikerinnen und Politiker in Istanbul auf dem Taksim-Platz auftreten und dort kritische Worte, Worte über freie Presse und unabhängige Justiz verlieren? Dürfen sie dort beispielsweise für religiöse Vielfalt und die gleichgeschlechtliche Ehe eintreten? Große Fragezeichen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Oder wie sieht es mit der Pressefreiheit aus? Warum gehört die Türkei zu den Ländern, in denen es weltweit die meisten inhaftierten Journalistinnen und Journalisten – Platz 151 von 180 der Weltrangliste – gibt?

Während ich hier im Landtag von Baden-Württemberg spreche, sitzt Deniz Yücel, deutsch-türkischer Journalist der WELT, in türkischer Untersuchungshaft, weil er kritisch über die Türkei berichtet hat. Er darf eben nicht überall hingehen und alles sagen, so wie es der türkische Außenminister für sich in Anspruch nimmt. Daher ist für mich und für die grüne Fraktion ganz klar: Wir fordern die Freilassung von Deniz Yücel. Wir fordern ein rechtsstaatliches Verfahren.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP sowie des Abg. Rüdiger Klos AfD)

(Andreas Schwarz)

Die Veranstaltung mit dem türkischen Minister in Gaggenau wurde abgesagt. Das hat aber keinen politischen Hintergrund. Ich glaube, da besteht ein Missverständnis mit der Türkei. Denn Versammlungen werden bei uns nicht abgesagt, weil sie politisch unliebsam sind, sondern sie werden dann abgesagt, wenn die Sicherheitslage als kritisch eingeschätzt wird – so, wie es eben in Gaggenau war. Dann entspricht es den Regeln unseres Rechtsstaats, dass zum Schutz der Versammlungsteilnehmerinnen und Versammlungsteilnehmer Veranstaltungen abgesagt werden. Die Stadt Gaggenau hat in meinen Augen korrekt gehandelt. Ich habe großen Respekt vor der Entscheidung von Bürgermeister Michael Pfeiffer; es war sicher keine leichte Situation, in der die Stadt hier stand.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD sowie des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Lassen Sie mich einen weiteren wichtigen Punkt ansprechen: Das Entscheidende für uns ist – und das ist das große Problem in dieser Diskussion –: Es gibt bislang von der deutschen Bundesregierung keine gemeinsame Türkeistrategie. Wir müssen eine solche gemeinsame Türkeistrategie entwickeln. Denn die Türkei bleibt wichtig. Dieses Thema müssen Regierung und Opposition gemeinsam bearbeiten. Unser Bundesvorsitzender, der Stuttgarter Abgeordnete Cem Özdemir, hat für die Grünen die Bereitschaft dazu erklärt. Darüber freue ich mich, und ich rufe auch die anderen Parteien hierzu auf – CDU, SPD und FDP –,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Der wollte noch, dass die Türkei der EU beitrifft! – Gegenruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

gemeinsam an einer Neuausrichtung der Türkeistrategie zu arbeiten.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Klos?

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Lassen Sie mich noch ein paar Sätze sagen, und dann nehmen wir die Zwischenfrage auf.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Dann gibt es keine Zwischenfrage mehr. – Fahren Sie fort.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Warum ist uns die Türkeistrategie so wichtig? Wir haben ein strategisches Interesse daran, dass die Türkei nicht in Richtung Russland abdriftet. Wir wollen nicht, dass in der Türkei ein fundamentaler Islam oder ein Ultranationalismus erstarkt.

Die Türkei und Deutschland – Kollege Wolfgang Reinhart hat es angesprochen – verbindet eine über viele Jahre gewachsene, enge Freundschaft. Wir wünschen uns die Türkei weiterhin als einen starken Handelspartner, wir wünschen Kooperationen mit türkischen Universitäten, und ebenso, Herr Minister Strobl, das gemeinsame Eintreten gegen den internationalen Terrorismus. Daher wollen wir die demokratischen Kräfte in der Türkei, die vielen Journalistinnen und Journalisten, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, die vielen Wissenschaftler, die sich für eine kritische Auseinandersetzung stark-

machen, nicht alleinlassen. Wir wollen sie aktiv unterstützen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU und der SPD)

Unzweifelhaft ist für diplomatische Fragen der Bund zuständig. Aber schauen wir uns an, was wir im Land machen können. Frau Ministerin Bauer, Sie sind da ja vorbildhaft unterwegs. Ihr Haus hat einen Fonds für verfolgte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der Türkei eingerichtet.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das muss man mal würdigen! – Weitere Zurufe!)

Wir geben ihnen damit die Möglichkeit, hier bei uns in Baden-Württemberg in Freiheit zu forschen. Ich finde, das ist in Anbetracht der aktuellen Situation ein ganz wichtiges Signal, das Baden-Württemberg in die Türkei ausstrahlt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir müssen darüber hinaus an die vier Millionen Türken in Deutschland – teilweise sind es inzwischen ja deutsche Staatsbürger, die türkische Wurzeln haben – denken. Eine halbe Million von ihnen lebt in Baden-Württemberg. Die überwiegende Mehrheit ist gut, ist sehr gut bei uns integriert. Es stimmt uns dennoch nachdenklich, wenn Menschen, die lange hier leben, die teilweise hier auch geboren sind, empfänglich für demokratiefeindliche Verfassungsänderungen sind.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es leider!)

In Baden-Württemberg werden wir diese Menschen weiterhin gut einbinden, gut integrieren. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen zwei Staatsbürgerschaften haben können und ihnen die Einbürgerung ermöglicht wird. Für diese Einbürgerung in die deutsche Staatsbürgerschaft wollen wir aktiv werben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Dann brauchen wir nicht die doppelte Staatsbürgerschaft, Herr Kollege!)

Wir schätzen die politische Vielfalt, den politischen Streit. Beides findet auf dem Boden des Grundgesetzes statt.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD)

Das, was uns immer zusammengebracht hat, waren die Diskussion, der Austausch, der Streit auf Basis der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Deutschland ist eine starke, eine gewachsene Demokratie; die Meinungsfreiheit steht bei uns im Mittelpunkt. Genau das wünschen wir uns auch von der Türkei.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Sehr gut!)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Meuthen.

Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kollegen Abgeordnete, meine Damen und Herren! Der Titel der heutigen, von der CDU beantragten Aktuellen Debatte impliziert zunächst einmal, dass unser Staat, der deutsche Staat, ein Rechtsstaat ist. Doch was zeichnet einen Rechtsstaat aus? Einen Rechtsstaat zeichnet vor allem die rechtliche Bindung verfassungsmäßiger Gewalten aus, die sein Handeln insbesondere durch geltendes Recht begrenzen, um die Freiheit des Einzelnen zu sichern. Mit Verlaub, meine Damen und Herren, diesen Kriterien kommt der deutsche Staat inzwischen kaum mehr nach.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD)

Die multiplen Rechtsbrüche der schon länger hier Regierenden sind der beste Beweis dafür.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Ich denke hier insbesondere an die multiplen Rechtsbrüche, etwa an den Bruch des Maastricht-Vertrags, etwa an das Brechen der Nichtbeistandsklausel in den Europäischen Verträgen im Zuge der sogenannten Griechenlandrettung, etwa an die Schuldenvergemeinschaftung im Namen der wahnwitzigen Eurorettungsorgie, etwa an die völlig verantwortungslose und grundgesetzwidrige Politik der offenen Grenzen, mit der ein Verlust der Souveränität unseres Landes einherging und weiter einhergeht – und all das sogar aktiv betrieben von unserer Regierung.

Einigkeit und Recht und Freiheit werden einer im wahrsten Sinn des Wortes grenzenlos naiven EU-Verabsolutierung geopfert, und das ist ein Skandal.

(Beifall bei der AfD)

Dies vorab.

Nein, meine sehr geehrten Damen und Herren, so schaut kein Rechtsstaat aus. So schaut ein Staat aus, der seine Rechtsstaatlichkeit schrittweise und schleichend untergräbt. So schaut der Staat von Angela Merkel und Martin Schulz aus, die so beliebig austauschbar sind, dass man sie in Anlehnung an meinen Parteifreund Marc Jongen auch als „Margela Schurkel“ bezeichnen kann.

(Beifall bei der AfD – Abg. Winfried Mack CDU: Mein Gott!)

So schaut der „Schurkelstaat“ aus, der ohnmächtige „Schurkelstaat“, wie ich betone.

Dass der Despot vom Bosphorus Recep Tayyip Erdogan

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Der Mächtegem-despot Meuthen!)

einem solchen Staat und einer solchen Regierung keinen Respekt zollt,

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

spricht Bände und sollte den schon länger hier Regierenden zu denken geben.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Sie alle kennen vermutlich das jüngste Zitat von Erdogan, das da lautet – ich erlaube mir zu zitieren –:

Wenn ich will, komme ich morgen. Ich komme, und wenn ihr mich nicht hereinlasst oder mich nicht sprechen lasst, dann werde ich einen Aufstand machen.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Ja, das klingt ungeheuerlich. Das klingt wie eine Drohung, und, meine Damen und Herren, es ist auch eine.

(Lachen des Abg. Winfried Mack CDU)

Aber es ist nun mal so, dass Staaten so behandelt werden, wie sie sich behandeln lassen. Wenn sich der deutsche Staat so behandeln lässt, liebe Kollegen, dann lässt das tief blicken.

Ich zitiere dazu – mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie zitieren doch schon die ganze Zeit!)

den Publizisten Roland Tichy:

Erdogan führt Merkel vor. Seit sie ihn zum Zöllner ernannt hat, der gegen Bezahlung die Schmutzarbeit erledigen soll, damit sie ihren moralischen Imperativ pflegen kann, seither ist sie abhängig von ihm.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ach komm, hör auf!)

Wenn Erdogan will, öffnet er die Grenzen wieder für Migranten, die es Richtung Deutschland zieht. Er hat Merkel in der Hand – und uns alle.

Man muss es in dieser Deutlichkeit sagen: Die Bundesregierung gibt Deutschland der Lächerlichkeit preis.

(Beifall bei der AfD)

Wir werden hier von Halbmondsultanen aus Ankara, die uns im Würgegriff halten, am Nasenring durch die Manege geführt. Das, was wir hier erleben, ist die totale Unterwerfung.

(Widerspruch der Abg. Dr. Wolfgang Reinhart und Winfried Mack CDU)

So darf es auch nicht wundern, wenn Erdogan deutschen Boden als Wahlkampfarena nutzt, um mit seiner fünften Kolonne in einen Propagandafeldzug zu ziehen, der nichts Geringeres zum Ziel hat als die Abschaffung der Demokratie zugunsten einer Diktatur.

(Beifall bei der AfD)

Übrigens ist das keine ganz neue Position; inzwischen sehen das hier im Haus ja viele so. Mein Kollege Emil Sänze hat dies übrigens schon in der 17. Sitzung am 10. November des vergangenen Jahres genau so vorhergesagt, und damals wurde er von Ihnen dafür noch belächelt.

Wenn türkische Regierungsmitglieder unangemeldet durch Deutschland touren, um Wahlkampf zu machen, ohne darüber die Bundesregierung auch nur zu informieren, wirkt das in etwa so, als ob wir es mit türkischen Kolonialherren zu tun hätten, die hier machen, was sie wollen, während Merkel und

(Dr. Jörg Meuthen)

Co. schweigen, kuschen und sich wegducken. Das, was wir da erleben, ist die Inkarnation politischer Peinlichkeit.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

All dies vollzieht sich unter frenetischem Beifall Zehntausender jubelnder Erdogan-Anhänger, die demonstrativ die rote Flagge mit dem Mondstern hissen – ein stechender Beweis für das Scheitern der kunterbunten Integrationsutopie, von der zu viele Türken mit und ohne deutschen Pass schlichtweg nichts, aber auch wirklich gar nichts halten: Deutschlandverachtung bei gleichzeitiger Inanspruchnahme sozialstaatlicher Privilegien, gepaart mit obsessivem Erdogan-Kult. Die doppelte Staatsbürgerschaft sollte Integration herstellen, hat aber das Entstehen von Parallelgesellschaften begünstigt.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, Deutschland muss seine Souveränität verteidigen. Zu dieser Verteidigung der Souveränität gehört, wenn es nicht anders geht, auch ein Einreiseverbot für Herrn Erdogan und seine Paladine. Und es geht nicht anders.

(Beifall bei der AfD)

Die Türkei ist nicht mehr die kemalistische Türkei, der wir mit Recht große Hochachtung gezollt haben. Erdogan hat dieses Land leider gründlichst umgekrempelt. Was wir gegen diese Politik des Herrn Erdogan brauchen, ist klare Kante und sonst nichts.

(Beifall bei der AfD)

Was wir nicht brauchen, ist einen Weichspüler namens Armin Laschet. Laschet hat auf die Frage, ob man ein Einreiseverbot gegen Erdogan verhängen oder das Ganze erst mal weiterlaufen lassen sollte, herumorakelt, dass es etwas dazwischen gäbe, und sich erdreistet, an die ominöse Zivilgesellschaft zu appellieren, die die von der Politik nicht erledigte Drecksarbeit nun schultern soll. Das ist nichts anderes als eine politische Bankrotterklärung, eine Minusleistung, ein Offenbarungseid.

(Beifall bei der AfD)

Was wir auch nicht brauchen, ist Heiko Maas. Heiko Maas greift immer auf leere Worthülsen zurück und fordert Dialog ein. Unter Dialog versteht Maas wohl das Geschenkemachen an den türkischen Willkürherrscher Erdogan, dessen Land in puncto Pressefreiheit weltweit hinter Pakistan, Kambodscha und Äthiopien inzwischen auf dem 151. Platz rangiert,

(Zuruf der Staatssekretärin Bärbl Mielich)

Erdogan, der sich allen Ernstes erdreistet, Deutschland Nazi-Methoden vorzuwerfen.

Die Geschenke, die Erdogan erhält, sind üppig. 1,5 Milliarden € überwies und überweist die von allen guten Geistern verlassene EU von 2014 bis 2020 an die Türkei, u. a. – das muss man sich vorstellen – um dort den Menschenrechtsschutz zu fördern.

(Lachen bei der AfD)

Man stelle sich das unter Erdogan einmal vor. Ja, Sie haben richtig gehört: Wir füttern einen Despoten, der in brutaler Weise gegen Regierungskritiker vorgeht und der den Rechtsstaat aushebelt, mit Milliardenbeträgen, die für den Schutz von Menschenrechten vorgesehen sind, die dieser Mann völlig offenkundig und schamlos torpediert. Das ist der blanke Hohn.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Wie kann man sich bitte schön dermaßen über den Tisch ziehen lassen? Da fehlen sicherlich nicht nur mir die Worte.

Türkischen Wahlkampf auf deutschem Boden darf es nicht geben, schon gar nicht solchen der islamistischen AKP. Die Versammlungsfreiheit, auf die sich die türkischen Regierungsvertreter hier berufen, gilt nicht für Versammlungen, die mehrheitlich von Nichtdeutschen organisiert werden, weil diese nämlich keine Träger des in Artikel 8 festgeschriebenen Grundrechts sind – so der Staatsrechtler Christoph Degenhart. Die Bundesregierung hätte also durchaus eine rechtliche Handhabe, nur hat sie offenbar nicht den Mut, der nötig wäre, um auch mal unkomfortables Recht knallhart anzuwenden, um sich als wehrhaft zu erweisen, wenn Despoten von außerhalb gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung agitieren. Dies hier ist unser Land, und in unserem Land gelten unsere Regeln.

(Beifall bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

In dieser Causa brauchen wir vor allem eines: Wehrhaftigkeit. Ein Staat muss wehrhaft sein, Deutschland muss wehrhaft sein, auch gegen Erdogan, und zwar auch deshalb, um Despotenaufmärsche, die in der Bevölkerung hierzulande nicht unbegründeterweise Angst und Schrecken auslösen, künftig aufzuhalten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos])

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch.

Abg. Andreas Stoch SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! „Wie Gaggenau Weltpolitik macht“, lautet eine Überschrift in der „Süddeutschen Zeitung“; Kollege Wolfgang Reinhart hat eingangs aus dem Artikel zitiert. Immer dann, wenn sich der Landtag mit politischen Fragen beschäftigt, die über die Grenzen Baden-Württembergs hinausreichen, die von bundes-, europa-, weltpolitischer Bedeutung sind, müssen wir natürlich auch immer wieder fragen: Was haben diese Themen mit unserem Land Baden-Württemberg zu tun?

Ich möchte das an den Anfang stellen, um deutlich zu machen, wie gefährlich diese Debatte, die in den letzten Tagen eine neue Dimension bekommen, neue Fahrt aufgenommen hat, für unsere Gesellschaft, für das Land Baden-Württemberg ist, in dem Menschen aus ganz unterschiedlichen Nationen seit Jahrzehnten friedlich zusammenleben. Ich glaube, Baden-Württemberg ist deswegen ein Musterbeispiel dafür, wie Menschen auch aus anderen Ländern mit Menschen aus Deutschland friedlich und gut auf Basis unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zusammenleben können.

(Andreas Stoch)

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ich stelle dies bewusst an den Beginn meines Debattenbeitrags, weil es mir wichtig ist, dass wir in dieser Debatte nicht in Stereotype verfallen. Es gibt nicht „die Türken“. Es gibt auch nicht „die Türken“ in der Türkei. Es gibt auch nicht „die Menschen türkischer Abstammung“ – teilweise mit doppelter Staatsbürgerschaft oder auch mit deutscher Staatsbürgerschaft. Es sind Menschen, die hier bei uns leben und die sich bei uns, in unserer Gesellschaft zu einem riesengroßen Teil hervorragend integrieren und mit Deutschen sowie mit Menschen aus anderen Ländern friedlich zusammenleben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU)

Ich möchte dies deswegen an den Anfang stellen, weil ich glaube, dass der gesellschaftliche Frieden in Deutschland und in Baden-Württemberg dann bedroht ist, wenn Konflikte aus anderen Ländern in dieses Land, nach Deutschland, getragen werden.

Deswegen müssen wir aus der Debatte der letzten Tage auch die richtigen Schlüsse ziehen, meine Damen und Herren. Ich meine, die richtigen Schlüsse sind doch die, dass wir – und zwar vonseiten der Bundesregierung wie vonseiten aller politisch Verantwortlichen – den Vertretern der türkischen Regierung deutlich machen müssen, dass das, was in der Türkei derzeit passiert, mit unserem Verständnis von Freiheit, von Werteordnung, von Presse- und Meinungsfreiheit nichts zu tun hat, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Wenn jetzt ein Verfassungsreferendum ansteht, mit dem die Demokratie zum Teil abgeschafft werden soll, dann spreche ich, glaube ich, für alle hier im Saal und für alle Mitglieder der deutschen und der baden-württembergischen Gesellschaft, wenn ich sage, dass es uns ganz besonders unwohl ist, wenn wir das Gefühl haben, dass auch in Baden-Württemberg Ziele propagiert werden, die nicht unsere Ziele sein können.

Deswegen, glaube ich, war es eine richtige Entscheidung, dass die Stadt Gaggenau diese Veranstaltung aus ordnungspolizeilichen Gründen abgesagt hat. Denn es geht nicht – das gilt für alle; das gilt für deutsche Antragsteller und genauso für andere –, dass man unter Vorspiegelung falscher Tatsachen Veranstaltungsräume anmietet. Deswegen hat die Stadt Gaggenau eine richtige und wichtige Entscheidung getroffen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der AfD)

Uns allen ist es unwohl – das wurde von mehreren, auch bundespolitisch Verantwortlichen zum Ausdruck gebracht –, wenn sich diejenigen, die als Regierungsmitglieder in ihrem Heimatland die Meinungsfreiheit abschaffen, die Pressefreiheit nicht respektieren und Journalisten inhaftieren, bei uns auf das Freiheitsrecht der Presse- und Meinungsfreiheit berufen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Sehr gut!)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, was ist der richtige Schluss daraus? Aus meiner Sicht nützt die Debatte der letzten Tage insbesondere einem, nämlich einem türkischen Staatspräsidenten, der daran arbeitet, für sein Verfassungsreferendum in der Türkei eine Mehrheit zu organisieren. Deswegen, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, sollten wir ihm nicht auf den Leim gehen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen, Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD)

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch. Es hat nichts mit Appeasement zu tun, dass man Menschen, die besonders dominant auftreten, quasi weich entgegentritt. Ich glaube, dass wir gut beraten sind, wenn wir den Dialog mit den Menschen türkischer Abstammung bei uns, in unserer Gesellschaft, aber auch mit türkischen Regierungsmitgliedern nicht abreißen lassen.

Genau dies tun Vertreter der Bundesregierung, so z. B. Heiko Maas, der an seinen türkischen Kollegen die Bitte gerichtet hat, ein Gespräch zu führen. Dem ist dieser nicht nachgekommen. Heiko Maas hat gerade, was den Fall von Herrn Yücel angeht, deutlich gemacht, dass die deutsche Bundesregierung – ich glaube, alle politisch Verantwortlichen in Deutschland – das, was dort passiert, nicht akzeptiert, und dass auch Äußerungen von Staatspräsident Erdogan, in denen er Deutschland Nazimethoden vorwirft, absolut inakzeptabel sind und von allen politisch Verantwortlichen in Deutschland auch strikt zurückgewiesen werden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der AfD und der FDP/DVP)

Jetzt geht es aber darum, die richtigen Schlüsse zu ziehen. Deswegen halte ich es für richtig, dass wir den Dialog mit den Menschen, die hier bei uns leben, nicht abreißen lassen und dass wir alles tun, damit nicht neue Gräben in unserer Gesellschaft entstehen, und zwar Gräben innerhalb der türkischen Bevölkerung sowie auch zwischen türkischstämmigen, in Deutschland lebenden Menschen und der deutschen Bevölkerung und anderen Nationalitäten.

Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Gräben in Deutschland und in Baden-Württemberg entstehen. Deswegen bin ich dafür, dass wir es aushalten, dass Verantwortliche aus der Türkei – unter Beachtung der existierenden Meinungsfreiheit, aber auch unter Beachtung der verfassungsrechtlichen Regeln, die in Deutschland gelten – hier sprechen dürfen. Aber wir müssen als deutsche Gesellschaft immer deutlich machen: Das höchste Gut, das wir haben, um in Freiheit zu leben, ist die Meinungsfreiheit, ist die Pressefreiheit und ist die Möglichkeit des politischen Diskurses. Wir haben auch deutlich zu machen, dass wir all diejenigen unterstützen, die in der Türkei dafür kämpfen. Das ist unsere Aufgabe, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen, Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CDU-Fraktion hat diese Aktuelle Debatte beantragt. Herr Kollege Reinhart, zunächst einmal haben Sie sich hinter die Entscheidungsträger der Stadt Gaggenau gestellt. Es ist für uns keine Frage, dass wir das tun. Es ist auch keine Frage, dass wir die Entscheidung des Gaggenauer Bürgermeisters unterstützen.

Es geht aber primär nicht um fehlende Parkplätze oder fehlende Feuerlöscher, sondern es geht ganz grundsätzlich um die Frage, wie wir mit einer solchen Situation umgehen. Ich gebe Ihnen ausdrücklich recht, Herr Kollege Stoch, wenn Sie sagen: Es gibt nicht „die Türken“. Es gibt vielmehr viele integrationswillige Mitbürgerinnen und Mitbürger türkischer Herkunft oder Nationalität, die bei uns willkommen sind, weil sie gut integriert sind. Aber man muss sich auch die Frage stellen: Was ist bei der Integration schiefgelaufen, wenn andere Fahnen schwenkend einem Potentaten wie Herrn Erdogan hinterherrennen?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Erdogan ist ein autokratischer Potentat. Das ist deutlich geworden. Es stellt sich schon die Frage, ob wir einem autokratischen Potentaten und seinen Lakaien, die sich „Minister“ nennen, unser Land öffnen, um Propaganda zu betreiben. Herr Kollege Reinhart, Sie haben zu Recht gesagt: Er hat keinen Anspruch darauf. Sie haben daraus aber keine Analyse abgeleitet, unter welchen Umständen und an welcher Stelle dieser Anspruch endet. Ich frage Sie, Herr Kollege Reinhart: Was muss denn ein türkischer Präsident noch äußern, damit wir deutlich machen: „Du hast keinen Anspruch, deine Propaganda hier bei uns im Land zu betreiben“?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD
– Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

– Ja, das ist ja gut.

Herr Kollege Schwarz, Sie sprachen von wehrhafter Demokratie. Ich frage Sie: Wo fängt denn wehrhafte Demokratie an, und was bedeutet wehrhafte Demokratie? Um es sehr deutlich zu sagen: Für einen Liberalen ist Meinungsfreiheit ein hohes Gut, ist Versammlungsfreiheit ein hohes Gut, ist im Übrigen auch die Pressefreiheit ein hohes Gut.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das haben wir so gesagt!)

Deshalb unterstreiche ich Ihre Forderung, man solle Herrn Yücel freilassen – aber nicht nur Herrn Yücel, sondern auch alle anderen, die Herr Erdogan in den Kerker geworfen hat.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Trotzdem hat auch die Meinungs- und Versammlungsfreiheit ihre Grenzen. Das sagt ja der Begriff „wehrhafte Demokratie“ aus. Wenn beispielsweise jemand den Holocaust leugnet, dann sind wir nicht der Auffassung, dies sei von der Meinungsfreiheit gedeckt.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: D'accord!)

Wenn jemand Volksverhetzung betreibt, dann ist das nicht von der Meinungsfreiheit gedeckt. Und, Herr Kollege Schwarz, ich frage Sie: Was ist es anderes als Volksverhetzung, wenn Herr Erdogan unser Land mit der Nazidiktatur gleichsetzt? Da kann man doch nicht mehr sagen: Das ist von der Meinungsfreiheit gedeckt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD
– Zuruf von der AfD: Genau so!)

Oder wenn jemand antritt, um die Verfassung abzuschaffen, dann sagen wir nicht: „Das ist von der Meinungsfreiheit gedeckt“, sondern hier, genau an dieser Stelle, wird die Demokratie wehrhaft.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wir sind wehrhaft mit Argumenten!)

Deshalb sage ich in aller Deutlichkeit: Wenn ein Herr Erdogan antritt, um in seinem Land die Demokratie abzuschaffen, wenn er die Pressefreiheit mit Füßen tritt, wenn er die Todesstrafe wieder einführen möchte, dann muss dies doch ausreichen, um zu sagen: Nein, das weisen wir zurück. Hier ist der Punkt erreicht, wo er eben keinen Anspruch mehr hat, in unserem Land die Meinungsfreiheit für sich in Anspruch zu nehmen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Klar ist, dass die Bundesregierung dies untersagen kann. Es gibt ein eindeutiges Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster. Nur fehlt offensichtlich der Mut der Politik, dieses Urteil umzusetzen. Man baut auf mutige Kommunalpolitiker, lobt diese, aber der Mut der Regierenden fehlt.

(Zuruf von der AfD: Ja!)

Herr Minister Strobl, ich erwarte da schon eine klare Ansage der Landesregierung.

(Zuruf von der AfD: Sehr gut!)

Ich erwarte, dass die Landesregierung sich nicht wegduckt, sondern sehr deutlich nach Berlin kommuniziert: Wir unterstützen das nicht. Wir erwarten von dieser Bundesregierung eine klare Ansage in Richtung der türkischen Regierung: Nein, wir wollen Herrn Erdogan und seine Minister nicht, um hier für die Abschaffung der Demokratie zu werben.

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD)

Wo, Herr Kollege Stoch, ist in dieser Debatte eigentlich der Messias Schulz? Von dem habe ich in dieser Angelegenheit überhaupt noch nichts gehört.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Nein, der Messias Lindner! – Weitere Zurufe)

Der ist so beschäftigt, die Agenda 2010 rückabzuwickeln, dass ihm zur Europapolitik nichts mehr einfällt.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der AfD – Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf von der SPD)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Es ist schon ein beachtliches Bild, das sich hier darstellt: Messias Schulz: tote Hose;

(Vereinzelt Heiterkeit)

Bundesregierung: tote Hose;

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Stimmt doch gar nicht!)

Villa Reitzenstein: tote Hose; Innenministerium: tote Hose. Der Einzige in diesem Land mit Mumm in den Knochen ist der Bürgermeister von Gaggenau.

(Heiterkeit – Beifall bei der FDP/DVP und der AfD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Und wo ist der Herr Lindner in der Aufzählung? – Weitere Zurufe)

Wenn Herr Erdogan unser Land mit der Nazidiktatur gleichsetzt, dann ist das Volksverhetzung. Das dulden wir nicht in diesem Land, das dulden wir auch nicht von ausländischen Potentaten. Deshalb muss die Bundesregierung klipp und klar sagen: Dieser Potentat ist in Deutschland unerwünscht, und zwar dauerhaft.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der AfD – Zuruf von der AfD: Jawohl!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Innenminister Strobl.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Da ist der Liberalismus in die Hose gegangen! – Heiterkeit – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich sagen, dass die Stadt Gaggenau eine verantwortungsvolle, eine besonnene, eine richtige Entscheidung getroffen hat. Ich finde, es ist gar nicht von Übel, dass es offensichtlich stilbildend für die ganze Republik, für ganz Deutschland ist, dass hier die richtigen Maßstäbe angelegt worden sind.

Die Stadt Gaggenau hat sich auch intensiv mit dem Innenministerium Baden-Württemberg beraten. Wir lassen keine Kommune allein.

(Vereinzelt Beifall von der AfD – Zuruf von der AfD: Bravo!)

Wer sich an uns wendet, bekommt selbstverständlich den Rat und die Unterstützung, die wir bieten können.

Herr Fraktionsvorsitzender Dr. Rülke, ich kann mich Ihren positiven Worten nur anschließen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Den negativen aber auch!)

Das ist ja auch das, was wir in der CDU und hoffentlich hier im ganzen Haus sehen. Wir setzen auf die Kommunalen. Es ist doch schön und richtig, dass wir in Baden-Württemberg tüchtige Bürgermeister haben. Wir haben im Übrigen Gewaltenteilung und einen Rechtsstaat. Für lokale Genehmigungen nach Versammlungsrecht ist nicht die Bundesregierung zuständig, auch nicht die Landesregierung, sondern zuständig

sind unsere tüchtigen Bürgermeister und unsere Kommunen. Bei uns funktioniert der Rechtsstaat,

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

auch wenn das nicht alle begreifen.

Zum Rechtsstaat gehört im Übrigen auch, dass solche Entscheidungen, die Kommunen, Bürgermeister,

(Zuruf: Und Bürgermeisterinnen!)

Ämter betreffen, verwaltungsgerichtlich überprüfbar sind. Es wäre also den türkischen Freunden völlig unbenommen gewesen, den Verwaltungsrechtsweg gegen diese Entscheidung zu begehren. Das haben sie nicht getan. Warum sie das nicht getan haben, darüber kann man Vermutungen anstellen. Aber bei uns funktioniert der Rechtsstaat, und wir dürfen schon sagen, dass wir uns wünschen würden, dass es solche rechtsstaatlichen Möglichkeiten überall gäbe, beispielsweise auch für Deniz Yücel und die vielen Hundert Journalisten in der Türkei.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, wir lassen uns unseren Rechtsstaat nicht schlechtreden, weder von Ankara noch von der AfD.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Tote Hose, genau!)

Die dritte Bemerkung: Deutschland ist eine Demokratie. Bei uns gibt es Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und Versammlungsfreiheit. Allerdings gibt es auch einige Spielregeln. Diese Spielregeln, meine Damen und Herren, gelten für alle, und ich glaube, das ist auch etwas, was unseren Staat ausmacht: dass ohne Ansehen der Person und der Herkunft für alle die gleichen Spielregeln gelten. Wenn man beispielsweise eine Briefmarkensammlung zur Ausstellung anmeldet, und es stellt sich wenige Tage vor dem Termin der Briefmarkenausstellung heraus, dass damit eigentlich ein internationales Rockkonzert, ein Heavy-Metal-Konzert, in dieser Halle geplant ist,

(Heiterkeit – Abg. Sascha Binder SPD: Briefmarkenaustausch!)

dann wird man vermutlich ein Problem bekommen. Es hatte ja schon ein System, dass man bei uns Hallen für Zwecke angemietet hat, die gar nicht dem wahren Zweck entsprechen haben. Auch deswegen war die Entscheidung der Stadt Gaggenau eine richtige, da hiervon das Signal ausging:

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Es gelten für alle die gleichen Spielregeln, und wir lassen uns nicht auf der Nase herumtanzen, und zwar von niemandem.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Eine vierte Bemerkung: Nazivergleiche – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Klos?

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Ja.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Bitte, Herr Kollege Klos.

(Minister Thomas Strobl schaut nach links. – Heiterkeit)

Abg. Rüdiger Klos AfD: Herr Minister, danke für das Zulassen der Zwischenfrage. – Gehört es zu den Spielregeln, dass unsere Polizeibeamten dazwischengehen müssen, wenn politische ausländische Streitereien auf deutschem Boden ausgetragen werden, und ihre Haut zu Markte tragen müssen, um gewaltbereite Personen aus dem Ausland zu trennen? Das kann es nicht sein.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wer denn?
– Zuruf von der SPD: So ein Blödsinn!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, bitte.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Bei uns gibt es die Demonstrationenfreiheit. In Deutschland kann demonstriert werden, und es wird demonstriert, auch wenn Ihnen persönlich das nicht immer gefallen mag. Ich habe großen Respekt vor den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten des Landes Baden-Württemberg, weil es ihnen auch in schwierigsten Lagen immer und immer wieder gelingt, die Versammlungs- und die Demonstrationenfreiheit in diesem Land zu gewährleisten. Das ist etwas, worauf wir alle stolz und wofür wir unseren Polizistinnen und Polizisten dankbar sein dürfen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Eine vierte Bemerkung: Nazivergleiche gehen gar nicht.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Hört, hört! – Abg. Andreas Stoch SPD: Das gilt auch für die AfD!)

Herr Abg. Dr. Rülke, vielleicht haben Sie Fernsehen und Radio abbestellt.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Das geht doch gar nicht! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Unruhe)

Ich finde, dass die Bundeskanzlerin sich sehr klar geäußert hat und auch sehr zutreffend darauf hingewiesen hat, dass es eine Verharmlosung der grauenhaften Taten des Nationalsozialismus ist, so etwas überhaupt in die Debatte einzuführen. Wenn Sie es von mir hören wollen, kann ich nur sagen: Jetzt reicht es! Das ist inakzeptabel, das ist infam, das ist eine Verharmlosung.

Eine klare Adresse an die türkische Regierung: Packt die Naziskeule weg! Sie hat in Deutschland nichts mehr zu suchen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, aber kommen darf er trotzdem! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

– Entschuldigung, Herr Dr. Rülke, da sollten Sie vielleicht auch noch einmal in sich gehen.

(Abg. Sascha Binder SPD meldet sich. – Glocke des Präsidenten)

Dass wir Regierungsmitglieder eines NATO-Partners in der Bundesrepublik Deutschland generell aussperren, das kann nicht – –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wenn sie sich so äußern, ja! – Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Das kann nicht ganz Ihr Ernst sein. Das heißt im Übrigen nicht, dass wir uns mit ihnen gemein machen würden.

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU – Glocke des Präsidenten)

Eine letzte Bemerkung – –

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Binder SPD?

(Heiterkeit)

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Ja, selbstverständlich. Den kenne ich. Der ist amtsbekannt.

(Heiterkeit – Abg. Martin Rivoir SPD: Sie schauen auf die richtige Seite!)

Abg. Sascha Binder SPD: Herr Minister Strobl, Sie haben auch von der Rechtslage und den Möglichkeiten der Kommunen gesprochen, solche Kundgebungen abzusagen. Ferner haben Sie von der Presse- und Meinungsfreiheit in Baden-Württemberg, in Deutschland gesprochen.

Eine Abgeordnete der CDU-Fraktion hat gefordert, rechtliche Grundlagen zu schaffen, um ein generelles Verbot von Wahlkampfveranstaltungen türkischer Regierungsmitglieder zu ermöglichen, und hat in einem Brief an Ihren Ministerkollegen Wolf nachdrücklich darauf gedrängt. Ihr Kollege Wolf hat diesen Anspruch an den Bund weitergeleitet.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Genau!)

Würden Sie der Auffassung Ihrer CDU-Kollegin folgen, dass wir zusätzliche gesetzliche Regelungen brauchen, um ein generelles Verbot von Wahlkampfauftritten von türkischen Regierungsmitgliedern umzusetzen?

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Ich kenne den Brief der Abg. Felder nicht. Deswegen kann ich nichts dazu sagen.

Ich beschäftige mich, ehrlich gesagt, auch nicht mit der Frage, was jetzt die Bundesregierung alles an diplomatischen Verhandlungen treffen könnte – innerhalb der Europäischen Union oder aber mit der Türkei. Das ist, glaube ich, jetzt auch nicht ein Thema, das die Landesregierung in Baden-Württemberg an erster Stelle zu beschäftigen hätte.

Ich beschäftige mich mit dem, was Baden-Württemberg angeht, und da will ich einfach sagen, dass dieser Nazivorwurf,

(Minister Thomas Strobl)

der erhoben worden ist – dass die türkischstämmigen Menschen hier in Baden-Württemberg unterdrückt seien wie in der Nazizeit –, etwas ist, was wir so auch nicht stehen lassen dürfen. In Deutschland leben drei Millionen Menschen türkischer Herkunft, 260 000 davon in unserem Land Baden-Württemberg. Die allermeisten von ihnen leben hier friedlich, arbeiten, zahlen Steuern und zahlen Sozialversicherungsbeiträge. Sie fühlen sich nicht unterdrückt wie im Nazideutschland. Sie halten sich übrigens auch an die Spielregeln, und das seit vielen Jahren, vielen Jahrzehnten. Sie gehören zu uns. Sie sind auch ein Teil der ökonomischen Erfolgsgeschichte unseres Landes Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir lassen uns nicht spalten – von Ankara nicht und von euch im Übrigen auch nicht.

(Zuruf von der AfD)

Wir werden gerade in Baden-Württemberg die Errungenschaften aus vielen Jahrzehnten der Integration und des Miteinanders mit Menschen türkischer Herkunft jetzt nicht leichtfertig aufgeben.

Das Thema der heutigen Debatte bietet im Übrigen Gelegenheit, selbstbewusst auf die Stärken unserer demokratischen Gemeinschaft zu setzen. Lassen Sie uns zusammenhalten. Wir wissen, welches hohe Gut wir an unserer Demokratie, an Gewaltenteilung, an Rechtsstaatlichkeit, an Meinungsfreiheit, an Pressefreiheit, an Versammlungsfreiheit haben. Das leben wir in Baden-Württemberg jeden Tag, und wir als Baden-Württemberger leben es im Übrigen jeden Tag mit den Menschen türkischer Herkunft, die zum Teil seit Jahrzehnten in diesem Land leben und deren Kinder inzwischen Badener und Württemberger sind. Wir lassen uns nicht spalten – von niemandem.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Martin Rivoir SPD: Besser wäre es, wenn sie Baden-Württemberger wären!)

– Nein, das lehnen zumindest die Badener ab, dass sie auch Württemberger werden.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Deswegen, meine Damen und Herren, ist diese Debatte, glaube ich, richtig und gut, damit wir deutlich machen: Baden-Württemberg ist seit vielen Jahrzehnten ein Erfolgsmodell für das Zusammenleben und ist eine Erfolgsgeschichte zwischen Deutschen, zwischen Badenern und Württembergern und Menschen türkischer Herkunft. Wir werden es nicht zulassen, dass ein Spaltpilz in die türkische, in die deutsch-türkische Community getrieben wird, und schon gar nicht, dass ein Spaltpilz zwischen Baden-Württemberger und Menschen türkischer Herkunft getrieben wird. Das würde der Erfolgsgeschichte in diesem Land nicht gerecht werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, mir liegen noch zwei Meldungen für Zwischenfragen vor.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Bitte.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Lassen Sie beide zu? – Zunächst Kollege Räßple von der AfD.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Baden-Württemberger sind Baden-Württemberger, egal, welcher Herkunft!)

Abg. Stefan Räßple AfD: Herr Minister, Sie haben davon gesprochen, dass die AfD spalten würde.

(Abg. Sascha Binder SPD: Die spaltet ja sogar sich selbst! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sie sind das beste Beispiel dafür, Herr Kollege!)

Sie wissen selbst, dass wir einen neuen Landesvorsitzenden mit dem Nachnamen Özkara haben. Wir sind uns natürlich bewusst, dass es hier viele Türken gibt, ...

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Tatsächlich?

Abg. Stefan Räßple AfD: ... die sehr gut integriert sind

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

und genauso wie ich selbst an unserer Demokratie partizipieren.

Aber es geht hier um das Thema „Türkischer Wahlkampf auf deutschem Boden“.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ist das eine Frage, oder was?)

Ihre Verantwortung als Minister ist es, diese Wahlkämpfe zu unterbinden.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Er muss eine Kurzintervention ankündigen, Herr Präsident!)

Das ist ein ganz anderes Thema. Sie äußern sich hier zu einem komplett anderen Thema, nur um gegen die AfD zu bashen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Frage!)

Das ist eine Unverschämtheit!

(Zurufe: Frage!)

Danke schön.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege Räßple, ich habe das jetzt als Kurzintervention gewertet. Darauf müssen Sie, Herr Minister, nicht antworten.

Eine Zwischenfrage, Herr Kollege Dr. Schweickert.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Kurzinterventionen müssen vom Redner angekündigt werden! – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

– Kollege Sckerl, die Sitzungsleitung habe ich.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der AfD –
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das würde ich
niemals infrage stellen, Herr Präsident!)

Kollege Dr. Schweickert, bitte, zu Ihrer Zwischenfrage.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Herr Minister, vielen Dank für das Zulassen der Zwischenfrage. – Sie haben es ja mit den Baden-Württembergern und weisen darauf hin, dass viele der Türkischstämmigen Baden-Württemberger sind. Aber ich habe mich in der Berichterstattung schon des Öfteren gewundert – da möchte ich Sie fragen, ob Sie das ähnlich sehen –, wie viele gerade von diesen doch eigentlich integrierten Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die die ganzen Freiheiten bei uns genießen, sich dann sehr frenetisch pro Erdogan aussprechen. Erfüllt Sie das nicht auch mit Sorge, und was tut die Landesregierung, dass wir in diesem Bereich vielleicht noch etwas mehr an der Integration arbeiten?

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Herr Abgeordneter, ich habe zunächst einmal den Hinweis gegeben – weil das Bild manchmal ein bisschen schief hängt –, dass es mindestens genauso viele Menschen türkischer Herkunft in Baden-Württemberg gibt, die eben nicht so denken, die eine sehr, sehr kritische Position gegenüber Erdogan, gegenüber der türkischen Regierung und auch gegenüber den Aussagen einnehmen, die in jüngster Zeit gemacht werden. Ich kenne Menschen türkischer Herkunft, die sich für die Aussagen, die in den letzten Tagen über unser Land, über Deutschland getätigt wurden, bitter, bitter schämen und denen es unendlich leid tut, dass sie damit in Verbindung gebracht werden.

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Auf der anderen Seite weiß ich auch, dass es viele gibt – leider zu viele –, die Sprüchen zujubeln, die im Grunde genommen mit unserer Vorstellung von Demokratie, von Meinungsfreiheit, von Rechtsstaatlichkeit, von Versammlungsfreiheit wenig oder gar nichts zu tun haben. Ich bin wie Sie erstaunt darüber, dass das zum Teil auch Menschen sind, die seit vielen Jahren und Jahrzehnten in der Bundesrepublik Deutschland leben.

Vielleicht ist das ein Punkt, wo wir uns selbst auch immer und immer wieder einmal kritisch hinterfragen müssen bei all den Integrationsbemühungen, die wir in den letzten Jahren und Jahrzehnten unternommen haben – durchaus auch erfolgreich –, ob wir immer in zureichendem Maß diesen Menschen die Hand gereicht haben. Haben wir ihnen vermittelt: „Ihr seid dafür da, zu arbeiten und Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zu bezahlen und unseren Wohlstand zu mehren, und an diesem dürft ihr ruhig auch ein bisschen teilhaben“, oder haben wir ihnen auch gesagt: „Ja, ihr gehört zu uns, ihr seid auch Baden-Württemberger“? Vielleicht ist diese Debatte für uns ein Hinweis, dass wir auch da ein bisschen dazulernen müssen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: In der zweiten Runde erteile ich für die SPD-Fraktion noch einmal Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch das Wort.

Abg. Andreas Stoch SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Einige kurze Bemerkungen.

Zunächst an Herrn Kollegen Dr. Rülke gerichtet: In der Debatte um die Frage, wie wir das Handeln des Präsidenten Erdogan nicht nur in den letzten Wochen, sondern auch in den letzten Jahren bewerten, glaube ich, braucht sich Martin Schulz in keiner Weise zu verstecken. Martin Schulz hat auch in seiner Rolle als EU-Parlamentspräsident

(Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

immer sehr deutlich gesagt, dass sich die Türkei, wenn sie sich auf diesen Weg begibt, auf den Weg begibt weg von der Europäischen Union und weg von einem gemeinsamen Wertekonsens. Deswegen ist Martin Schulz jemand, der immer sehr deutlich gegen diese Politik von Erdogan eingetreten ist.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke
FDP/DVP: Wo ist er denn jetzt?)

Ein weiterer Punkt sei in Richtung der AfD und von Herrn Meuthen vorgebracht. Ich glaube, wenn man sich hier aus Sicht der AfD zum Hüter der Demokratie, der demokratischen Werte und des Rechtsstaats aufschwingt,

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

dann sollte man zunächst einmal wissen, worüber man redet. Dass Sie offensichtlich auch mit Begriffen Probleme haben, zeigt schon ein Zitat von Ihnen aus diesen Tagen. Zitat von Herrn Meuthen – Herr Präsident, Sie gestatten –:

Die SPD hat sich längst zu einer Partei entwickelt, deren Verhalten immer mehr an eine Diktatur anstatt an eine Demokratie erinnert.

Wenn Sie sich vorstellen, dass so jemand die Worte Diktatur und Demokratie im Munde führt

(Lachen bei Abgeordneten der AfD – Abg. Rüdiger
Klos AfD: Was heißt hier „so jemand“?)

und dies einer Partei vorwirft, die seit 154 Jahren für Freiheit eintritt, dann halte ich das schlicht und einfach für eine Unverschämtheit und für eine Geschichtsvergessenheit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der der CDU und FDP/DVP – Abg. Dr. Jörg
Meuthen AfD: Können Sie sagen, woher das Zitat stammt?)

Ich möchte eine Aussage von Herrn Innenminister Strobl aufnehmen, die ich für sehr richtig halte. Wir alle müssen uns nach den Ereignissen der letzten Wochen auch die Frage stellen: Warum fühlen sich Menschen, die in unserer Gesellschaft leben, die teilweise hier geboren sind, von autokratischen Herrschern nicht nur in der Türkei, sondern z. B. auch in Russland in einer Weise angesprochen, dass sie in einen Loyalitätskonflikt mit der Zugehörigkeit zu unserer Gesellschaft kommen?

Ich glaube deswegen, dass es der richtige Schluss aus der Diskussion dieser Tage ist, dass wir versuchen, auch an uns die Frage zu richten: Was ist die Ursache dafür, dass Menschen auf solche Abwege geraten? Ich glaube, die richtige Antwort

(Andreas Stoch)

ist die, dass die Offenheit unserer Gesellschaft, auch die Chancenvielfalt für diese Menschen in unserer Gesellschaft, das Richtige ist, was wir immer wieder verdeutlichen müssen. Da gilt es für uns, auch kritische Fragen an uns selbst zu stellen. Ich freue mich, wenn wir aus dieser Negativerfahrung, was den türkischen Wahlkampf auf deutschem Boden angeht, die richtigen Schlüsse für die Integration hier bei uns in Deutschland ziehen.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die AfD-Fraktion erlaube ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Meuthen das Wort.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Ich will eigentlich – – Na gut, machen wir es so! – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD begibt sich zum Rednerpult.)

– Sie haben sich zu Wort gemeldet. Also bekommen Sie das Wort.

Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: In aller Kürze: Herr Stoch, ich wüsste nur gern, woher Sie dieses Zitat haben.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Haben Sie sich da wieder geirrt? – Heiterkeit)

Herr Stoch, ich frage Sie – –

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ich werde Ihnen die Zitatstelle gern im Laufe des Plenartags nachliefern!)

Also: Es verblüfft mich.

(Zuruf: Ja, und? – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Uns nicht!)

Das wüsste ich dann ganz gern.

Da ich hier vorn stehe und noch eineinhalb Minuten habe, Herr Präsident – –

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Jetzt noch eine Minute.

Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Noch eine Minute. Die reicht mir völlig aus.

Vielleicht ein Satz der Nachdenklichkeit zu der Debatte, die wir gerade geführt haben. Wissen Sie, ich kenne die Türkei relativ gut – so gut man sie halt als Tourist kennt.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich war sehr, sehr häufig in diesem Land. Ich schätze die Freundlichkeit dieser Menschen. Ich wehre mich stark dagegen, dass wir die Türkei jetzt sehr, sehr stark rein mit der Politik des Herrn Erdogan identifizieren. Die Türkei hat eine stark kemalistische Prägung, eine demokratische Prägung – die auch existiert –, und diese droht angesichts der Betrachtung der Erdogan-Türkei ein wenig unter die Räder zu geraten.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Aha, aha! Das sind jetzt ganz neue Töne von Ihnen!)

– Betrachten Sie das bitte nicht als eine Relativierung. Ich habe hier Wehrhaftigkeit eingefordert, und ich stehe uneingeschränkt dazu.

Die Türkei ist kulturell auf einem abschüssigen Weg gelandet. Wir müssen der Türkei dabei helfen, von diesem Weg wegzukommen. Doch das tun wir nicht, indem wir die Ungeheuerlichkeiten des Herrn Erdogan in unserem Land auch noch zulassen. Das ist der springende Punkt.

(Beifall bei der AfD)

Ich wehre mich allein dagegen, die Türkei und damit das türkische Volk in toto damit sozusagen unter einen totalitären Generalverdacht zu stellen. Das ist ganz sicherlich nicht der Fall – nach aller Erfahrung, die ich aus diesem Land habe.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erhält noch einmal Herr Fraktionsvorsitzender Dr. Rülke das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Strobl, Sie haben einen Satz gesagt – ich denke, es war vielleicht der wichtigste Satz Ihrer Rede –,

(Lachen des Abg. Anton Baron AfD)

den ich ausdrücklich unterstreiche. Sie sagten: „Wir lassen uns unseren Rechtsstaat nicht schlechtreden ...“ In der Tat, so ist es.

Diese Diskussion und der Ausgangspunkt dieser Diskussion sind nicht von der Frage geleitet, ob unser Rechtsstaat funktioniert oder nicht; das tut er. Vielmehr ist die entscheidende Frage, was Wehrhaftigkeit einer Demokratie bedeutet und wo die Grenze erreicht ist, an der eine Demokratie wehrhaft werden muss. Auch wenn Sie sagen, das Versammlungsrecht obliege den Kommunen, haben Sie völlig recht. Es ist in diesem Haus, glaube ich, Konsens, dass Gaggenau und andere das Versammlungsrecht korrekt angewendet haben.

Aber es ist auch klar, dass sich diese Diskussion nicht bei der Fragestellung um das Versammlungsrecht erschöpft. Vielmehr ist die entscheidende Frage, wie wir mit jenen umgehen, die die Demokratie abschaffen wollen, und wie wir mit jenen umgehen, die Volksverhetzung betreiben.

Sie haben einen weiteren Satz gesagt, Herr Strobl, den ich ebenfalls voll unterstreiche. Ich darf ihn zitieren: „Es gelten für alle die gleichen Spielregeln“, ohne Ansehen der Person. Das muss dann aber auch für Herrn Erdogan gelten. Und es reicht eben nicht, wenn die Kanzlerin sagt: „Ich weise das zurück“, wenn der Innenminister von Baden-Württemberg sagt: „Ich weise das zurück“, so nach dem Motto: „Receple, das sagst du aber nicht mehr.“

Das reicht eben nicht, meine Damen und Herren. Und bei nächster Gelegenheit wird er dann wieder mit militärischen Ehren in Berlin empfangen, und wenn er nach Deutschland kommen will, um seine Hetztiraden auf deutschem Boden ab-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

zulassen, dann genehmigen wir das auch. Das reicht mir nicht, Herr Kollege Strobl.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

„Wehrhaftigkeit der Demokratie“ bedeutet, dass man auch über Sanktionierung redet. „Ohne Ansehen der Person“ bedeutet eben: Wer die Demokratie infrage stellt, wer Volksverhetzung betreibt, der wird eben auch sanktioniert. Da wird nicht nur gesagt: „Es geht nicht.“

(Zuruf des Ministers Thomas Strobl)

Deshalb ist die Schlussfolgerung: Wenn sich jemand so äußert wie Herr Erdogan, reicht es nicht, zu sagen: „Wir weisen das zurück“, sondern da muss man eine klare Grenze setzen und sagen: „Du kommst nicht in unser Land, um deine Hass Tiraden auf unserem Boden abzulassen.“

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Gedeon.

(Oh-Rufe)

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen der Altparteien,

(Zurufe)

ich möchte Sie doch an die Kurzlebigkeit Ihres Gedächtnisses erinnern: Vieles von dem, was Sie heute gesagt haben, haben Sie vor einem halben Jahr noch als nationalistisch und islamophob diffamiert.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wir freuen uns natürlich über jeden Gesinnungswandel,

(Zurufe: „Wir“?)

und wir finden es natürlich gut, dass sich Herr Rülke hier so dezidiert gegen die Volksverhetzung ausspricht, die z. B. in dem Statement zum Ausdruck kommt, dass die Türken hier in Deutschland unterdrückt würden wie in der Nazi-Diktatur. Das ist ein Originalzitat des türkischen Außenministers Cavusoglu. Das ist Volksverhetzung.

Aber was unternehmen wir dagegen? Reicht es, Einreiseverbote für türkische Politiker auszusprechen, ein Einreiseverbot für Erdogan auszusprechen, Verbote von Wahlveranstaltungen zu verfügen? Sicherlich ist das notwendig. Aber das reicht nicht. Wir müssen an den strukturellen Kern der Sache herangehen, und der liegt darin – wie ich Ihnen vor zwei, drei Monaten schon einmal gesagt habe –: Der gefährlichste Islamismus ist der DITIB-Islamismus. Deswegen muss eine unbedingte Konsequenz aus der jetzigen Affäre das Verbot dieser Organisation sein, die hier die Bürger bespitzelt und die der direkte, verlängerte Arm von Erdogan zur Umsetzung seines totalitären Konzepts ist.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Das Zweite, was ich hier fordere, ist die sofortige Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Sehr gut!)

Was bedeutet denn die doppelte Staatsbürgerschaft? Das bedeutet in diesem Zusammenhang, dass Hunderttausende – wenn nicht Millionen – Erdogan-Anhänger hier direkt in die deutsche Innenpolitik eingreifen können und die Wahlen maßgeblich beeinflussen können.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wollen wir uns das wirklich gefallen lassen?

(Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Nein!)

Meine Damen und Herren, die Politik der Türkei ist nicht ganz neu. Man kann in gewisser Weise sogar sagen, sie knüpft an die Politik von 1529 und 1683 an.

(Lachen bei den Grünen – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Die Türken vor Stuttgart, oder was? Meine Güte!)

Es ist ein Eroberungskonzept, das hier zu beobachten ist. Es geht auch nicht nur um Recht und Freiheit. Da stimme ich Ihnen völlig zu, Herr Reinhart: Es geht um die Verteidigung von Recht und Freiheit. Aber das reicht uns hier nicht aus. Es geht auch um die Verteidigung unserer Kultur und um die Verteidigung unserer Nation.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Gedeon, der Kreuzritter!)

In diesem Sinn muss die Wehrhaftigkeit erweitert werden. Dann werden wir diesem Angriff des türkischen Staats unter Erdogan standhalten und ihm widerstehen können.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist diese Aktuelle Debatte beendet und Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Fahrverbote durch Feinstaub: Grün-schwarze Panikpolitik zum Schaden der Dieselfahrzeughalter und der baden-württembergischen Automobilindustrie – beantragt von der Fraktion der AfD

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat auch für diese Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung.

Das Wort für die AfD-Fraktion erhält Herr Abg. Gögel.

Abg. Bernd Gögel AfD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das von der Fraktion der AfD beantragte Thema dieser Aktuellen Debatte hat natürlich auch einen direkten Bezug zum Thema der vorausgegangenen Aktuellen Debatte.

(Bernd Gögel)

Denn hier in Stuttgart arbeiten sehr viele türkischstämmige Mitbürger, die Dieselfahrzeuge besitzen und mit ihnen auch täglich zur Arbeit

(Lachen des Abg. Winfried Mack CDU)

und mindestens einmal jährlich in den Urlaub fahren.

(Beifall bei der AfD)

Das sind in der Regel auch etwas ältere Fahrzeuge. Für diese Mitbürger wollen wir von der AfD uns einsetzen.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei der CDU)

Worin wir uns sicherlich unterscheiden, Herr Minister, ist die Zuordnung – ich sage das bewusst – zur Gruppe „türkische Mitbürger, migrierte Bürger“. Aber mit Sicherheit ist das keine hohe Anzahl von Baden-Württembergern.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Die sind alle Dieselfahrer!)

Mit dem jüngst beschlossenen Stuttgarter Fahrverbot für Dieselfahrzeuge, die 2018 älter als drei Jahre sein werden, hat die grün-schwarze Landesregierung wieder einen typischen Rohrkrepierer produziert.

(Beifall bei der AfD)

Das war ja in den letzten Wochen nichts Ungewöhnliches.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Sie, die Landesregierung, stellen – wie Ihnen selbst der ausgewiesene Automobilsachkenner Fehrenbach öffentlich vorhält – mutwillig, naiv eine ganze Industriebranche ins Abseits. Der Diesel ist die große Stärke der Automobilindustrie in unserem Land, speziell auch bei prestigeträchtigen Modellen, mit denen baden-württembergische Unternehmen weltweit unverzichtbare Exporterlöse erzielen. Zwei Drittel aller Diesel – –

(Ein Fotograf macht Aufnahmen in den Reihen der Abgeordneten. – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Entschuldigung, Herr Kollege. – Mein Herr, haben Sie eine Berechtigung, hier zu fotografieren?

(Fotograf: Ja, die habe ich!)

– Aber nicht hier im Plenarsaal, von dieser Stelle aus.

(Fotograf: Doch! – Zuruf von der AfD: Das ist doch egal! – Lebhaftige Gegenrufe, u. a.: Nein! – Jetzt geht es aber los!)

Herr Gögel, fahren Sie fort.

Abg. Bernd Gögel AfD: Zwei Drittel aller weltweit produzierten Dieselfahrzeuge werden laut einer Bosch-Studie in Europa gekauft, und auch zu Dieselfahrzeugen, die im Ausland gebaut werden, steuert unsere Industrie zentrale Komponenten bei.

Die Stuttgarter Feinstaubsituation wird durch ein völlig durchdachtes Dieserverbot mitnichten gelöst. Es wird auch

kein blaues Plakettenwunder geben – dies würde schlicht eine Diskriminierung und Enteignung von Fahrzeughaltern per Wertverlust bedeuten.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Von 14,5 Millionen Diesel-Pkws in Deutschland erfüllen nur ca. 10 % die aktuelle Euro-6-Abgasnorm. Entsprechend verhält es sich auch mit den ca. 70 000 Diesel-Pkws in Stuttgart. Da nützt es auch nichts, dass alle neu zugelassenen Dieselfahrzeuge diese Norm erfüllen. Denn auch von den 700 Taxis, die in Stuttgart fahren, erfüllen nur etwa 10 % der Fahrzeuge diese Norm.

Die Landesregierung qualifiziert nun moderne Euro-5-Autos, die bis September 2015 zugelassen werden konnten, mit einem Federstrich zu Dreckschleudern ab und vernichtet das Vermögen der Bürger.

(Beifall bei der AfD)

So simulieren Sie populistisch Erfolg im Kampf gegen die Luftverschmutzung, meine Damen und Herren.

Die heimische Industrie reagiert zu Recht massiv verunsichert und verärgert. – Es ist schade, dass der Herr Ministerpräsident heute nicht hier ist. Ihm möchte ich gern sagen: Hier wird eben nicht geplant und gesteuert; hier wird für den billigen Effekt eine blühende Industrie plattgemacht.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Die Bürger, meine Damen und Herren, haben in gutem Glauben an geltendes Recht moderne Fahrzeuge angeschafft. 52 % der innerhalb der EU angeschafften neuen Pkws sind Dieselfahrzeuge; in Deutschland sind dies immerhin 48 %. Bei den gewerblich genutzten Langläufern beträgt dieser Anteil sogar 66 %. Denn Dieselfahrzeuge sind vor allem eines, meine Damen und Herren: Sie sind wirtschaftlich.

Ihr Verbotselan lässt vor allem ideologische Antriebe vermuten: Krieg gegen den Diesel, Krieg gegen das Auto im Allgemeinen. Doch selbst am Neckartor sind nicht mehr als 46 % des Feinstaubes durch den Verkehr verursacht. Ca. 80 % des verkehrsbedingten Feinstaubes entstehen durch Abrieb von Bremsen, Kupplungen, Reifen und Straßenbelag.

Wenn Sie, die Landesregierung, im ideologischen Krieg nun mit Fakten nicht zum Ziel kommen – der Dieselruß bildet eben nicht die Masse des verkehrsbedingten Feinstaubes, sondern der Feinstaub aus Abgasen macht nur ca. 7 % der Feinstaubbelastung in Stuttgart aus –, dann wird bei Ihnen für diesen ideologischen Krieg gegen den Diesel einfach das nächste Fass aufgemacht, nämlich die Stickoxide. Angeblich sollen daran in Deutschland – das sagt die Europäische Umweltagentur – jährlich ca. 10 000 Menschen vorzeitig sterben.

(Zuruf: Viel mehr! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Alles spekulative Hochrechnungen!)

Sind das wieder hypothetische Zahlen, wie sie angeblich auch hinter jeder Kreislauferkrankung stecken?

(Vereinzelt Heiterkeit)

(Bernd Gögel)

Erkenntnisse namhafter Lungenärzte bestätigen diesen Alar-
mismus doch überhaupt nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Panik-
mache! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP zur
AfD: Die Erde ist eine Scheibe!)

Ihre Regierungskampagne gegen den Diesel zeigt Ihre eige-
ne Ratlosigkeit und Ihre Verachtung für Sachzusammenhän-
ge. Sie schafft lieber irrationale Feindbilder und simuliert
Fortschritt, indem sie sich ziemlich kenntnisfrei und demago-
gisch an ihnen abarbeitet. Die Bürger dieses Landes benöti-
gen Planungs- und Rechtssicherheit.

(Beifall bei der AfD)

Verkehrspolitik braucht Maß und Ziel. Sie darf nicht die Wirt-
schaftsgrundlage der arbeitenden Menschen vernichten. Mei-
ne Damen und Herren, allein in Stuttgart nutzen ca. 20 000
Handwerker oder Lieferanten den modernen Diesel und brin-
gen Post und Zeitungen, sorgen Omnibusse für bequeme Mo-
bilität. An diese Nutzer und Bürger haben Sie nicht einmal ge-
dacht. Die können ja – so Herr Kretschmann – andere Ver-
kehrsmittel nutzen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Welche denn?)

Ja, Herr Kretschmann, die können sogar zu Fuß gehen, wenn
sie sich Ihre schöne neue Mobilitätswelt nicht mehr leisten
können.

(Heiterkeit des Abg. Anton Baron AfD)

Sie, die Landesregierung, haben sich von den arbeitenden, den
produktiven Menschen in diesem Land in eine vollständig
künstliche Parallelwelt verabschiedet.

(Beifall bei der AfD)

Wir von der AfD möchten nicht nur kritisieren, wir möchten
auch Vorschläge unterbreiten. Verkehrsbedingten Feinstaub,
meine Damen und Herren, kann man nicht mit Moosen, Flech-
ten, Lurchen oder Plaketten aus der Stadt schaffen, sondern
durch eine Entlastung ihrer Verkehrsachsen vom Durchgangs-
verkehr.

(Beifall bei der AfD)

Dass Ihnen Visionen für eine zukünftige Verkehrsführung feh-
len, sehen wir an der Verhinderung des Stuttgarter Nord-
oststrings als Verlängerung der B 29 als nördliche Umfahrung
von Stuttgart

(Zuruf des Abg. Daniel Renkonen GRÜNE)

und einem Projekt, das nun seit fast 80 oder 90 Jahren auf Hal-
de liegt, nämlich der Weiterführung der A 81 von Leonberg an
Sindelfingen vorbei hin zur bereits vorbereiteten Anschluss-
stelle Gärtringen.

(Beifall bei der AfD)

Solch visionäre Maßnahmen bewirken eine echte Entlastung,
nicht nur für die Stadt, sondern für die gesamte Region. Be-
vor man Zonenfahrverbote beschließt, müsste man die tech-
nischen Möglichkeiten der Verkehrslenkung voll ausschöp-

fen. 70 grüne Wellen in Stuttgart sind ein guter Anfang dafür;
das muss fortgesetzt werden. Um Pendler vom Auto abzubrin-
gen und z. B. für Züge zu gewinnen, braucht man mehr Zu-
verlässigkeit, eine engere Taktung, mehr Pünktlichkeit und
vor allem auch mehr Sauberkeit in den Zügen.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner
AfD: Genau!)

Wenn an 50 Tagen im Jahr akute Feinstaublagen vorliegen,
erfordert eine spürbare Abhilfe kostenlos nutzbare öffentliche
Verkehrsmittel an Feinstaubtagen.

(Zuruf von der AfD: Jawohl!)

Im Vergleich zu den zu erwartenden EU-Bußgeldern dürften
die Kosten dafür überschaubar bleiben.

(Beifall bei der AfD)

Park-and-ride-Parkplätze im Vorfeld von Stuttgart müssen
großzügig bemessen und kostenlos nutzbar sein, um Pendler
dazu zu bringen, auf die Bahn umzusteigen.

Auch die Versuche mit Wassersprühanlagen in der Stadt muss
man sicherlich fortsetzen. Wir brauchen Feldversuche. Es
nützt nichts, in Höhen von 10 bis 15 cm Wasser zu sprühen,
sondern man muss wie in Südeuropa in 2 bis 3 m Höhe sprü-
hen,

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Freies Du-
schen für alle!)

um diesen Feinstaub aus der Luft zu nehmen.

Die Fähigkeiten – ich komme zum Schluss – der Ingenieure
in den Entwicklungsabteilungen der Motorenhersteller in un-
serem Land übersteigen um Klassen alles, was Sie uns täglich
liefern.

(Beifall bei der AfD – Heiterkeit bei Abgeordneten
der AfD)

Diese wertvolle Arbeit, der Stolz unseres Landes, soll nun
nach Ihrem rabiati-irrationalen Willen angeblich wertlos sein.
Das hat man davon, wenn man die Pädagogen und Versor-
gungsempfänger in den Parlamenten überhandnehmen lässt
und die Leistungsträger stranguliert.

(Beifall bei der AfD – Abg. Sabine Wölflé SPD: Was
für ein Niveau! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm
CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Fraktion GRÜNE
erteile ich dem Kollegen Katzenstein das Wort.

Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Sehr geehrter Herr
Präsident, sehr geehrte Abgeordnete, liebe Kolleginnen und
Kollegen! Wenn ich mir Sie, die AfD, so anhöre, fallen mir
immer Sparschweine ein.

(Zuruf von der AfD: Das ist schon mal gut!)

Je weniger Inhalt drin ist, desto lauter klappern sie. Das fängt
schon mit dem Titel der Aktuellen Debatte an, der am Thema
vorbeigeht. Er ist schlicht falsch.

(Hermann Katzenstein)

Erstens: Es geht nicht um Fahrverbote aufgrund von Feinstaub, es geht um die Gesundheitsgefahr an einigen Straßen in Stuttgart.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Felix Schreiner CDU – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Spekulation!)

Der Feinstaub ist ein Teil des Problems; das größere Problem sind aber die Stickoxide. Das haben Sie offensichtlich nicht verstanden.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf von der AfD: Bringen Sie uns einen Nachweis!)

Wir machen keine Panikpolitik – dafür sind ja Sie die Experten –, wir handeln verantwortungsbewusst. Die Landesregierung muss handeln, sie muss selbst handeln, denn sonst hätten das die Gerichte getan – mit ungeahnten Folgen.

Worum geht es also eigentlich? In Stuttgart und in manchen anderen Städten werden die Grenzwerte für Luftschadstoffe überschritten. Die Bürgerinnen und Bürger müssen also vor den Schadstoffbelastungen geschützt werden. Das Land ist zudem wegen der Überschreitung der Grenzwerte mehreren Gerichtsverfahren ausgesetzt.

Sowohl die Gesundheit der Menschen als auch ihre Mobilität sind für uns wertvolle Güter, die wir schützen wollen. In Abwägung dieser beiden Schutzgüter sind wir in Abstimmung mit der Stadt Stuttgart und unserem Koalitionspartner zu der jetzt beschlossenen Fortschreibung des Luftreinhalteplans gekommen.

Der AfD fallen zum Thema Luftreinhaltung nur die Halterinnen und Halter von Dieselfahrzeugen als Opfer ein. Das halte ich gegenüber den wirklichen Opfern der Schadstoffe

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Wer ist das denn?)

für unverantwortlich, ja für schäbig.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Felix Schreiner CDU)

Die Europäische Umweltagentur hat im letzten November neue Zahlen zu den vorzeitigen Todesfällen aufgrund von Luftverschmutzungen veröffentlicht.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD)

In Deutschland sind 2013 über 84 000 Menschen wegen Feinstaub und Stickstoffdioxid vorzeitig gestorben. Herr Gögel, Sie haben die Tabelle nicht richtig gelesen. 11 000 Menschen sind wegen NO₂ und über 73 000 Menschen wegen Feinstaub vorzeitig gestorben.

(Abg. Emil Sänze AfD: Können Sie das nachweisen? – Gegenruf des Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Das kann man nachweisen!)

Das sind 25-mal so viele Tote wie durch Verkehrsunfälle. 2013 hatten wir rund 3 300 Opfer im Straßenverkehr zu beklagen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege Katzenstein, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Fiechtner?

Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Aber sicher.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Bitte, Herr Abg. Dr. Fiechtner.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Vielen Dank. Zwischenfragen darf ich stellen, ja.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall)

Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Machen Sie voran. Meine Redezeit ist begrenzt.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Bitte, Kollege Dr. Fiechtner.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Sie sprachen von so vielen Toten. Ist Ihnen bekannt, wie die Todesursachen dieser angeblich großen Zahl festgestellt wurden? Fanden Obduktionen statt? Gab es pathologische, forensische oder sonstige Gutachten dazu?

(Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Jetzt wird es medizinisch!)

Oder wie kommen Sie zu dem Schluss, dass die Todesfälle in dieser Zahl durch die Ursachen ausgelöst wurden, die Sie genannt haben?

Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Die Details sind mir nicht bekannt. Da vertraue ich einfach der Europäischen Umweltagentur.

(Lachen bei der AfD)

Aber ich kann das gern noch einmal nachlesen und Ihnen die Frage dann nachher im mündlichen Dialog beantworten.

Aus den genannten Gründen ist es wichtig und richtig, dass die Landesregierung beim Thema Luftverschmutzung handelt. Das macht sie eben nicht erst ab 2018, sondern schon länger. Erfolgreiche und bewährte Maßnahmen sind z. B. die Grüne Umweltzone, die Verkehrsverstetigung, der Ausbau des öffentlichen Verkehrs,

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

die Förderung des Radverkehrs, aber auch die Verordnungen zu den Baumaschinen und den Kaminöfen. Luftreinhaltung hat eben schon viel früher begonnen und besteht eben nicht nur aus Verkehrsverböten.

Der Erfolg der genannten Maßnahmen ist belegt. Die Grüne Umweltzone gilt in 25 Städten in Baden-Württemberg. Deswegen werden heute die Feinstaubgrenzwerte in fast allen Orten eingehalten. Deswegen ist der Anteil des Dieselrußes aus Autoabgasen durch die Partikelfilter auf wenige Prozent in der Feinstaubbelastung zurückgegangen.

Andere Beispiele für die Landeshauptstadt sind, dass die Baumaschinen nur noch mit Rußpartikelfiltern betrieben werden dürfen und dass die sogenannten Komfortkamine an Tagen mit hoher Schadstoffbelastung nicht mehr betrieben werden.

(Hermann Katzenstein)

Das Verkehrsmanagement – also alles, was zu einer Verstärkung des Verkehrs führt – gehört schon lange zu den Instrumenten von Landesregierung und Kommunen. Sie haben es erwähnt: Allein in Stuttgart gibt es 69 grüne Wellen; die längste von ihnen umfasst sogar 21 Ampeln.

Durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs steigen seit Jahren die Fahrgastzahlen in allen Städten Baden-Württembergs an. Auch der VVS hier in Stuttgart hatte im letzten Jahr wieder einen Fahrgastrekord zu verzeichnen.

Als weiteres Beispiel nehmen Sie die neuen RELEX-Linien, die drei Buslinien, die nicht durch die Stuttgarter Innenstadt fahren, sondern auch Tangentialverbindungen anbieten, um den Talkessel zu entlasten.

Zu nennen ist auch das Feinstaubticket, welches an Tagen des entsprechenden Alarms die Nutzung des ÖPNV deutlich günstiger macht.

Der Radverkehr wird hier im Parlament ja oft belächelt – zumindest von denen, die noch nie in Heidelberg oder Karlsruhe waren. In Karlsruhe ist es in den letzten 15 Jahren gelungen, den Anteil des Radverkehrs um zehn Prozentpunkte zu steigern. Das ging nicht zulasten des Fußverkehrs und des ÖPNV, sondern des Autoverkehrs. Deswegen ist Karlsruhe heute die erste Großstadt in Baden-Württemberg,

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

die die Grenzwerte nicht nur bei Feinstaub, sondern auch bei Stickstoffdioxid einhält.

(Abg. Emil Sänze AfD: Fahren Sie doch mal nach Degerloch!)

Die erwähnten Maßnahmen haben in Stuttgart zu großen Entlastungen geführt. Sie wurden so konzipiert, dass sie den Alltag nicht eingeschränkt haben. Diese Maßnahmen reichen aber einfach nicht aus. Daher ist es folgerichtig und wichtig, jetzt die nächsten Schritte zu unternehmen, damit die Grenzwerte Jahre nach ihrer Einführung endlich auch eingehalten werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Immer wieder wird behauptet – Herr Gögel, auch Sie haben das so ein bisschen getan –, die Hauptquelle der Luftschadstoffe sei gar nicht der Verkehr. Das stimmt so nicht. Wahr ist erstens, dass beim Feinstaub der Automotor mit ca. 7 % eine eher kleine Quelle ist – richtig. Aber durch Abrieb und Aufwirbelung kommen noch einmal 44 % hinzu.

(Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Das Hauptproblem ist das Stickstoffdioxid. Hier emittiert der Autoverkehr so viel, dass sich ein Anteil von 77 % ergibt. Er ist also für gut drei Viertel der schädlichen Gase die originäre Quelle.

(Abg. Anton Baron AfD: Physikalisches Gesetz, Reibung!)

Der Jahresmittelwert am Stuttgarter Neckartor liegt mit 82 µg/m³ mehr als doppelt so hoch wie der Grenzwert, der bei 40 µg/m³ liegt.

Stickstoffdioxid – Sie wissen es alle – entsteht bei Verbrennungsprozessen in der Industrie, in Kaminöfen oder im Automotor. Vor allem Dieselmotoren sind Produzenten dieser Schadstoffe. Erst ab Schadstoffklasse Euro 6 weisen sie deutlich geringere Werte auf, wenn sie sie eben nicht nur auf dem Prüfstand einhalten.

Ein wissenschaftliches Gutachten im Auftrag der Landesregierung

(Abg. Anton Baron AfD: Oh ja!)

hat ergeben, dass der Ausschluss von älteren Dieselfahrzeugen mit Abstand die wirkungsvollste Maßnahme zur Luftreinhaltung in Stuttgart ist. Auf deutlich über 90 % der belasteten Strecken würden die NO₂-Grenzwerte zukünftig eingehalten werden.

(Abg. Emil Sänze AfD: Dann enteignen Sie die Leute zum zweiten Mal!)

Wir ergreifen die Maßnahmen also nicht aus Jux und Tollerei und Panikmache, sondern entscheiden auf fundierter Grundlage, während von der Opposition zwar viel Gemecker kommt, aber keine wirksamen Alternativen vorgeschlagen werden.

(Abg. Anton Baron AfD: Haben Sie unsere Lösungsansätze nicht gehört, Herr Katzenstein?)

Und die AfD lässt die wahren Opfer der Luftschadstoffe allein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Deshalb hat sich die Landesregierung in Abstimmung mit den Regierungsfractionen u. a. für die Einrichtung eines gezielten Fahrverbots für ältere Dieselfahrzeuge in der Stuttgarter Umweltzone entschieden. Diese Zufahrtsbeschränkungen sollen ab 2018 nur an Tagen mit überhöhter Luftbelastung gelten.

Uns ist sehr wohl bewusst, dass solche Eingriffe für einzelne Bürgerinnen und Bürger Einschränkungen ergeben.

(Abg. Anton Baron AfD: Enteignung! – Zuruf von der AfD: Was heißt „Einschränkungen“?)

Wir halten den beschlossenen Maßnahmenkatalog in der Abwägung mit dem notwendigen Gesundheitsschutz der Bevölkerung aber für maßvoll und angemessen. Für Betroffene, die aus nachvollziehbaren Gründen keine Alternative zum Pkw nutzen können, werden wir Härtefallregelungen vorsehen.

Fazit: Die Regierungskoalition hat die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger im Blick. Sie handelt, und das ist gut so. Die Details der Fortschreibung des Luftreinhalteplans wird Ihnen Herr Verkehrsminister Winfried Hermann sicherlich gleich erläutern.

Helfen Sie uns bitte – da blicke ich zu den beiden Fraktionen –, eine Regelung für die blaue Plakette auf Bundesebene zu schaffen.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Um Gottes willen! – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Mein Appell an die Autoindustrie lautet: Jetzt ist es Zeit, Nachrüstlösungen anzubieten.

(Hermann Katzenstein)

(Abg. Anton Baron AfD: Abschaffung aller Umweltzonen!)

Denn wir brauchen Autos, die auch im richtigen Leben und nicht nur auf dem Prüfstand sauber sind. Es ist Aufgabe der Automobilindustrie, das Vertrauen der Kundinnen und Kunden zurückzugewinnen. Ich bin zuversichtlich, dass die baden-württembergische Industrie das kann. Wer, wenn nicht wir im Land der Tüftler und Ingenieure?

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Ich möchte abschließend klarstellen: Das Maßnahmenpaket ist umfassend; es reicht von der ÖPNV-Förderung bis zur Einschränkung der Komfortkaminnutzung. Es ist eben keine Handlungsanleitung zum Schaden der Dieselfahrzeughalter und der Automobilindustrie, sondern im Gegenteil: Es setzt darauf, dass der Diesel sauberer sein kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Schreiner.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wie der Schreiner kann's keiner!)

– Nur kein Neid, Kollege Zimmermann.

Abg. Felix Schreiner CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir dürfen uns heute wieder einmal mit einer von der AfD beantragten Debatte beschäftigen. Dann wird uns immer offeriert, dass das alles sachpolitisch sei. Doch schon der Titel

(Abg. Anton Baron AfD: Was stimmt daran nicht?)

„Panikpolitik“

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist doch Panikmache!)

zeigt vor allem eines, Herr Gögel: dass es Ihnen nicht um eine sachliche Auseinandersetzung geht, dass es Ihnen nicht um die Lösung des Problems geht. Es geht Ihnen nur um Stimmungsmache.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

In Wahrheit sind Sie in einer Parallelwelt – nicht wir, wie Sie es uns vorgeworfen haben. Das möchte ich Ihnen auch noch sagen.

Ich möchte auch noch einmal kurz auf die Ausgangslage eingehen. Es ist nämlich fünf vor zwölf. Am Stuttgarter Neckartor wird die Anzahl von 35 Tagen pro Jahr, an denen eine Überschreitung des Feinstaubgrenzwerts zulässig ist, seit Jahren überschritten. 2016 waren es 63 Überschreitungstage. Auch beim Stickstoffdioxid – NO₂ – wird der Grenzwert an allen verkehrsnahen Stuttgarter Messstationen überschritten. Diese Belastungen – Feinstaub und NO₂ – werden in der öffentlichen Debatte übrigens gerade täglich durcheinandergemixt und durcheinandergebracht.

Aber um die Dimension der Stickoxidbelastung einmal plastischer und klar darzustellen: Wir sprechen von Straßenabschnitten mit einer Gesamtlänge von etwa 66 km. Jetzt gibt es ein gerichtliches Verfahren,

(Abg. Anton Baron AfD: Ja, und?)

und es gibt eine Verpflichtung des Landes, aktiv zu werden. Ab Januar 2018 muss an Tagen mit Feinstaubalarm das Verkehrsaufkommen am Neckartor um ca. 20 % reduziert werden. Dazu hat sich das Land verpflichtet. Es besteht also dringender Handlungsbedarf.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Das war schon der Fehler!)

Damit die rechtliche Brisanz etwas deutlicher wird, sei angemerkt, dass vor dem Verwaltungsgericht in Stuttgart ein Verfahren der Deutschen Umwelthilfe anhängig ist. Außerdem laufen zwei EU-Vertragsverletzungsverfahren, die enorme Strafzahlungen zur Folge haben könnten.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Weil Sie nicht rechtzeitig etwas gemacht haben!)

– Nein. Ich sage Ihnen etwas; es liegt auf der Hand: Nach vielen Jahren des Abwartens müssen wir handeln, und zwar wir seitens der Regierung und des Parlaments. Wir müssen handeln und können uns nicht von Gerichten vorschreiben lassen, was wir zu tun haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Zuruf von der AfD)

Wenn Sie von der AfD das als „Panikmache“ bezeichnen, dann schätzen Sie die Situation völlig falsch ein. Man löst Probleme nicht, indem man hier auf der Bank herumsitzt und heiße Luft hinausbläst.

(Abg. Nicole Razavi CDU: CO₂!)

Damit sorgen Sie nur für eines, nämlich für eine höhere Feinstaubbelastung in dieser Stadt, ohne heute einen einzigen Lösungsvorschlag eingebracht zu haben.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Emil Sänze AfD: Wer regiert denn das Land über Jahrzehnte hinweg? Wir oder die CDU?)

Die Luftreinhaltung ist ein Thema, bei dem viele Komponenten zusammenkommen. Nach vielen intensiven Prozessen – ich gebe zu, auch keinen einfachen Prozessen innerhalb der Regierungsfractionen und der Landesregierung – haben wir uns nicht nur auf die eine Maßnahme, um die es immer wieder geht, sondern auf ein ganzes Bündel von Maßnahmen verständigt, übrigens unter Beteiligung der Wirtschaft und mit Beteiligung der Stadt Stuttgart. Diese Maßnahmen beschränken sich nicht nur auf die viel diskutierten Fahrverbote, die für uns, die CDU-Fraktion, eine Maßnahme darstellen, die ganz am Ende im Notfall in Erwägung gezogen werden kann. Nein, vielmehr braucht es ein Bündel an Maßnahmen, die zusammengenommen die Probleme vor Ort lösen.

(Abg. Anton Baron AfD: Das wird man ja sehen!)

(Felix Schreiner)

Angesichts der Verkehrssituation in der Region Stuttgart betone ich auch heute – Herr Gögel hat das aus meiner letzten Rede beschrieben –: Natürlich brauchen wir auch den Erhalt und den Ausbau der Straßeninfrastruktur. Natürlich müssen wir uns um die Fahrzeuge kümmern, die durch die Stadt Stuttgart hindurchfahren. Wenn täglich 17 500 Fahrzeuge durch diese Stadt fahren, obwohl sie gar nicht hierhinwollen, sondern nur durch die Stadt durchfahren, muss man sich natürlich langfristig mit diesem Thema auseinandersetzen. Aber das ist eben ein langfristiges Vorhaben.

(Zuruf von der AfD)

Auch das Ziel einer emissionsarmen Belieferung der Unternehmen in der Stadt Stuttgart gehört zum Bündel notwendiger Maßnahmen. Hier möchten wir seitens der CDU-Fraktion die Initiative für ein zu entwickelndes Logistikkonzept starten.

Selbstverständlich muss auch ein attraktiver ÖPNV als Alternative für den Individualverkehr her. Der ÖPNV wird weiter ausgebaut. Er wird zusätzlich mit weiteren Regionalbahnen, S-Bahnen, Stadtbahnen und Busverbindungen gestärkt, und den von Maßnahmen beim Autoverkehr Betroffenen muss im Bereich ÖPNV eine gute Alternative angeboten werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Aber – das ist wichtig – auch die Stadt Stuttgart ist weiterhin gefordert. Mit einem wirksamen Parkraummanagement könnten lange Parkplatzsuchen verkürzt werden. Auch mit Park-and-ride-Plätzen mit Anschluss an den innerstädtischen ÖPNV

(Zuruf von der AfD: Ja!)

könnte manche Fahrt überflüssig werden.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ampeln!)

Die Busflotten müssen erneuert werden. Deshalb wird auch die Umstellung dieser Flotten auf alternative Antriebe noch stärker von dieser Landesregierung gefördert. Übrigens ist das nicht nur ein Stuttgarter Thema. Schauen Sie einmal nach außerhalb. In jeder Großstadt in Deutschland, überall ist es die gleiche Thematik.

Schließlich müssen auch weitere Lösungsansätze in Betracht gezogen werden. Auch eine Mooswand,

(Abg. Anton Baron AfD: Um Gottes willen! Das ist doch lächerlich!)

wenn sie etwas hilft, soll mir recht sein. Auch die regelmäßige Reinigung der betroffenen Straßen, wenn sie etwas hilft, soll mir recht sein. Das Ganze wird übrigens auch wissenschaftlich begleitet. Auch technische Optionen wie das Filtern der Luft an neuralgischen Punkten dürfen meines und unseres Erachtens nicht von vornherein kategorisch abgelehnt werden.

(Zuruf: Sehr gut!)

Aber wir müssen auch ganz ehrlich miteinander umgehen. All das wird für den Moment nicht ausreichen, um kurzfristig die Einhaltung der Grenzwerte zu erreichen. Daher kommen wir auch nicht umhin, als letztes Mittel über Beschränkungen nachzudenken.

Wenn die blaue Plakette kommt – wie es übrigens im Koalitionsvertrag steht –, dann haben wir, wenn es richtig umgesetzt ist, ein Instrument an der Hand, das geeignet und angemessen ist, um die Luft in Stuttgart drastisch zu verbessern.

(Abg. Anton Baron AfD: Na ja!)

Den sogenannten Plan B hingegen, nämlich an Feinstaubtagen Fahrverbote auf der Basis der Straßenverkehrsordnung durch Verkehrszeichen anzuordnen, sehen wir als die schlechtere Alternative, als schlechtere Möglichkeit an. Denn erst müssen einmal all die zahlreichen Fragen, die von der Umsetzbarkeit bis hin – rechtlich – zur Kontrolle durch die Polizei reichen, noch beantwortet werden.

(Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Aber am Ende ist es eben eine Abwägung, meine Damen und Herren, die wir, die CDU-Fraktion, uns nicht leicht gemacht haben. Ich sage es Ihnen ganz klar: Weil wir generelle Fahrverbote und gerichtliche Anordnungen in der Stadt Stuttgart und überhaupt im Land verhindern wollen, unterstützen wir die Einführung einer blauen Plakette, weil damit eben eine geringere Einschränkung für die Bürgerinnen und Bürger verbunden ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Einschränkungen müssen in einem angemessenen Verhältnis zur Wirksamkeit der Maßnahme stehen. Deshalb zählt für uns auch, dass es ohne Ausnahmen nicht geht. Wir haben uns darauf verständigt, dass es umfangreiche Ausnahmen für den Wirtschafts- und Lieferverkehr sowie auch für die Handwerkerfahrten geben wird. Ich bin unserer Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut wirklich sehr dankbar, dass sie sich in Verhandlungen sehr beharrlich auch dafür sehr stark gemacht hat. An diesen Ausnahmeregelungen werden wir jetzt auch noch Stück für Stück arbeiten. Wir müssen sie sauber definieren und schließlich auch umsetzen, weil wir auch damit unser gemeinsames Ziel nicht konterkarieren dürfen.

Wir plädieren auch dafür, dass die Euro-5-Busse, die teilweise sogar vom Land gefördert wurden, zumindest noch für einige Jahre in die Innenstadt einfahren dürfen. Ansonsten entziehen wir den Unternehmen im Land und vor allem dem Tourismus in der Landeshauptstadt, der übrigens aufgrund der aktuellen Diskussion um die Feinstaubproblematik eh schon sehr gebeutelt ist, die Grundlage.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Auch die konkrete Ausdehnung des Luftreinhaltebereichs,

(Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

der ja nur einen kleinen Teil der heutigen Umweltzone umfassen wird, werden wir genau anschauen. Es geht hier um die Verhältnismäßigkeit. Deswegen sage ich auch klar: Beschränkungen sind für uns keine Dauerlösung, sondern wir brauchen eine fortlaufende Evaluation mit dem Blick darauf, ob die Eingriffe noch verhältnismäßig sind.

Aber wenn wir heute nicht anfangen, übrigens auch unser Straßennetz auf Vordermann zu bringen, auch Maßnahmen

(Felix Schreiner)

wie den Nordosttring und die Filderauffahrt umzusetzen, dann werden wir es gar nicht schaffen, die Probleme der Luftreinhaltung in Stuttgart auch langfristig zu lösen.

(Abg. Sascha Binder SPD: Da haben Sie keine Mehrheit in der Regierung!)

Wir brauchen eine strukturelle Problemlösung, und wir brauchen Maßnahmen, die langfristig erfolgreich sind.

Ich möchte Ihnen von der AfD wirklich sagen: In den letzten fünf Jahren war auch ich in der Opposition.

(Zuruf: Das stimmt!)

Ich habe da auch manches kritisiert. Das weiß übrigens auch unser Verkehrsminister, dass Nicole Razavi und ich vieles kritisiert haben, auch was die Regierung gemacht hat.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Zu Recht!)

Das ist alles in Ordnung, dass man kritisiert, wenn einem etwas nicht passt.

(Zuruf von der AfD: Das ist ja lieb!)

Aber ich sage Ihnen, was ich hier nie gemacht habe: Ich habe mich nie hier hingestellt und gesagt: „Das ist alles schlecht“, ohne auch nur eine einzige Lösung zu präsentieren, die irgendwie möglich ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Widerspruch bei der AfD – Zurufe von der AfD, u. a. Abg. Anton Baron: Wir haben extra eine Lösung vorgeschlagen!)

Sie haben keine Lösung. Sie sind nur dagegen und haben keine Lösung. Das ist das Problem.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, außer heißer Luft haben wir von der AfD heute nichts gehört. Bringen Sie sich ein, begleiten Sie diesen Prozess.

(Abg. Anton Baron AfD: Um Gottes willen! Nächstes Mal hören Sie besser zu!)

Ich würde mich freuen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Zuruf von der CDU: Ausgezeichnet! – Zuruf von der FDP/DVP: Märchenstunde!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erlaube ich das Wort dem Kollegen Rivoir.

Abg. Martin Rivoir SPD: Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir, dass ich meine Ausführungen mit einem Zitat beginne:

Mobilität ist Bewegungsfreiheit. Sie ist ein unverzichtbarer Bestandteil unseres Lebens, Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und Ausdruck von Freiheit und Selbstverwirklichung.

(Abg. Nicole Razavi CDU und Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Schön!)

So steht es im Bundestagswahlprogramm der Grünen aus dem Jahr 2013.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Ich weiß!)

Meine Damen und Herren, wir sind genau dieser Meinung. Genau deswegen muss Mobilität in Zukunft auch für Menschen mit kleinem Geldbeutel bezahlbar sein.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD sowie des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

In diesem Sinn darf Mobilität in Baden-Württemberg eben nicht zu einer neuen sozialen Frage werden.

(Beifall bei der SPD und der AfD sowie des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Mit den von Grün-Schwarz beschlossenen Fahrverboten wird jedoch die Mobilität unweigerlich wieder zu einer sozialen Frage; denn nicht jeder Pendler und Handwerker kann es sich leisten, sich alle zwei oder drei Jahre ein neues Auto zu kaufen, das die gerade aktuellen Abgasnormen erfüllt. Da nützt es auch überhaupt nichts, wenn der Ministerpräsident auf einer Pressekonferenz sagt, hier werde nichts verboten, hier werde gesteuert und gelenkt. Noch vor einem Dreivierteljahr sagte er, dass Fahrverbote nicht auf der Tagesordnung stünden. So kurz ist in der Zwischenzeit die Verfallszeit des Wortes des Ministerpräsidenten in diesem Land.

(Beifall bei der SPD und der AfD sowie des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Zuruf von den Grünen: Da muss man Alternativen haben!)

Auf genau der gleichen Pressekonferenz setzt sich der Ministerpräsident hin und sagt, er könne ja auch nicht mit jeder Schrottmühle zum TÜV fahren und dann, wenn er nicht durchkomme, sagen: „Ihr verbietet mir das Autofahren.“ So geht es nicht, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit – Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Mit diesem Satz wird gezeigt, dass Sie ganz weit weg von den Problemen der Menschen in diesem Land sind.

(Beifall bei der SPD und der AfD)

Bei den Fahrverboten, die Sie von den Grünen und der CDU in neun Monaten einführen wollen, geht es nämlich nicht um Fahrverbote für 20 oder 30 Jahre alte Schrottmühlen, sondern betroffen sind in erster Linie Autos, die vor zwei oder drei Jahren gekauft wurden, und zwar mit der Intention, Gutes für die Umwelt zu tun;

(Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Ja!)

denn Dieselfahrzeuge mit Euro-5-Norm haben einen geringen CO₂-Ausstoß; da sind sie die besten. Diese Autos mit wenig CO₂-Ausstoß haben die Menschen im Vertrauen auf die Politik gekauft, und nun fallen Sie ihnen allen in den Rücken.

(Beifall bei der SPD und der AfD sowie Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Nicole Razavi CDU: Genau! Und was habt ihr in den fünf Jahren gemacht?)

(Martin Rivoir)

Für diese Menschen haben Sie keine Lösung, sondern offenbar nur Spott übrig. Oder wie soll ich sonst die folgende Aussage von Verkehrsminister Hermann verstehen? Er sagt, es dürfe kein Menschenrecht darauf geben, einen dreckigen Diesel zu fahren. Meine Damen und Herren, das ist selbstgefällig und abgehoben.

(Beifall bei der SPD und der AfD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Kollege Rivoir, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schreiner?

Abg. Martin Rivoir SPD: Nein, keine Zwischenfrage. Ich bin gerade gut in Fahrt.

(Heiterkeit)

Der Spruch stimmt: Grün muss man sich leisten können. Das ist das Thema hier.

(Beifall bei der SPD und der AfD sowie Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von den Grünen: Jawohl!)

Diese Fahrverbote, die Sie beide hier planen, bedeuten schlichtweg eine kalte Enteignung.

(Beifall bei der SPD und der AfD sowie Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Ja, so ist es! – Abg. Nicole Razavi CDU: Was hat die SPD in den letzten fünf Jahren getan, um das zu verhindern? Fünf Jahre nichts getan!)

– Sie kommen auch gleich noch dran, meine liebe Kollegin.

(Oh-Rufe)

Die Verkehrsprobleme in Stuttgart und in der Region sind unzweifelhaft groß, aber sie lassen sich eben auch nicht auf die Themen Feinstaub oder Stickoxide reduzieren – wobei beim Feinstaub bekanntlich die direkten Emissionen, die mit dem Fahrverbot reduziert werden sollen,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

nur ein Teil des Problems sind, sodass ich mich schon frage, wo die Vorschläge sind, um die anderen Teile dieses Problems zu lösen.

(Zuruf von den Grünen: Haben wir doch gesagt!)

Wo ist die Strategie, um die großräumigen Emissionen zu senken, die in die Stadt hineingetragen werden? Wo ist die Strategie gegen zusätzlichen Reifenabrieb, die Strategie,

(Zuruf von den Grünen: Gar nicht zugehört!)

gute Straßen zu bauen und Verbesserungen, z. B. gerade in der Neckarstraße, zu erreichen? Von all den anderen Problemlösungen, die im Raum stehen, hören wir von Ihnen nichts.

(Zuruf von den Grünen: Das stimmt doch gar nicht! – Abg. Nicole Razavi CDU: Ist doch gar nicht wahr!)

Sie spekulieren, Sie setzen auf das Fahrverbot, und das ist nicht gut für unser Land und für die Stadt Stuttgart.

(Beifall bei der SPD und der AfD sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, dass das Handwerk größte Bedenken gegen Ihr Fahrverbot hat, wurde schon vielfältig artikuliert. Wir teilen diese Bedenken. Sie werden wieder – es wurde ja bereits angekündigt – reihenweise Ausnahmegenehmigungen ausstellen müssen.

Ein anderer Aspekt, der hier noch nicht diskutiert worden ist, aber jetzt durch den WBO an uns, an Sie und an verschiedene Minister herangetragen worden ist, ist das Thema Tourismus in Stuttgart. Die meisten Tourismusbusse wären wohl von diesem Fahrverbot betroffen, und wenn Sie dem Tourismus in Stuttgart nicht ernsthaft schaden wollen, dann werden Sie auch dort Ausnahmegenehmigungen erteilen müssen.

Allein dieses Beispiel zeigt, wie undurchdacht und überhastet diese Fahrverbotspläne sind. Das, was Sie hier planen, ist wegen der vielen Ausnahmegenehmigungen schlichtweg ein Rohrkipierer. Wir werden keine vernünftigen und spürbaren Effekte für die Luftqualität in Stuttgart bekommen.

(Beifall bei der SPD und der AfD sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

Was wir in Stuttgart brauchen, sind in erster Linie Investitionen in Busse und Bahnen, bezahlbare Fahrpreise für alle. Wir brauchen mehr Nahverkehr auf mehr Strecken zu besseren Takten.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das hättet ihr fünf Jahre lang umsetzen können!)

Doch dafür müssen die Stadt und vor allem das Land erhebliche Mittel in die Hand nehmen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Fünf Jahre lang habt ihr nichts gemacht!)

Wo bleibt also der Beitrag des Landes zur Lösung dieser Feinstaubprobleme?

Außer den 6 Millionen €, die Sie für das Feinstaubticket – ohne allzu große Wirkung – oder eine Mooswand, deren Wirkung sich ebenfalls noch zeigen muss, ausgegeben haben, sehen wir gar nichts, meine Damen und Herren.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Was waren Ihre Vorschläge in den fünf Jahren? Was haben Sie vorgeschlagen? – Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD: CDU sichtbar nervös! – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Genau. Dabei geht es jetzt erst noch los. – Meine Damen und Herren, die Grünen mit ihrer Verbotsideologie

(Abg. Anton Baron AfD: Eine autofreie Stadt wollen die!)

regieren ja nicht allein in diesem Land. Die CDU, die selbsternannte Schutzmacht der Autofahrer, ist auch noch mit dabei. Das sollte man jedenfalls denken. Ich richte einmal meinen Blick ein Jahr zurück. Drei Tage vor der Wahl im letzten Jahr hat die damalige verkehrspolitische Sprecherin in der

(Martin Rivoir)

„Stuttgarter Zeitung“ Kraftvolles verkündet – ich zitiere aus dem Bericht –:

Wenn es nach Nicole Razavi, der verkehrspolitischen Sprecherin – –

(Abg. Nicole Razavi CDU: Razavi!)

– Razavi. Ja, gern. Ich habe mit meinem Nachnamen ebenfalls die größten Probleme, was die Aussprache hier im Haus manchmal angeht. Insofern sind wir da sozusagen solidarisch und ein Team. Also passt es dann schon.

(Heiterkeit)

Also:

Wenn es nach Nicole Razavi, der verkehrspolitischen Sprecherin der CDU im Landtag geht, wird es bei einer Regierungsbeteiligung der Christdemokraten keinen Alarm mehr geben.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD – Unruhe)

Es sei „sinnlos, die Alarmer auf der jetzigen Basis fortzusetzen“.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der AfD)

So sagte es Frau Razavi wenige Tage vor der Landtagswahl in der „Stuttgarter Zeitung“.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Was ist denn von Ihrer vollmundigen Ankündigung übrig geblieben? Nichts, nichts, nichts! Ein Fahrverbot.

(Beifall bei der SPD und der AfD sowie Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Felix Schreiner CDU: Fake-News! Das sind Fake-News! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: „Fake-News“! – Lachen des Abg. Anton Baron AfD – Gegenruf des Abg. Felix Schreiner CDU: Faktencheck!)

Ihr, die CDU-Fraktion, seid vor dem Verkehrsminister eingeknickt. Dass dies so kommen musste, war ja völlig klar, als Sie, die Landesregierung, dem gerichtlichen Vergleich im letzten Sommer zugestimmt haben. Die jetzt vorgesehenen Fahrverbote beruhen ja letztendlich auf diesem Vergleich.

Was bleibt also am Schluss? Es bleibt ein Ministerpräsident, der offensichtlich den Kontakt zu den Sorgen und Nöten in diesem Land verloren hat, ein Verkehrsminister, der endlich tun darf, was er schon lange anstrebt, nämlich Fahrverbote einführen. Es ist eine grün-schwarze Koalition, die die Mobilität in unserem Bundesland zur neuen sozialen Frage macht, und es ist eine CDU, die sich saft- und kraftlos von ihrem grünen Koalitionspartner hat über den Tisch ziehen lassen.

(Beifall bei der SPD und der AfD – Abg. Anton Baron AfD: So ist es! – Abg. Felix Schreiner CDU: Ich mache mir die Welt, wie sie mir gefällt!)

Das ist wahrlich eine Bankrotterklärung Ihrer Verkehrspolitik.

(Beifall bei der SPD und der AfD sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich sage Ihnen noch einmal eines: Sie wissen es ja in Wirklichkeit besser. Vor zwei Tagen war die Frau Wirtschaftsministerin in Schriesheim im Festzelt beim Bund der Selbständigen. Da hat sie gesagt, das Fahrverbot sei eine soziale Frage, es gehe nicht für die Handwerker. Sie hat dieses Fahrverbot gegeißelt. Im Bierzelt sagen Sie die Wahrheit, hier im Plenum hingegen kuschen Sie. Das ist die Wahrheit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der AfD sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Wenn sich die SPD-Fraktion wieder beruhigt hat, fahren wir fort.

(Unruhe)

Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Das Jahr 2017 wird in die politische Landesgeschichte Baden-Württembergs eingehen als ein Jahr des vielfachen Fehlstarts der grün-schwarzen Landesregierung.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

In der Leichtathletik wären wir da schon disqualifiziert. Rekordsteuereinnahmen ohne Schuldentilgung, Disput bei Abschiebungen, desolante Selbstüberschätzung bei der Altersversorgung und nun Fahrverbote für Dieselfahrzeuge. Ein derartiger politischer Schnellschuss mit einem volkswirtschaftlichen Schaden in Milliardenhöhe und enormer sozialer Ungerechtigkeit ist politisch unverantwortlich und weder sinnvoll noch verhältnismäßig.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD sowie des Abg. Andreas Stoch SPD)

Herr Kollege Rivoir hat ja gerade darauf hingewiesen. Ich erinnere die CDU-Landtagsfraktion an ihr Wahlprogramm. Auf Seite 75 steht das drin, was Herr Rivoir noch einmal bestätigt hat. Der energiepolitische Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion, Thomas Bareiß, hat sich noch am 23. Januar 2017 in der „Stuttgarter Zeitung“ ablichten lassen und gesagt: „Ein Fahrverbot würde nichts bringen. ... Die blaue Plakette ... ist unsozial und außerdem bürokratisch.“

Die CDU-Landtagsfraktion ist völlig abgetaucht. Ich erinnere daran, dass die verkehrspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion in der letzten Legislatur bei verkehrspolitischen Themen hier mehr Staub aufgewirbelt hat, als Stuttgart Feinstaub hat, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Heiterkeit – Beifall bei der FDP/DVP, der AfD und der SPD – Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

(Jochen Haußmann)

Herr Katzenstein, Sie haben gesagt, Sie hätten ein offenes Ohr für die Bürgerinnen und Bürger, und Sie wollten Härtefallregelungen treffen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich darf aus einer E-Mail zitieren, die mich in der letzten Woche erreicht hat – diese E-Mail ging übrigens auch an die anderen Fraktionen –:

Ich wende mich hiermit direkt an Sie, um meinem Ärger Ausdruck zu verleihen und Sie aufzufordern, eine Totalentwertung meines zwei Jahre alten, neu gekauften Wagens zu verhindern. Im Vertrauen auf den umwelttechnischen Sachverstand sowie das integre und verantwortungsbewusste Verhalten von Politik und Autoindustrie haben wir uns vor zwei Jahren einen nagelneuen VW-Bus gekauft.

Jetzt wissen wir auch, was Ministerpräsident Kretschmann mit „älteren Fahrzeugen in Baden-Württemberg“ meint. Fahrzeuge, die zwei Jahre alt sind, gehören in Baden-Württemberg also zu den älteren Fahrzeugen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD)

Er hat gesagt: „Hier wird nichts verboten. Hier wird gesteuert und gelenkt.“

(Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: An die Anwohner denkt keiner!)

Diese Worte klingen für die Menschen in Baden-Württemberg wie Hohn. Das sage ich Ihnen an dieser Stelle.

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD sowie Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Daniel Renkonen GRÜNE)

Sie stellen jetzt fest, dass diese Entscheidung unausgegoren ist. Vergewen Sie sich die Situation der Busunternehmen nicht nur in Stuttgart, sondern in ganz Baden-Württemberg, auch die der Busunternehmen, die vielleicht einmal mit Touristen zur Staatsgalerie oder zum Weihnachtsmarkt nach Stuttgart fahren wollen. Die fahren dann wahrscheinlich woanders hin, weil sie ihre Fahrzeuge nicht so schnell umrüsten können.

Bemerkenswert ist auch, dass auch Busse betroffen sind, die das Land Baden-Württemberg noch mit einer Busförderung unterstützt hat;

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP, der AfD und der SPD – Zuruf des Abg. Daniel Renkonen GRÜNE)

es sind also Mittel geflossen, die dann im Grunde zurückzahlen sind. Man sieht also, wie wahnsinnig „durchdacht“ dieser Schnellschuss war. Das ist, glaube ich, kein Politikstil, den wir in Baden-Württemberg zum Maßstab machen sollten, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD sowie Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Daniel Renkonen GRÜNE)

Ich frage mich auch, ob die Ausnahmen für die Handwerker dann so halten. Wenn ich an die Regelung bei der grünen Plakette denke, würde ich den Handwerkern da nicht so viel versprechen.

Lieber Herr Katzenstein, unterhalten Sie sich einmal mit Autohändlern. Es gibt Autohändler in Baden-Württemberg, die inzwischen keine Dieselfahrzeuge mehr in Zahlung nehmen. Das sollten Sie bei Ihren Härtefallregelungen ebenfalls berücksichtigen.

(Zuruf des Abg. Daniel Renkonen GRÜNE – Gegenruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Fahrverbote bergen enormen sozialen Sprengstoff. Es gibt hier gar keine Analysen.

(Zuruf des Abg. Daniel Renkonen GRÜNE)

Die Stadt Wien beispielsweise hat das Ganze einmal genau untersucht. Das sollte man in Baden-Württemberg vielleicht auch einmal durchführen. Da kommt jetzt noch einmal klar zum Ausdruck, dass eher Menschen mit höherem Einkommen die neuen Dieselfahrzeuge fahren und insbesondere die Frage, ob man sich ein neues Fahrzeug leisten kann, eben auch vom Einkommen abhängt, vor allem wenn man mit dem jetzt vorhandenen Fahrzeug einen enormen Wertverlust zu verkraften hat. Sie bringen mit dieser Entscheidung in Baden-Württemberg im Prinzip also auch eine soziale Härte in diese schwierige Diskussion hinein.

Wir haben das Thema seit Jahren aufgegriffen – auch in der FDP/DVP-Landtagsfraktion. Ich erinnere an die Anträge, die wir in den letzten Jahren dazu eingebracht haben. Statt im letzten Jahr diesen voreiligen Vergleich abzuschließen, wäre es wesentlich besser gewesen, zunächst einmal insbesondere am Neckartor alle Maßnahmen umzusetzen.

Lieber Herr Schreiner, Sie wollen ja auch die Sachlichkeit betonen. Sie müssen mir jetzt einmal erklären, warum, obwohl bei Feinstaubalarm derzeit nicht zwischen den Dieseln Euro 5 und Euro 6 sowie Benzinern und Elektrofahrzeugen unterschieden wird, dann ab nächstem Jahr an Feinstaubalarmtagen keine Dieselfahrzeuge mehr nach Stuttgart fahren dürfen, obwohl wir die gleiche Feinstaubsituation haben.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Es ist völlig unverantwortlich, eine solche Entscheidung zu treffen. Dann müssten Sie schon sagen: Es betrifft alle Fahrzeuge, und die werden aufgeteilt. Aber diese Entscheidung, Dieselfahrzeuge an Feinstaubalarmtagen zu sperren, ist im Prinzip völlig unverantwortlich und dem Thema gänzlich unangemessen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Poreski?

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Nein, gestatte ich nicht.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Keine Zwischenfrage.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Wir haben vielfach die Maßnahmen unterstützt: Mooswände, Nassreinigung und durchaus auch die Absaugung. Wir haben das vielfach auch beantragt. Wir halten das für wichtig. Wir wissen, die neuen Euro-6- und vor allem die neuen Euro-6d-TEMP-Fahrzeuge sind sinnvoll einzusetzen. Wenn wir dem Vorschlag in Bezug auf die blaue Plakette folgen und Sie da noch ein oder zwei Jahre zuwarten, dann gibt es nur noch so wenige Altfahrzeuge mit Euro-5-Diesel oder älter, dass wir im Grunde genommen die blaue Plakette unserer Meinung nach auch nicht mehr brauchen.

Es bleibt dabei: Wir lehnen Fahrverbote ab. Die FDP lehnt auch die blaue Plakette ab. Diese Maßnahmen sind weder sinnvoll noch verhältnismäßig.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Wir sehen darin eine ungerechtfertigte Enteignung der Autofahrerinnen und Autofahrer in Baden-Württemberg.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD sowie des Abg. Martin Rivoir SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Verkehrsminister Hermann das Wort.

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Debatte war ja wieder munter.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Ja, hoffentlich! – Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Faktenfrei!)

Es gab wirklich interessante neue Allianzen, populistisch von ganz rechts bis links und in der Mitte die FDP/DVP, die neue populistische Allianz.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Lachen bei der AfD – Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Menschenverstand!)

Sie müssen sich einmal anschauen, wer bei wem klatscht. Wenn man das von vorn betrachtet, ist wunderbar zu sehen, was da alles zusammengeht.

(Abg. Anton Baron AfD: Das sagt der, der eine autofreie Stadt wollte!)

Meine Damen und Herren, es heißt ja in diesen Tagen gern: Wir leben im postfaktischen Zeitalter, weil jeder behaupten kann, was er will, ohne das groß zu begründen. Man bringt ein Zitat, einen Experten, und schon ist eine neue Wahrheit geschaffen. Ich kann Ihnen sagen: Ich halte das für eine grobe Fehleinschätzung.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie haben doch die ganzen Experten eingekauft! – Abg. Martin Rivoir SPD: Gutachteritis! – Abg. Anton Baron AfD: Sie entscheiden nicht allein über das Gutachten!)

Die heutige Debatte zeigt, dass wir nicht im postfaktischen, sondern im präfaktischen Zeitalter leben. Sie haben noch nicht einmal die elementaren Daten zur Kenntnis genommen. Sie,

Herr Rivoir, Herr Gögel oder Herr Haußmann, Sie alle zusammen haben die wichtigen Daten nicht einmal zur Kenntnis genommen. Sie haben nur polemisiert, nichts gebracht, nichts präzisiert, nur Halbwissen vorgetragen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Martin Rivoir SPD: Oh, hat es wehgetan?)

Halten wir doch einmal fest: Seit 2005 gelten in Deutschland die Grenzwerte für Feinstaub, und diese werden seitdem in Stuttgart gerissen.

(Abg. Anton Baron AfD: Von wem?)

Heute Morgen hat Ihr Herr Meuthen hier das Plenum mit der Ansage zu belehren versucht: Gesetze gelten, und zwar immer und für alle, und der Staat muss dafür sorgen, dass es so ist.

(Abg. Anton Baron AfD: Von wem sind die Gesetze?)

Davon haben Sie gar nicht gesprochen. Das ist übrigens deutsches Recht.

(Abg. Anton Baron AfD: Von der Europäischen Union!)

– Jetzt kommen Sie natürlich damit: Das ist die böse EU. Das ist aber deutsches Recht. Das haben Sie nicht wahrgenommen. Seit zwölf Jahren gelten diese Grenzwerte. Sie werden nicht eingehalten. Sie müssen aber eingehalten werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Emil Sänze AfD: Sie sind doch schon länger Verkehrsminister!)

– Hören Sie besser zu, dann verstehen Sie etwas.

Nehmen wir den NO_x-Grenzwert: Der ist seit 2010 Gesetz. Die Regeln gelten seit damals, und sie werden nicht eingehalten. Sie werden in Stuttgart etwa doppelt so oft überschritten wie erlaubt.

Jetzt kommt Herr Haußmann von der FDP/DVP und sagt, das käme alles über Nacht. Da kann ich sagen: Sie haben in den letzten zehn, zwölf Jahren die Verkehrspolitik verschlafen. Es geht um die Debatte darüber, wie man es schafft, die Grenzwerte einzuhalten, die Menschen vor krank machenden Schadstoffen – das ist eben Feinstaub, das ist NO_x – zu schützen, diese Schadstoffe zu reduzieren. Das ist das Ziel. Was ich gehört habe, ist eine breite Allianz: Wir sind für den kleinen Mann, für den Dieselfahrer. Sie haben mehr den Diesel im Kopf als den Menschen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Es ist für mich nicht zu fassen, dass die stolze SPD, die in über 150 Jahren Geschichte für die Freiheit für die Menschen eintritt,

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau! Freiheit!)

bei so einer Debatte nur an den „Dieselmann“ denkt

(Beifall bei den Grünen – Zurufe von der SPD: Und die Frau!)

(Minister Winfried Hermann)

und völlig vergessen hat, die Menschen, die an diesen Straßen – –

(Lebhafte Zurufe von der SPD)

– Ja, unterbrechen Sie mich nur.

(Glocke des Präsidenten)

Ich habe Redezeit ohne Ende; Sie können dazwischenreden.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Selbstgefälliges Getue!)

Wer völlig übersieht, dass Menschen, die an diesen Straßen wohnen müssen,

(Abg. Martin Rivoir SPD: Jawohl!)

krank werden und sich gar keinen Diesel leisten können,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Richtig!)

sondern mit dem Fahrrad fahren müssen oder zu Fuß gehen müssen – –

(Abg. Martin Rivoir SPD: Hoi! Sich zumindest keinen neuen Diesel leisten können!)

Diese Menschen haben Sie völlig aus Ihrem Blickfeld verloren.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Herr Rivoir, Sie haben vorhin als AfD-Kritik gesagt: „Und die Erde ist eine Scheibe.“ Ja, so sehen Sie das auch.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Oh-Rufe – Widerspruch des Abg. Martin Rivoir SPD)

Das ignorieren Sie.

Wir haben also die Grenzwerte, und wir haben Belastungen. In Stuttgart – wir haben es vorhin gehört – werden die NO_x-Grenzwerte an 66 km Straße, an denen Menschen wohnen, überschritten und gibt es eine Feinstaubachse von gut 5 km mitten durch die Stadt. Das ist die Wahrheit.

In diesem Jahr verzeichnen wir schon zum Stand Ende Februar 32 Tage, an denen die Feinstaubgrenzwerte überschritten wurden, obwohl im ganzen Jahr nur 35 Überschreitungstage zugelassen sind.

(Zuruf)

Das sind die Fakten, das sind die Herausforderungen. Dafür müssen wir Lösungen finden. Da können Sie als Opposition jetzt herumpolemisieren und als Lösung für das Feinstaubproblem mit halbgenen Vorschlägen daherkommen, z. B. zu einem Nordoststring, der dann vielleicht in 50 Jahren fertig ist,

(Beifall des Abg. Daniel Renkonen GRÜNE – Abg. Sascha Binder SPD: Das ist die Lösung Ihres Koalitionspartners! – Abg. Martin Rivoir SPD: Was sagt die Ministerin im Bierzelt? – Glocke des Präsidenten)

aber das alles sind keine Lösungen, sondern wir seitens der Regierung müssen diese ernsthaften Belastungen angehen, und zwar nicht nur in Stuttgart.

(Abg. Sascha Binder SPD: Kollege Schreiner hat schon die Absage erteilt!)

Allein in Baden-Württemberg werden in an die 16 Kommunen – wahrscheinlich sogar mehr – die Stickoxidgrenzwerte überschritten. Bundesweit sind es über 40 Städte – übrigens auch in sozialdemokratisch mitregierten Ländern –, in denen die Grenzwerte überschritten werden. Diese haben alle die gleichen Probleme, und Sie reden darüber, als hätten Sie damit nichts zu tun.

(Zuruf des Abg. Felix Schreiner CDU)

Und übrigens, nebenbei gesagt, Herr Rivoir – weil Sie so gegen Umweltzonen polemisiert haben –:

(Abg. Martin Rivoir SPD: Ich?)

Wer hat die denn eingeführt?

(Abg. Martin Rivoir SPD: Ich habe doch nicht gegen Umweltzonen polemisiert! Umweltzonen sind doch wunderbar! Lange Prozesse! Viele Jahre!)

Rot-Grün hat die Umweltzonen eingeführt.

(Beifall der Abg. Daniel Renkonen GRÜNE und Nicole Razavi CDU)

Und damals hat man selbstverständlich ältere Autos ausgeschlossen, weil sie nicht sauber sind. Das haben wir damals auch gemacht.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Sascha Binder SPD: Natürlich! Aber doch nicht drei Monate! – Glocke des Präsidenten)

Nun wird ja auch behauptet, mit der Debatte über den Diesel würden wir Arbeitsplätze gefährden.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Jawohl! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Genau so ist es! – Zuruf von der AfD: Aber sicher! – Zuruf: Sicher! Ist so!)

– Da verwechseln Sie ein bisschen Ursache und Wirkung. Der Diesel ist doch deswegen in Verruf gekommen, weil man den Diesel manipuliert hat,

(Beifall bei den Grünen – Lachen bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

weil er nicht so sauber war wie behauptet, weil man betrogen hat und weil man dann festgestellt hat, dass er Belastungen mit sich bringt. Die Herausforderung muss doch sein, den Diesel sauber zu machen.

(Abg. Emil Sänze AfD: Wer war denn die Aufsichtsbehörde?)

Gerade wir in Baden-Württemberg wissen: Wir haben die Technologie, wir können das. Wir müssen nicht alte Technologien, die nichts taugen, verteidigen.

(Minister Winfried Hermann)

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt
Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Daniel Renko-
nen GRÜNE)

Nun komme ich zu der Frage, warum es Verkehrsbeschränkungen geben soll. Es wird eine ärgerliche Verkürzung vorgenommen. Ich hatte schon vor einiger Zeit die Chance, hier einmal darzustellen, was wir alles machen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist Ihnen aber nicht gelungen!)

Das ist nicht durchgedrungen. – Denn Sie, Herr Rülke, und einige andere auch waren in der Mittagspause.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen)

Es ist nicht durchgedrungen. Wir haben ziemlich deutlich gemacht, dass es eigentlich um ein Gesamtkonzept geht.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Er redet doch immer am Abend, da kann man nicht mehr in der Mittagspause sein!)

Es geht darum, dass der Verkehr in Stuttgart insgesamt reduziert wird. Denn wir wissen, dass Feinstaub nicht nur aus dem Auspuff kommt, sondern dass er auch durch Abrieb der Bremsen, der Reifen entsteht.

(Zurufe von der SPD: Richtig! – Genau!)

Aber wir wissen, dass insgesamt die Hauptquelle für Feinstaub nun einmal der Verkehr ist,

(Abg. Anton Baron AfD: Fahrräder!)

und bei NO_x sind es sogar 75 %. Das sind die Daten. Das können Sie alles nachlesen und zur Kenntnis nehmen.

Also besteht doch die Herausforderung einerseits darin: Wie reduzieren wir Individualverkehr? Andererseits: Wie beseitigen wir die anderen Schadstoffquellen? Dazu haben wir viele Vorschläge gemacht. Einige davon haben Sie übrigens gerade vorgebracht – als müsste man uns sagen, dass man den ÖPNV ausbauen muss.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Sie wollen doch hören!
Die Züge fallen aus, Herr Hermann! Die fahren gar nicht! – Abg. Sascha Binder SPD: Die Züge fallen aus!)

Entschuldigen Sie! Das machen wir seit sechs Jahren. Wir elektrifizieren die Fahrzeuge, wir fördern die Umrüstung von Taxis, wir fördern Fahrradwege, wir fördern das Zu-Fuß-Gehen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Ihre Züge! Unter aller Sau!)

Wir machen ein Gesamtkonzept. Wir haben verboten, dass man in Stuttgart Kaminöfen betreibt, wenn Schadstoffalarm gilt.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Wer kontrolliert denn das, wenn Ihre Parteifreunde beim Barolo vor dem Kamin sitzen?)

Wir haben durchgesetzt, dass bei Baumaschinen Partikelfilter eingesetzt werden. – Sie können immer dazwischenquatschen, um zu vermeiden, dass man hört, was ich sage. Aber das wird Ihnen nicht helfen. Denn ich habe das Mikrofon.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Es ist ein umfassendes Paket, das wir insgesamt betrachten müssen. Sie verkürzen immer die Diskussion. Sie verkürzen sie sogar so, dass Sie nicht einmal zwischen Luftreinhaltenez und blauer Plakette im Jahr 2020 unterscheiden können. Das Luftreinhaltenez ist die notwendige Sofortmaßnahme, die wir anbieten müssen, weil wir einen gerichtlichen Vergleich zu erfüllen haben, den Sie auch ignorieren, als gäbe es keinen Rechtsstaat, als gäbe es keine Gerichte, als gäbe es keine Klagen. Das ist Ihre Haltung. Wir müssen aber auf der Grundlage dieser Klagen handeln.

Dann möchte ich Ihnen einmal eines sagen: Wir haben jetzt zwei Winter lang auf der Basis von Freiwilligkeit dafür geworben, dass die Leute umsteigen, weil wir wissen: Die Hauptschadstoffquelle ist der Verkehr. Man muss hier mit weniger Autos zurechtkommen.

(Zuruf von der AfD: Wir sind ein Flächenland!)

Was ist dabei herausgekommen? Die Zahl der Autos ist vielleicht um 5 bis 8 % geringer geworden. Immerhin ist die Zahl der Feinstaubtickets um 13 % angestiegen. Einige sind also umgestiegen. Aber es reicht nicht. Es gibt trotzdem noch

(Zuruf von der AfD)

die Grenzwertüberschreitung. Da kann ich doch nicht einfach sagen: „Wir machen nichts“, sondern dann muss ich doch handeln.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Vielleicht ist das der falsche Weg!)

Das ist doch sogar meine Pflicht.

Herr Rivoir, Sie haben aus dem Programm der Grünen zitiert. Es ist ja immer so: Wenn man zitiert, lässt man meist das weg, was man nicht hören will. Wir haben gesagt: Mobilität ist Freiheit, aber sie darf nicht zulasten von Umwelt, der Menschen und des Klimas gehen. Letzteres vergisst die SPD jedoch.

(Beifall bei den Grünen)

Wir haben uns übrigens schon im letzten Koalitionsvertrag dafür eingesetzt, dass wir die Luft sauber halten – auch im Verkehrsbereich –,

(Abg. Martin Rivoir SPD: Einer Meinung!)

dass wir etwas verändern müssen und dass das schneller gehen muss als bisher. Das ist unser Anliegen, und das müssen wir auch bewirken.

Wir haben es gehört – vom Kollegen Schreiner; auch andere haben es gesagt –: Wenn wir seitens der Politik nicht handeln, werden wir eine Gerichtsverhandlung nach der anderen verlieren. Dann werden Richter entscheiden, ob oder wo Auto gefahren wird oder nicht. Und da sage ich: Da ist es unsere

(Minister Winfried Hermann)

Pflicht, mit einem klugen Konzept zu handeln. Hier hätte ich mir eigentlich einmal ein bisschen mehr Unterstützung für kluge Konzepte und für Maßnahmen des Umsteigens gewünscht.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wenn Sie mal mit etwas Klugem kommen würden! – Abg. Martin Rivoir SPD: Aber nicht auf dem Rücken der kleinen Leute!)

– Ja, das hätte ich mir gewünscht. Stattdessen nur polemische Schimpferei.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Binder SPD?

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Ich bin gespannt.

Abg. Sascha Binder SPD: Herzlichen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen und damit zeigen, dass Sie die Hoffnung nicht aufgeben, dass wir uns natürlich an den Fakten orientieren, Herr Minister.

Wozu Sie bisher gar nichts sagten, ist die Kontrollfrage. Sie können Gesetze verabschieden, Sie können Vergleiche schließen, Sie können Regelungen erlassen, aber wenn deren Einhaltung nicht kontrolliert wird, dann haben sie eben keinen Sinn und dann wird Ihnen das Gleiche passieren wie bei dem Feinstaubalarm, der keine Wirkung hatte, weil der freiwillige Verzicht lediglich zu der von Ihnen zitierten Reduzierung um 8 % geführt hat.

Deshalb die Frage: Wie soll kontrolliert werden und auf welcher Grundlage? Durch wen soll kontrolliert werden? An welchen Stellen in Stuttgart und in welchen Kontrollabständen soll kontrolliert werden? Wer unterstützt wen, die Stadt, das Land? Sind zusätzliche Stellen notwendig?

(Glocke des Präsidenten)

Wie viel kostet die Kontrolle ...

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Abg. Binder, es geht um eine Zwischenfrage, nicht um eine Fragestunde.

Abg. Sascha Binder SPD: ... dieser begrenzten Zahl von Fahrzeugen, die Sie mit diesem Fahrverbot belegen wollen?

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Vielen Dank für die Fragen. – Da muss man jetzt unterscheiden. Wir setzen uns dafür ein, dass es endlich eine blaue Plakette gibt. Wir haben immer gesagt: Wir wollen die blaue Plakette, um den Stickoxidausstoß einzuschränken und damit die Flotte modernisiert wird, weil die alten Diesel das Problem sind, während es die neuen Diesel nicht sind. Diese Plakette wollen wir etwa 2020 einführen, wobei wir davon ausgehen, dass dann ca. 80 % aller Fahrzeuge sie bekommen. Dann ist die Kontrolle relativ einfach; denn dann muss man nur auf die Scheibe schauen. Wenn man eine blaue Plakette sieht, weiß man: Das Fahrzeug ist zugelassen.

(Abg. Sascha Binder SPD: Ich habe nach der Grundlage dafür gefragt!)

Das ist sozusagen das eine Konzept. Das war unser Konzept bis vor einem halben Jahr, und damals gab es nur dieses Konzept. Inzwischen gibt es aber erstens den Vergleich und zweitens die neuen Daten von 2017. Ehrlich gesagt, ich hätte nicht gedacht, dass wir schon im Februar feststellen müssen, dass wir die Grenzwerte Ende des Jahres nicht werden einhalten können. Es ist doch Fakt, dass wir mit den bisherigen 32 Überschreitungstagen von 35 im ganzen Jahr zulässigen Überschreitungstagen das Ziel mit den jetzigen Werten nicht erreichen können. Doch wir müssen dem Gericht zum 1. Januar 2018 – das ist der Kernpunkt des Vergleichs – mindestens eine rechtskräftige Maßnahme vorlegen, mit der wir belegen können, dass wir im Bereich der Neckarstraße etwa 20 % weniger Verkehr haben. Das ist der Vergleich, und dazu müssen wir einen Vorschlag machen.

Deswegen haben wir den Bund gebeten: Wir brauchen dafür eine blaue Plakette, um in diesem Bereich eine Luftreinhaltezone einrichten zu können. Der Bund hat bisher nicht geliefert. Ich habe heute wieder einen Brief und ein Interview von Herrn Dobrindt gelesen. Er sagt: „Die Kommunen können doch handeln; sie können doch Verkehrsschilder aufstellen. Ich habe ihnen gesagt, wie es geht: Sie brauchen nur die Straßen zu sperren.“ Wir sagen: Einzelne Straßen zu sperren bringt nichts, wir brauchen für den Kern der Stadt, in der die Belastung hoch ist, ein Luftreinhaltenetz.

Jetzt ist die Situation: Dies ist tatsächlich schwierig in der Durchsetzung. Wenn man keine blaue Plakette hat, muss man erstens per Augenschein die alten Diesel herausholen. Ich glaube, jeder Polizist kann einen zehn Jahre alten Diesel von einem zwei Jahre alten Diesel unterscheiden.

(Lebhafte Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Martin Rivoir: Es geht um Autos, die keine zwei Jahre alt sind! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: „Zwei Jahre alt!“ – Unruhe)

– Langsam, langsam! Er kann einen zehn Jahre alten Diesel von einem „jungen“ Diesel unterscheiden.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Ja!)

Wenn er Zweifel hat, muss er ein Fahrzeug stichprobenhaft herausholen und muss sich die Fahrzeugpapiere zeigen lassen.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Reinhold Gall: Großartig! Toll!)

Das ist eine hoch bürokratische, blöde Lösung, die wir immer kritisiert haben. Bis jetzt warten wir immer noch darauf, dass der Bund hierauf endlich eine sinnvolle Antwort gibt, statt uns zu sagen: „Dann holt doch die Fahrzeuge heraus, und die Polizei prüft die Papiere; die können es überprüfen.“

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Und was machen wir jetzt?)

Sie haben völlig recht: Das ist ungeschickt und bürokratisch. Aber wir haben keine Handlungsalternative. Die Alternative ist doch lediglich, dass ich in Stuttgart am Neckartor Schilder aufstellen lasse, auf denen steht: „Keine Durchfahrt für Diesel.“ Das ist doch die dumme Alternative; und diese Alternativen

(Minister Winfried Hermann)

tive wollen wir gerade nicht, weil wir glauben, dass man angemessen, verhältnismäßig und zielgenau handeln muss. Aber es ist unter den gegebenen Bedingungen in der Tat schwierig, so zu handeln.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Balzer AfD?

(Zurufe: Da rechts steht er! – Heiterkeit)

– Bitte, Herr Abg. Dr. Balzer.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Herr Minister, danke, dass Sie die Zwischenfrage gestatten. Wenn ich richtig zugehört habe, sind 48 % des Feinstaubs in Stuttgart durch den Verkehr verursacht, 7 % durch Dieselfahrzeuge. Und jetzt wollen Sie ausgerechnet dort mit einem Fahrverbot ansetzen. Wäre es nicht viel logischer – Sie wollen doch die Mobilität und die Freiheit der Bürger erhalten –, an die 52 % zu gehen, also an den anderen Teil der Feinstaubquellen? Welche Ideen und Vorschläge haben Sie hier?

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Keine!)

Danke.

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Vielen Dank für die Frage. Dies gibt mir noch einmal Gelegenheit, das immer wieder zitierte Argument, nur 7 % des Feinstaubs kämen aus Diesel-Auspuffrohren und es sei daher nicht ersichtlich, wo überhaupt das Problem liege, zu entkräften. Das Problem besteht darin, dass es nicht allein um Feinstaub geht, sondern auch um Stickoxide.

(Zuruf von der AfD: Aha! Also doch!)

Inzwischen geht es sogar mehr um die Stickoxide.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Das haben Sie noch nicht begriffen.

(Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Keine Argumente da drüben! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Noch einmal zu den Zahlen – diese Zahlen können Sie übrigens auch gern auf unserer Homepage nachlesen –: Der Verkehr trägt mit einem Anteil von 51 % zur Feinstaubbelastung bei, und zwar lokal sowie als Hintergrundbelastung. Hierzu zählen Abgase, Abriebe von Bremsen, Abriebe von Reifen – im Lokalbereich wie im Hintergrund. Die anderen Quellen sind vergleichsweise kleiner; dazu zählen u. a. auch Industrieanlagen – dies eher wenig –, dazu zählen Kleinf Feuerungsanlagen. Dies haben wir jetzt geregelt, und zwar durch eine Verordnung, wonach an Schadstoffalarmtagen Kaminöfen nicht mehr befeuert werden dürfen. Auch diese Maßnahmen sind wir also angegangen. Die Baumaschinen habe ich schon erwähnt.

Bei Stickoxiden sieht es etwas anders aus. Hier stammen 77 % aus dem Verkehrssektor, davon 57 % lokal und 43 % aus dem Hintergrundbereich. Auch dort macht der Verkehr wieder einen großen Anteil aus. Auf unserer Homepage können Sie dies

mit Grafiken unterlegt schon seit Monaten nachlesen. Sie können sich dort endlich einmal kundig machen,

(Zuruf: Das wäre ja Arbeit!)

dann müssen Sie auch nicht immer wieder falsche Sachen behaupten. Denn dort werden Sie klar darüber aufgeklärt, was alles dazugehört und was eigentlich die Probleme sind. Zu glauben, man könnte irgendwie eine andere Ursache finden, nur weil man selbst weiter Auto fahren will, hilft nicht weiter.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Anton Baron AfD: Wo kommen diese ganzen Zahlen her?)

Meine Damen und Herren, ein immer wiederkehrendes Argument ist, dass gesagt wird: „Das ist aber schlimm; ich habe vor zwei Jahren einen Diesel nach Euro-5-Norm gekauft und habe gedacht, dieser wäre der beste, und jetzt wird er verboten.“ Richtig ist, dass sogar noch im letzten Jahr Euro-5-Diesels verkauft wurden. Richtig ist auch, dass die meisten Händler nicht darauf hingewiesen haben, dass dies eine ablaufende Norm ist und dass es vielleicht Probleme geben könnte. Verbraucher sind darüber nicht aufgeklärt worden. Das halte ich eigentlich für ziemlich schäbig. Man hat sozusagen schnell abverkauft. Vielleicht hat der eine oder andere Verbraucher da auch ein Schnäppchen gemacht.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist ja ein merkwürdiges Argument! Soll man die Autos verschrotten, oder was? – Weitere Zurufe – Unruhe)

Man konnte doch nicht glauben, dass die Euro-5-Norm in einer Zeit, da es die Euro-6-Norm schon gab, ewig halten würde.

Es gibt – nochmals – seit mindestens zehn, 15 Jahren eine Debatte darüber, was Dieselfahrzeuge ausstoßen. Auch Sie wissen, dass die grüne Plakette darauf abzielte, den Feinstaub zu reduzieren, und sich nicht auf Stickoxide bezogen hat. Nun zeigt sich, dass die Euro-5-Norm genau dieses Problem nicht gelöst hat und dass durch diese Fahrzeuge die Luft mit einer großen Menge an Stickoxiden belastet wird.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss und hoffe, dass keine weiteren Fragen mehr kommen. Wir haben uns lange Gedanken gemacht, wie wir ein differenziertes Konzept aufstellen. Wir wissen, das ist im Land der Autofahrer schwierig. Wir haben sehr sorgfältig abgewogen: Was können wir im Bereich Verkehr machen? Was müssen wir fördern? Alle Fördermaßnahmen gehen weiter, auch die grundlegenden Maßnahmen für einen Wandel in der Mobilität.

Auf der anderen Seite kommen wir nicht umhin, auch konkrete Vorschläge zu machen, wie wir jetzt – dieses Jahr und nächstes Jahr – so handeln, dass die Grenzwerte endlich eingehalten werden. Denn schließlich geht es – wirklich! – um Menschen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Wenn dann so nebenbei von einem Arzt gefragt wird: „Welche Untersuchung ist eigentlich gemacht worden?“, kann ich

(Minister Winfried Hermann)

nur sagen: Es haben umfassende Untersuchungen der Weltgesundheitsorganisation,

(Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

die auf Europa übertragen worden sind, etymologische Untersuchungen, stattgefunden. Dabei hat man nicht Herrn Fiechtner in der Arztpraxis gefragt,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Wurden die obduziert?)

ob es einen Feinstaubpatienten gibt, sondern man hat viele Hunderttausend Fälle untersucht. Auf dieser Grundlage hat man festgestellt, dass viele Tausend Menschen in Europa aufgrund von schlechter Luft vorzeitig sterben, indem man verglichen hat: Wie lange lebt man im Ballungsraum? Wie lange lebt man im ländlichen Raum? Wie wirkt sich das auf das Leben und die Lebenszeit aus?

In diesem Sinn würde ich mir wünschen, dass Sie ein bisschen mehr

(Glocke der Präsidentin)

die Gesundheit der Menschen in den Mittelpunkt der Politik stellen und nicht nur den Diesel.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Keine Zwischenfrage. Okay.

In der zweiten Runde erteile ich Herrn Abg. Katzenstein das Wort. – Nur ganz kurz.

Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Frau Präsidentin! Zur Frage von Herrn Fiechtner habe ich gerade selbst nachgelesen. Aber darüber hat der Herr Minister schon umfassend informiert. Ich habe die Studie hier; wir können uns gleich noch darüber unterhalten.

Zu Herrn Rivoir und Herrn Haußmann: Von Ihnen beiden habe ich keinen einzigen eigenen Vorschlag gehört, wie Sie die Grenzwerte einhalten wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Zuruf von der SPD: Zuhören! – Zuruf von der AfD)

Sie haben auch kein Wort zu den Gesundheitsbelastungen und zu den Menschen, die von Schadstoffen betroffen sind, gesagt. Das ist die soziale Frage, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist eine Gesundheitsfrage und keine soziale! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Darf ich – –

(Zuruf: Was war jetzt die Frage? – Gegenruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Er hat doch mit der sozialen Frage angefangen! – Gegenruf des Abg. Sascha Binder SPD: Warum redete dann der Verkehrsminister? – Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Frau Abg. Reich-Gutjahr das Wort.

Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Kollegen und Kolleginnen! Wir haben eine heftige Debatte zu einem Thema erlebt, bei dem Baden-Württemberg der Vorreiter schlechthin ist: Automobilindustrie, Dieseldieselthematik befördern, die e i n Automobilkonzern, nämlich der VW-Konzern, bei dem außerdem der Staat ziemlich stark beteiligt ist, ausgelöst hat.

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD)

Da darf man sich die Frage stellen, ob man damit die Basis für eine gute gemeinsame Arbeit schafft. Denn eines muss man sagen: Die Industrie hat sich in den letzten Jahren massiv angestrengt, den Diesel nach vorn zu bringen, und mit der Common-Rail-Technologie hat sie eine Lösung geschaffen, die diesem Auto eine wachsende Marktbedeutung gegeben hat.

Ich habe im Moment den Eindruck, dass Sie alles versuchen, um die E-Mobilität in den Vordergrund zu schieben und alle anderen Antriebsarten schlechtzumachen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD
– Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Das kann nicht der Weg sein, den wir in Baden-Württemberg gehen wollen.

Dass man bei der Frage, ob der Diesel beim Schadstoffausstoß auf die Werte kommt, die er vorgibt, nicht konsequent kontrolliert hat, da muss sich die Politik an die eigene Nase greifen. Was hat sie da eigentlich versäumt? Wir haben 1 600 Zollbeamte zur Kontrolle des Mindestlohns, aber zur Kontrolle der eigenen Vorgaben bei Pkw-Emissionen haben wir niemanden. Da passt irgendetwas nicht zusammen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD)

Jetzt lassen Sie mich zum Schluss noch als Stuttgarterin sagen: Sie sind seit 2011 am Ruder. Sie haben die Möglichkeit gehabt, die Dinge voranzutreiben, aber die wichtigste Weichenstellung, um den Verkehr aus der Stadt zu bekommen, nämlich eine vernünftige Umfahrung für diese Stadt zu schaffen, ist bisher nicht in Angriff genommen worden.

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD)

Da kann ich einfach nur sagen: Das ist nicht ausreichend und auch nicht überzeugend.

Wir brauchen Lösungen, die uns allen helfen. Ich meine, wir haben in der Automobilbranche viele Ansätze, um Mobilitätskonzepte in Summe – Vernetzung von ÖPNV, Fahrrad-, Fußgänger- und Pkw-Verkehr – voranzubringen. Da sind wir ja auch, so glaube ich, mit der Regierung in einem guten Dialog. Aber ich wünsche mir, dass Stuttgart in der Nutzung digitaler Lösungen zur Optimierung von Verkehr Vorreiter wird, anstatt uns hier mit gegenseitigen Diffamierungen totzureden. Wir brauchen ein Gesamtkonzept für Mobilität. Im Moment haben wir den Eindruck, dass das alles nur Flickschusterei ist.

(Gabriele Reich-Gutjahr)

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Einfach mal nachlesen!)

Darum bitte ich diese Regierung: Packen wir es an, und sorgen wir für eine ganzheitliche saubere Lösung!

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

Punkt 2 der Tagesordnung ist erledigt.

Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, möchte ich kurz auf den heutigen Internationalen Frauentag aufmerksam machen. Der Internationale Frauentag wird in Deutschland seit nahezu 100 Jahren begangen und hat seinen Ursprung im Eintreten für Gleichberechtigung und für das Frauenwahlrecht. Dass wir beim Thema Gleichberechtigung noch viel zu tun haben, dafür reicht allein ein Blick in unsere Reihen.

Ich rufe nun dazu passend **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Soziales und Integration – Frauenpolitik in Baden-Württemberg – Drucksache 16/1578 (Berichtigte Fassung)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Ich darf nun zur Begründung und in der Aussprache – das wurde zusammengelegt – Frau Abg. Wehinger für die Fraktion GRÜNE das Wort erteilen.

Abg. Dorothea Wehinger GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute ist wieder der Internationale Frauentag, wie Sie schon gehört haben und hoffentlich jetzt alle wissen. Der Internationale Frauentag ist ein ganz wichtiger Tag für Frauen auf der ganzen Welt. Denn da erleben sie die Frauensolidarität in ganz unterschiedlichem Maß. Sie gehen auf die Straße, um für ihre Rechte zu kämpfen und für die Gleichberechtigung einzustehen.

Bei uns ist die Gleichberechtigung ja gesetzlich festgeschrieben. Vieles wurde umgesetzt, aber vieles muss noch getan werden. Leider hängt immer noch sehr viel vom Geschlecht ab.

Deswegen haben wir, die Fraktion GRÜNE, zusammen mit der Fraktion der CDU den Antrag zum Thema „Frauenpolitik in Baden-Württemberg“ eingebracht. Daraus möchte ich ein paar Punkte vortragen.

Wir setzen uns für gleiche Verwirklichungschancen in allen politischen, beruflichen und gesellschaftlichen Bereichen ein. Denn diese sind Ausdruck für eine moderne, demokratische und freiheitliche Gesellschaft, und dafür steht Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

An dieser Stelle möchte ich mich bei den Ministerien für die ausführliche Stellungnahme zu unserem gemeinsamen Antrag bedanken.

Wir Grünen stehen für Frauenpower. Wenn Sie sich anschauen, wie viele weibliche Abgeordnete hier bei uns Grünen sind, dazu zwei Ministerinnen,

(Abg. Gabi Rolland SPD: Die sind nicht da!)

eine Landtagspräsidentin, eine Staatsrätin und noch zwei CDU-Ministerinnen,

(Abg. Gernot Gruber SPD: Wie viele sind da?)

sehen Sie, dass wir eine gute Entwicklung nehmen, die aber sicher noch ausbaufähig ist.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Die Regierung scheint das aber nicht zu interessieren! – Abg. Dr. Heinrich Fiechter AfD: Wo sind eigentlich die anderen Geschlechter?)

Wie sieht es in der Wirtschaft und im Berufsleben für uns Frauen aus? Frauen erhalten nach wie vor nicht in allen Branchen den gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit wie ihre männlichen Kollegen.

(Zuruf der Abg. Gabi Rolland SPD)

Frauen sind in Führungspositionen nach wie vor unterrepräsentiert. Frauen arbeiten häufiger in Teilzeit oder in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen.

Frauen nehmen Auszeiten für Kindererziehung und zur Pflege von Angehörigen. Die Wirtschaft hat inzwischen begriffen, dass sie ohne die Frauen – nicht nur im Niedriglohnssektor – nicht auskommt.

(Zuruf der Abg. Gabi Rolland SPD)

Dafür braucht es aber flexible Arbeitszeitmodelle, gleichberechtigte Karrierechancen und ein Diversity-Management. Wir haben heutzutage die bestausgebildete Mädchengeneration mit Hochschulbildung, hoher Fachqualifikation, Talent und Wissbegier und dürfen diese Potenziale nicht ungenutzt lassen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Im Land gibt es die Landesinitiative „Frauen in MINT-Berufen“ mit insgesamt 52 Partnern in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik. Das Ziel dabei ist, Frauen für naturwissenschaftlich-technische Zukunftsbereiche zu gewinnen. Da heißt es auch, von dem Gedanken wegzukommen: „Frauen verstehen die Technik und die Wissenschaft sowieso nicht. Das verstehen nur die Männer.“ Gott sei Dank gehen wir davon jetzt allmählich weg. Die Landesinitiative unterstützt auch, dass die Frauen verstärkt in diese Bereiche hineinkommen.

Dafür brauchen wir aber auch ein gesellschaftliches Umdenken, nämlich weg von der Unterscheidung Männerberufe/Frauenberufe hin zu: Berufe stehen als Angebot für alle gleichwertig da.

(Beifall des Abg. Thomas Hentschel GRÜNE)

(Dorothea Wehinger)

Jede und jeder sucht sich wirklich nach seinen Fähigkeiten und Bedürfnissen die Arbeit aus.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Dieser Gedanke muss schon mit in die Erziehung hinein.

Eine weitere Initiative ist das Projekt „Frauenkarrieren und innovative Unternehmenskulturen – Spitzenfrauen“. Dabei ist das Ziel, die Unternehmenskultur dahin gehend zu verändern, dass Frauen in Führungspositionen kommen. Denn immer noch beträgt der Frauenanteil in Führungspositionen in oberster Ebene erst 35 %.

Auch das Land will als Arbeitgeber Programme zur Förderung von Frauen in Führungspositionen in der Landesverwaltung auflegen. Das wird von uns, den Grünen, sehr unterstützt.

Warum sind jetzt trotzdem noch zu wenige Frauen in Spitzenpositionen? Dafür gibt es verschiedene Gründe. Der erste ist, dass die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf doch noch nicht so leicht geht. Viele Frauen wünschen sich Kinder. Beruf und Familie aber unter einen Hut zu bringen ist immer noch schwierig. Denn nach wie vor ist Haus- und Erziehungsarbeit – dreimal dürfen Sie raten – überwiegend Frauenarbeit.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Wer sagt das? – Abg. Nicole Razavi CDU: Das ist auch besser so!)

Es muss gesellschaftlich und betrieblich selbstverständlich werden, dass auch Väter zu gleichen Teilen dafür zuständig sind.

Baden-Württemberg unterstützt die Vereinbarkeit durch gute Angebote in der Kinderbetreuung und in der Betreuung durch Ganztagschulen.

Weiter brauchen wir aber neue und flexiblere Arbeitszeitmodelle in verschiedenen Lebensphasen. Diese sind notwendig. Teilzeit, Telearbeit, Homeoffice dürfen nicht länger als minderwertige Tätigkeiten angesehen werden. Davon müssen und sollen auch Kinderlose profitieren. Unser Land ist Impulsgeber für die Entwicklung einer familienbewussten Personalpolitik. Das ist sehr zu begrüßen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Lohngerechtigkeit, die in vielen Bereichen noch nicht gegeben ist. Ein zentraler Punkt ist, dass Frauen für gleiche und gleichwertige Arbeit – das möchte ich besonders betonen – nicht wie ihre männlichen Kollegen entlohnt werden.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Was ist „gleichwertig“?)

– Was gleichwertig ist, kann ich Ihnen später erklären.

Ein Beispiel sind die Pflegeberufe. Bei Pflegeberufen steht die Sorge im Vordergrund. Es werden Menschen gepflegt. Betrachtet man das Gegenteil – Berufe in der Industrie –, dann erkennt man, dass da die Wertigkeit auf die Industrie gelegt wird. Denn in der Industrie verdient z. B. ein Meister doppelt so viel wie eine Erzieherin, die in einer Kita mit 100 Kindern Betreuungsarbeit leistet.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Das ist ein Spartenproblem und kein Geschlechterproblem!)

Die Überwindung dieses sogenannten Gender Pay Gap ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Gleichstellung von Frauen. Dafür werden wir uns sehr einsetzen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Neu ist der Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Transparenz von Entgeltstrukturen, den Frau Ministerin Schwesig plötzlich ganz hoch hält und sagt: „Das ist das neue Gesetz, durch das eine neue Lohngerechtigkeit entstehen kann.“ Das ist Augenwischerei. Der Gesetzentwurf sieht lediglich für Frauen, die in Betrieben mit mehr als 200 Beschäftigten arbeiten, die Möglichkeit vor, eine Auskunft über das Einkommen des männlichen Kollegen zu erhalten. Das heißt aber, dass über 60 % der Frauen gar keinen Gebrauch hiervon machen können, weil sie in kleinen und mittleren Unternehmen arbeiten und somit gar kein Recht auf Auskunft haben.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Das ist doch kein Argument!)

– Doch, das ist ein großes Argument. – Das Land strebt außerdem Elternzeit und Karenzzeit zur Pflege Angehöriger bei Bediensteten des Landes an und will dies auch als Dienstzeit honorieren. Für die weitere berufliche Entwicklung und Förderung soll dies angerechnet werden.

Präsidentin Muhterem Aras: Kommen Sie bitte zum Schluss, Frau Abg. Wehinger.

Abg. Dorothea Wehinger GRÜNE: Ja. – Als letzten Punkt muss ich noch die Altersvorsorge ansprechen. Da die Altersarmut in erster Linie Frauen betrifft, ist diese Vorsorge besonders wichtig. Das heißt, es ist unabdingbar, dass Frauen auch lebenslang arbeiten können bzw. die Arbeit, wenn sie als Sorgearbeit ausgeführt wird, entsprechend honoriert wird.

(Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Frau Abgeordnete, Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

Abg. Dorothea Wehinger GRÜNE: Zum Schluss möchte ich sagen: Frauen leisten gleiche und gleichwertige Arbeit wie Männer und müssen dafür in gleichem Umfang entlohnt werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Neumann. Es ist übrigens die erste Rede der Kollegin Neumann. Daher bitte ich nochmals besonders um Ruhe und darum, von Zwischenfragen abzusehen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der AfD, der SPD und der FDP/DVP)

Abg. Christine Neumann CDU: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In vielen Ländern wird heute der Internationale Frauentag begangen, so auch hier bei uns in Baden-Württemberg. Gleiche Rechte, gleiche Pflichten, gleiche Chancen und gleiche Bezahlung: Eigentlich sind das Themen, die das ganze Jahr über aktuell sind. Sie sollten nicht nur am heutigen Frauentag, sondern an 365 Tagen im Jahr bedacht und umgesetzt werden.

(Christine Neumann)

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der AfD, der SPD und der FDP/DVP)

Vieles von dem, was für uns heute selbstverständlich ist, mussten sich die Generationen vor uns hart erkämpfen. Ich nenne hier exemplarisch das Wahlrecht für Frauen, das erst 1918 eingeführt wurde.

(Abg. Sabine Wölfe SPD: Wer hat es eingeführt? Die SPD!)

Das Recht, ein eigenes Bankkonto zu eröffnen, haben Frauen seit dem Jahr 1962. 1969 wurden Frauen erstmals als geschäftsfähig angesehen, und seit 1977 haben Frauen die freie Berufswahl ohne Einverständnis eines Ehemanns oder Vaters.

Niemand von uns, egal, ob Mann oder Frau, kann sich eine solche Situation heute noch vorstellen, und doch war sie Realität. Realität ist aber auch, dass Frauen heute immer noch benachteiligt sind. Ich spreche jetzt nicht von Frauenparkplätzen oder Ähnlichem, sondern von grundlegenden Dingen. Natürlich gibt es noch Ungerechtigkeiten bei der Entlohnung von Frau und Mann. Diese müssen wir thematisieren; das sieht auch die CDU-Landtagsfraktion so. Aber wir dürfen sie nicht mit ideologischen Scheuklappen thematisieren, sondern müssen sie sachlich und ruhig angehen. Frauen bekommen Chancen; ich rede hier bewusst nicht von gleichen Chancen, aber sie bekommen Chancen. Sie bekommen Unterstützung bei Fragen rund um die Existenzgründung, Beratung beim Wiedereinstieg in den Beruf – Frauen im Handwerk oder in der Wirtschaft.

Etwas Positives zu vermelden gibt es lediglich hinsichtlich der Anzahl der Professorinnen an den Hochschulen. So konnte ihr Anteil in den letzten 13 Jahren auf jetzt 20 % verdoppelt werden. Von insgesamt 7 284 Professoren sind jetzt immerhin schon 1 455 weiblich.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Der CDU-Landtagsfraktion ist es eine Herzensangelegenheit, auch jungen Müttern den Eintritt in das Erwerbsleben zu erleichtern. Hierzu unterstützt die Landesregierung die Fortführung der Teilzeitausbildung, in der junge, meist alleinerziehende Mütter die Chance erhalten, eine qualifizierte Ausbildung in Teilzeit zu absolvieren. Dadurch können diese Frauen ihren Lebensunterhalt nahezu selbstständig verdienen, um so auch der Altersarmut vorzubeugen.

Das Thema Altersarmut trifft insbesondere auf Frauen zu, die nur ein geringes Einkommen haben und dadurch nur eine entsprechend geringe Rente erwirtschaften können. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass die Altersarmut in den nächsten Jahren vor allem ein weibliches Gesicht haben wird. Wollen wir das? Ich möchte an alle appellieren – sei es aus Politik, Wirtschaft oder Sozialverbänden –: Wir können nur gemeinsam dafür Sorge tragen, dass Frauen, die mehrheitlich für Familie verantwortlich waren und dies heute noch sind, in Zukunft eine ihren Aufgaben angemessene finanzielle Wertschätzung erfahren. Dies ist sicherlich im Sinne aller, nicht nur im Sinne der Frauen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Es ist zu begrüßen, dass die Frauenthematik eine Querschnittsaufgabe durch die verschiedenen Ministerien darstellt,

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

und jedes einzelne dieser Ministerien engagiert und zielgerichtet arbeitet. Hierfür danke ich auch im Namen meiner Fraktion allen Beteiligten.

Zum Thema „Frauen in der Politik“ sind, glaube ich, größere Unterschiede in der Haltung von Männern und Frauen zu sehen. Ich will jetzt nicht auf das Thema Quote im Einzelnen eingehen; da gibt es unterschiedliche Sichtweisen.

(Zuruf – Glocke der Präsidentin – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das galt nicht Ihnen! Das galt dem Herrn da hinten! – Abg. Nicole Razavi CDU: Ich finde schon, dass die Männer etwas aufmerksamer sein könnten! – Beifall bei den Grünen – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Ich finde, dass heute alle – –

Abg. Christine Neumann CDU: Gesichert ist aber eines:

(Zuruf von der SPD: Wo sind die Regierungsmitglieder?)

Eine Frau, die überlegt – –

(Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Moment! Warten Sie bitte, Frau Abg. Neumann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bisher war die Debatte sehr sachlich, und das ist auch gut so. Es war auch sehr ruhig. Ich bitte, diese Ruhe weiterhin zu bewahren, zumal es die erste Rede der Frau Abg. Neumann ist.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der AfD, der SPD und der FDP/DVP)

Fahren Sie bitte fort.

Abg. Christine Neumann CDU: Gesichert ist aber eines: Eine Frau, die sich überlegt, parallel zur Familienplanung ein politisches Mandat anzustreben, hat es schwerer als ein Mann, mit einem Kleinkind auf dem Arm Wahlkampf zu machen und glaubhaft zu versichern, dass beides ohne Einschränkung möglich ist. Ein Mann mit einem Kleinkind auf dem Arm, der Wahlkampf betreibt, gehört ohne Zweifel der neuen Generation der „Männer 4.0“ an.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr gut! – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Begeisterung!)

Wir, die CDU-Landtagsfraktion, haben im Jahr 2010 die Landesinitiative „Frauen in MINT-Berufen“ ins Leben gerufen. Erfreulich hierbei ist, dass sich immer mehr Partner diesem Thema widmen, jedoch gilt auch hier, dass der Zuwachs deutlich gesteigert werden muss, um langfristig erfolgreich zu sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen: Frauenpolitik ist ein weites Feld und hat keine einfachen Lösungen parat. Die-

(Christine Neumann)

ses Thema kann nicht auf andere Protagonisten verteilt werden, sondern geht uns alle etwas an, gleichgültig, ob wir uns im Familienverband bewegen, ob wir Mandatsträger sind, in einem Unternehmen arbeiten, eine Führungsposition innehaben – immer wieder treffen wir auf dieses Thema. Es wird Zeit, dass wir uns dies vergegenwärtigen, tragfähige Lösungen erarbeiten und diese dann auch stringent umsetzen. Wir sollten sagen können: 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts ist die Partizipation der Frauen auf Augenhöhe mit den Männern angekommen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und den Grünen – Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Dr. Baum.

Abg. Dr. Christina Baum AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen! Nach dem Lesen der Stellungnahme des Sozialministeriums zum Thema Frauenpolitik muss ich eines zu meiner großen Überraschung feststellen: Ich bin ganz offensichtlich die Traumfrau aller grün-roten und inzwischen auch schwarzen Gestalter einer modernen Gesellschaft.

(Beifall bei der AfD)

Denn ich bin eine durch und durch gleichberechtigte Frau.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Aber Ihre Sorge ist völlig unbegründet!)

Ich wiederhole: gleichberechtigt und nicht künstlich gleichgemacht.

(Beifall bei der AfD)

Mein Studienjahrgang 1976 – also vor 40 Jahren – an der medizinischen Akademie in Erfurt bestand aus 100 Stomatologiestudenten. 90 davon waren Frauen, und das alles ganz ohne irgendwelche teuren staatlichen Initiativen oder Förderprogramme, ohne Gleichstellungsgesetze und ohne Gleichstellungsbeauftragte

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sozialismus der DDR war das! – Große Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– genau, danke schön –, ...

Präsidentin Muhterem Aras: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf um etwas mehr Ruhe bitten.

(Zuruf: Erklären Sie das dem Kollegen Räßle!)

Abg. Dr. Christina Baum AfD: ... einzig und allein deshalb, weil wir Frauen es genau so wollten.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Doch welcher hohen Preis habe ich persönlich dafür bezahlt! 14 Tage vor der Entbindung stand ich noch am Behandlungsstuhl – übrigens größter Infektionsgefahr ausgesetzt, da ganz ohne Handschuhe und Mundschutz –, um meine letzten praktischen Prüfungen abzulegen, denn ich befand mich mitten im Staats-

examen. Gerade einmal sechs Wochen durfte sich meine Tochter in meinen Armen geborgen fühlen, dann musste ich sie übergeben –

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Fremdbetreut!)

glücklicherweise in die liebevollen Hände meiner Mutter, ihrer Oma. Das war der typische Werdegang einer Frau in der DDR, mit dem einzigen Unterschied, dass viele Frauen ihr Kind schon als Baby in fremde Hände geben mussten.

Daran können Sie ganz deutlich erkennen, dass Frauen keine staatlichen Quoten, keine Bevorzugungsgesetze und keine Förderprogramme brauchen.

(Beifall bei der AfD)

Verwenden Sie diese Gelder sinnvollerweise für eine Familienpolitik zur Unterstützung funktionierender Familienstrukturen. Geben Sie den Frauen eine echte Wahlfreiheit als Karrierefrau o d e r als Mutter,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf von der AfD: Genau!)

indem Sie endlich auch diese wertvolle Aufgabe der Erziehung der Kinder zu geistig und emotional gesunden Menschen unserer Gesellschaft einer Berufstätigkeit gleichsetzen und entsprechend honorieren – natürlich auch mit Rentenansprüchen. Verwerfen Sie den Gedanken einer möglichst hohen Vollzeitbeschäftigung für Männer u n d Frauen. Er geht zu Lasten der Kinder.

(Beifall bei der AfD)

Wir unterstützen den Wunsch vieler Mütter, ihre Kinder wenigstens in den ersten drei Jahren zu Hause zu betreuen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Wahlfreiheit!)

Deshalb darf Mutterschaft kein Nachteil in der Vita sein. Es ist gut, dass Betriebe bei der Umsetzung von Teilzeitarbeitsmodellen und betrieblicher Kinderbetreuung unterstützt werden. Aber denken Sie auch an kostenfreie Kindergartenplätze, damit den Familien auch wirklich etwas vom Nettolohn übrig bleibt.

(Beifall bei der AfD)

Das alles sind zielführende Maßnahmen, um Mütter wieder erfolgreich für den Arbeitsmarkt zu gewinnen. Sparen wir uns sämtliche Maßnahmen, die Frauen künstlich in bestimmte Bereiche drängen. Sparen wir uns Quoten, die letztlich nur dazu führen, dass Frauen in Führungspositionen nicht respektiert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Und, ganz wichtig: Werfen Sie endlich diese menschen- und vor allem frauenfeindliche Gender-Ideologie über Bord und lassen Sie die Frauen wieder richtige Frauen sein.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wir sind ein starkes Geschlecht und können ganz ohne Quoten und Sonderstellung in einer Gesellschaft wie der unseren auf der Grundlage des Grundgesetzes unseren Mann stehen.

(Dr. Christina Baum)

(Beifall bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Uns etwas anderes zu unterstellen betrachte ich als eine Beleidigung. Jede Frau in diesem Parlament sollte sich als Beweis dafür betrachten, dass es Gleichberechtigung gibt und wir uns gegen Männer durchsetzen können – auch in der Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: So viele sind Sie jetzt gerade nicht! – Zurufe der Abg. Sabine Wölfler SPD und Sandra Boser GRÜNE)

Zusammenfassend kann man sagen: Die finanzielle Unabhängigkeit der Frauen durch eine gute Ausbildung und einen guten Beruf ist wichtig und richtig.

Lassen Sie uns des Weiteren aber auch über einen gerechten Ausgleich für die Belastungen sprechen, die mit der Familiengründung einhergehen – aber nicht durch Gleichstellungspolitik, die uns Frauen zu unterdrückten und hilfsbedürftigen Wesen erklärt, sondern durch eine echte Familienpolitik und Vertrauen in die selbstbewussten Frauen im Land. Ich empfehle Ihnen, sich diesbezüglich einmal die Gender-Resolution der AfD Baden-Württemberg durchzulesen.

(Zurufe von den Grünen: Nein! – Heiterkeit)

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Wölfler.

Abg. Sabine Wölfler SPD: Frau Präsidentin, liebe Kollegen und Kolleginnen! „Frauenpolitik in Baden-Württemberg“, ein Antrag der beiden Koalitionsfraktionen, der, wie ich gehört habe, auch aus Anlass des Internationalen Frauentags auf der Tagesordnung steht. Die Beiträge von Frau Wehinger und von Frau Neumann, die sehr allgemein frauenpolitisch gehalten waren, kann ich inhaltlich natürlich nur unterstreichen und unterstützen.

Ich möchte hier aber noch einmal explizit zum Antrag sprechen und mich vor allem auch für diesen Antrag bedanken, weil mir die Fragen und vor allem die Stellungnahme des Ministeriums Gelegenheit geben, mich über gute, sozialdemokratische Frauenpolitik in Bund und Land positiv zu äußern. Denn Sie aus den Regierungsfractionen haben – zumindest was die Stellungnahme zum Antrag angeht – eigentlich keinen Anteil daran. Warum?

Fangen wir mit den Fragen 1 und 2 an: Aufstiegschancen und Entgeltgleichheit für gleichwertige Arbeit. Noch nie gab es eine besser ausgebildete Frauengeneration als heute, noch nie waren so viele Frauen wie heute erwerbstätig, und noch nie waren so viele Frauen auch mit kleinen Kindern erwerbstätig.

Von 1990 bis 2014 ist die Zahl der erwerbstätigen Frauen in Baden-Württemberg um gut 33 % gestiegen. Im gleichen Zeitraum lag der Anstieg bei den Männern bei nur 6 %. Das hat seine Ursache ganz besonders darin, dass Mütter nach der Geburt eines Kindes früher und auch mit einem größeren Arbeitszeitumfang in die Erwerbstätigkeit zurückkehren. Die Quote

der aktiv erwerbstätigen Mütter mit Kindern unter drei Jahren liegt heute bei ca. 30 %. Dort, wo das jüngste Kind schon in die Schule geht, steigt sie sogar auf 75 %. Das wurde nur möglich, weil wir in der letzten Legislaturperiode unter einem SPD-Finanzminister und unter einem SPD-Kultusminister ganz intensiv in den Ausbau der Kinderbetreuung investiert haben.

(Beifall bei der SPD)

Sonst wären diese Frauen für den Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg verloren, wie es bis 2011 noch die Politik der CDU war und was heute eine andere politische Richtung auch gern wieder einführen möchte.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Aber Frauen haben bei ihrer Erwerbstätigkeit immer noch große Nachteile, vor allem in Bezug auf das Gehalt im Vergleich zu dem von Männern. Es war SPD-Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig, die das Thema „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ vorgebracht hat. Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns hat Frauen geholfen, und das wird vor allem auch durch das Gesetz zur Förderung der Transparenz von Entgeltstrukturen der Fall sein, welches sich gerade im parlamentarischen Verfahren im Bundestag und im Bundesrat befindet. Frau Wehinger, vielleicht können Sie Ihren Koalitionspartner dazu überreden, das Gesetz nicht dort auch noch zu blockieren.

Sie, liebe Kolleginnen von Grün und Schwarz, hatten nicht einmal den Mut zu einer klaren Aussage in Ihrem Koalitionsvertrag. Dort steht nur etwas von Gesprächen, die Sie führen wollen. Aber das reicht eben nicht. Gemeinsam mit dem Ausbau der Kinderbetreuung, dem Elterngeld und dem ElterngeldPlus sowie der Familienpflegezeit werden gute Voraussetzungen geschaffen, Frauen eine rasche Rückkehr in den Beruf zu ermöglichen. Dafür von hier aus ein Dankeschön an das SPD-geführte Bundesfamilienministerium.

(Beifall bei der SPD)

Kommen wir zu Frage 3, in der Sie nach Maßnahmen zur Stärkung von Frauen in Führungspositionen fragen. In der Stellungnahme wird – das ist korrekt – darauf hingewiesen, dass es der Bundesgesetzgeber war, der die verbindliche Quote für Aufsichtsräte eingeführt hat. Auch hier war Manuela Schwesig die treibende Kraft. Sie schreiben aber auch, dass die Landesregierung das Programm „Spitzenfrauen“ angestoßen hat. Nun, das gab es bereits vor Grün-Schwarz. Es wurde vom damaligen Wirtschaftsminister Nils Schmid weiter ausgebaut, ebenso die Neuaufstellung der Kontaktstellen „Frau und Beruf“.

Die Novellierung des Chancengleichheitsgesetzes unter der Federführung der damaligen Sozialministerin Katrin Altpeter ist ebenfalls ein großer Schritt nach vorn gewesen. An dieser Stelle wundere ich mich schon über unseren ehemaligen Koalitionspartner. In den Verhandlungen zum Chancengleichheitsgesetz ging es Ihnen nie weit genug. Wo sind diese Forderungen jetzt geblieben? Sie fallen eindeutig weit dahinter zurück.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

(Sabine Wölfle)

Unter Ziffer 6 des Antrags wird nach der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege gefragt. Die Stellungnahme des Ministeriums dazu zeigt auch hier nur die Taten der Vergangenheit auf, nichts Erkennbares aus der Feder der neuen Landesregierung.

Die Stellungnahme enthält auch den Hinweis auf das Zweite Pflegestärkungsgesetz und die darin enthaltenen Verbesserungen in Bezug auf die soziale Absicherung von pflegenden Angehörigen. Auch das wird von der SPD im Bundestag umgesetzt.

Das Sozialministerium weist auch darauf hin, dass es eine besondere Armutsgefährdung älterer Menschen gibt. Es sagt in der Stellungnahme aber kein Wort dazu, wie es diese Maßnahmen, die Empfehlungen dieses Berichts eigentlich umzusetzen gedenkt. Was gedenken Sie eigentlich mit diesem Antrag zu erreichen? Er bietet keinerlei Grundlage, Ihr eigenes Regierungshandeln darzustellen oder gar zu loben. Im Gegenteil, die Antworten verweisen fast ausschließlich auf das Handeln SPD-geführter Ministerien und zeigen auf, dass Sie selbst weder eine eigene Strategie noch irgendeine innovative Idee haben.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen vielen Dank, dass ich an dieser Stelle gute, sozialdemokratische Frauenpolitik loben durfte.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erlaube ich Herrn Abg. Haußmann das Wort.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Lob an den Innenminister, an Herrn Strobl,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

dass er die Männer in der Regierung hier vertritt. Ich hätte mir gewünscht, dass mehr Männer der Regierungsfractionen

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Von Anfang an!)

an der frauenpolitischen Debatte teilnehmen. Deswegen herzlichen Dank, lieber Herr Strobl.

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der AfD – Zuruf)

– Der Sozialminister ist natürlich auch in den Dank eingeschlossen, lieber Herr Lucha.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Die Frauenriege lässt auch zu wünschen übrig!)

Über 100 Jahre ist es her – 1911 –, dass auf Vorschlag der Politikerin Clara Zetkin der erste Internationale Frauentag in Deutschland, Österreich-Ungarn, Dänemark und der Schweiz stattfand. Die Vereinten Nationen begehen den Weltfrauentag auch für den Weltfrieden. Dieser Tag hat nichts an Aktualität verloren – das zeigt uns ein Blick in die Welt –, sodass wir heute nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt den Weltfrauentag mit Sicherheit zu Recht begehen.

(Beifall der Abg. Petra Krebs GRÜNE)

1918 – Frau Neumann hat dies angesprochen – ist das Wahlrecht für Frauen eingeführt worden. Viele Politikerinnen – auch Politiker – haben sich dann in kleinen Stufen für weitere Verbesserungen eingesetzt.

Ich will aus liberaler Sicht Marie-Elisabeth Lüders nennen, die 1966 – in meinem Geburtsjahr – verstorben ist, eine liberale Sozialpolitikerin, die sich vehement für Frauenrechte eingesetzt hat. Ich erinnere beispielsweise daran, dass sie die Zulassung von Frauen zum juristischen Staatsexamen umgesetzt hat.

Seither wurde für die Gleichberechtigung in Deutschland viel erreicht. Das zeigt auch die Stellungnahme zu dem Antrag von Grünen und CDU.

Wir haben in der letzten Legislatur hier im Plenum zum Chancengleichheitsgesetz den Chancengleichheitsbericht, den Bilanzbericht 2015 für die Jahre 2009 bis 2013 debattiert. Da war das Fazit, dass schon sehr viel erreicht ist, dass der Frauenanteil in der Landesverwaltung 58,3 % beträgt und im gehobenen Dienst bei 48 bis 73 % liegt. Wir haben noch Hausaufgaben zu machen. So erreichen wir in den obersten Landesbehörden in der Beamtenschaft des höheren Dienstes und bei den B-Besoldungen unterdurchschnittliche Frauenanteile.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Und bei der FDP!)

Es ist jedoch viel erreicht worden. Ich denke, der Bilanzbericht 2015 zeigt eindrucksvoll, dass man auch in Landesbehörden bei dieser Thematik relativ viel erreicht hat.

Lieber Herr Kollege Sckerl, die FDP/DVP-Landtagsfraktion hat in der letzten Legislatur durch meine Initiative einen Diversity-Antrag eingebracht, über den wir das Thema Vielfalt umfassend untersucht haben. Über diesen Antrag wurde auch im Sozialausschuss diskutiert. Er beinhaltete auch das Thema „Chancengleichheitsprogramme für Frauen“. Denn uns geht es darum, dass nicht nur in Landesbehörden gehandelt wird, sondern dass wir vonseiten der Politik auch Unternehmen motivieren und unterstützen, ebenfalls Diversity- und Chancengleichheitsprogramme für Frauen einzuführen.

Ich will ein Beispiel nennen: Die Firma Porsche hat sich vor vier Jahren auf den Weg gemacht – bisher war man in dieser Richtung wenig aktiv –, und dies ganz ohne Quote. Das zeigt, dass wir hier auch ohne Quote vorankommen – in dem Bewusstsein, dass gemischte Teams und Frauen in Führungsfunktionen erfolgreiche Unternehmen erfolgreicher machen.

SPiegel ONLINE berichtete über den Kulturwandel bei Porsche. Dort arbeiten jetzt doppelt so viele weibliche Führungskräfte wie vor vier Jahren. Dabei setzt man insbesondere auf das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, geht aber auch in ganz neue Richtungen, beispielsweise Führungsfunktionen in Teilzeit. Das gab es bisher nicht. Da hat man sehr gute Erfahrungen gemacht. Und beim Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ setzt man auch auf den Bau einer Kindertagesstätte.

Für mittelständische Unternehmen wäre es viel hilfreicher, wenn statt der Einführung von Gesetzen flexiblere Standards beispielsweise bei der Kinderbetreuung, bei der Realisierung von Kindertagesstätten umgesetzt würden. Vielfach scheitert die Umsetzung dieser Dinge in kleinen und mittleren Unter-

(Jochen Haußmann)

nehmen an kleinen Formalien, an Bauvorschriften. Auch da sehe ich eine wichtige politische Aufgabe, solche Maßnahmen zu unterstützen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Viele weitere gute Beispiele wurden genannt. Frau Wehinger ist auf viele Beispiele eingegangen. Ich will nur das Stichwort Entgeltgleichheitsgesetz nennen.

Ich denke, es ist sinnvoller, statt politisch einzugreifen und bürokratische Hürden für Unternehmen zu errichten, bessere Chancen und Beschäftigungsmöglichkeiten – wie sie aufgrund vieler guter Beispiele schon existieren – zu schaffen.

Frau Wehinger, es gibt seit 2006 das AGG, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz. Da gibt es schon auch für die 60 % der Frauen, die Sie ansprechen, immer die Möglichkeit, tätig zu werden. Viele Unternehmen haben seit 2006 in diesem Bereich reagiert. Ich denke, da wurde schon ein Fortschritt erreicht.

Aber es hilft nichts, die Entlohnung – die bereinigte Lohndifferenz liegt je nach Statistik bei 2 bis 7 % – jetzt durch ein Entgeltgleichheitsgesetz zu regulieren. Statt ein Gesetz zu erlassen, wäre es besser, geeignete Lösungen für das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ und für das Thema Altersarmut aufzuzeigen.

Präsidentin Muhterem Aras: Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Abg. Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Danke. – Das Problem der Altersarmut lösen wir eben nicht durch Bürokratie, sondern insbesondere durch die Reduzierung der Erwerbsunterbrechungen.

Ich will schließen mit einem Zitat der Bundesbehindertenbeauftragten Verena Bentele, die in einem Interview mit der „VdK-Zeitung“ den Status quo mit „Zwei minus“ bewertet hat und gesagt hat:

In Deutschland kann ich als Frau selbstbestimmt leben. Das ist in vielen Regionen der Erde nicht so.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Haußmann, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Letzter Satz: Mit Sorge sieht sie aber die Gewalterfahrung von Frauen und Mädchen mit Behinderung. Ich glaube, wir haben hier noch viele Themen wie Zwangsverheiratung, Zwangsprostitution, Genitalverstümmelung, die zeigen, warum der Weltfrauentag auch in Zukunft wichtig ist.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich Frau Staatssekretärin Mielich das Wort.

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! So ein Jubiläum, das

sich jetzt ankündigt, nämlich 100 Jahre Frauenwahlrecht, ist offensichtlich gut dazu geeignet, dass sich alle Rednerinnen und Redner darauf beziehen und das ganze Thema Frauenwahlrecht, aber auch die Frauenbewegung und diesen besonderen Tag, den Internationalen Frauentag, in den Fokus rücken und dazu grundsätzlich Stellung nehmen. Das finde ich sehr gut, weil dies deutlich macht, dass wir hier ein Geschichtsbewusstsein haben. Klar wird: Es stellt einen Wert an sich dar, dass Frauen vor gut 100 Jahren auf die Straße gegangen sind und unter Einsatz ihres Lebens für das Frauenwahlrecht gekämpft haben. Es ist ein großartiger Erfolg, dass es 1918 gelungen ist, das Frauenwahlrecht umzusetzen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: In Deutschland! In England erst nach dem Zweiten Weltkrieg!)

und dass es im Januar 1919 auch das erste Mal gelungen ist, das Frauenwahlrecht bei der Wahl zur Nationalversammlung tatsächlich auszuüben.

(Beifall bei den Grünen, Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP sowie der Abg. Sabine Wölfle SPD)

Daher an die vielen Frauen, die sich dafür starkgemacht haben, noch einmal ein herzliches Dankeschön.

Wenn ich mir überlege und Revue passieren lasse, was in diesen 100 Jahren geschehen ist, dann muss ich sagen: Es ist schon bemerkenswert, wie Frauenrechte gestärkt worden sind und wie Frauen heute dastehen.

Ich möchte mit dem Hinweis beginnen, dass wir 1949 das Grundgesetz bekamen und dass die wenigen Frauen, die an der Erarbeitung des Grundgesetzes teilgenommen haben, in einem großen Kampf erreicht haben, dass der Satz aufgenommen wird: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ Das war eine riesige Errungenschaft. Aber wir müssen natürlich selbstkritisch feststellen – das bezieht sich dann im Laufe der Jahre und Jahrzehnte auf viele Gesetze –: Das eine ist, Gesetze zu machen und zu verabschieden; das andere ist, dafür zu sorgen, dass sie auch eingehalten, umgesetzt und mit Leben gefüllt werden.

So verhält es sich auch mit dem Satz „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ Dieser Satz ist heute so aktuell, wie er auch 1949 war. Das heißt, wir sind noch lange nicht am Ende der Fahnenstange angekommen. Wir sind noch lange nicht da, wo wir sein müssten, und an dem Punkt, dass wir sagen können: Jetzt haben wir erreicht, dass Männer und Frauen gleichberechtigt sind.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Sabine Wölfle SPD)

– Ja, da können Sie ruhig klatschen.

Ich möchte doch noch ein paar Meilensteine nennen – einige sind ja schon genannt worden –: 1957 wurden die Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unterzeichnet. Damals ist schon festgestellt worden, dass Frauen und Männer für die gleiche Arbeit auch den gleichen Lohn bekommen sollten. Auch das ist also ein Gesetz, das schon sehr alt ist: 1957. Es ist 50 bzw. 60 Jahre alt.

(Abg. Winfried Mack CDU: 60! Diesen Monat!)

(Staatssekretärin Bärbl Mielich)

– Ja. – Wir arbeiten immer noch daran, dieses Gesetz tatsächlich umzusetzen. Angesichts dessen können wir uns ungefähr vorstellen, dass der Fortschritt in manchen Teilen dann doch eine Schnecke ist. Nach wie vor besteht der Gender Pay Gap,

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Geht das auch auf Deutsch?)

nach wie vor werden Frauen und Männer für gleichwertige Arbeit unterschiedlich bezahlt.

1961 ist – auch das möchte ich hier nennen; das wurde hier heute noch nicht genannt – die Antibabypille zugelassen worden. Auch das ist, finde ich, eine große Errungenschaft für die Selbstbestimmung der Frauen gewesen und hat auch das Frauenbewusstsein deutlich nach vorn gebracht.

1977 ist in der BRD das neue Eherecht auf den Weg gebracht worden, das die Hausfrauenehe abgeschafft hat.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: „BRD“!)

– 1977.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: In welchem Land? – Abg. Rüdiger Klos AfD: „BRD“, was ist denn das?)

– In Westdeutschland. BRD, Bundesrepublik Deutschland.

(Abg. Rüdiger Klos und Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Das klingt schon besser!)

Ist Ihnen bekannt, oder? – Ich weiß nicht, worüber Sie sich jetzt echauffieren.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Ja, das glaube ich, dass Sie das nicht wissen! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das müssen Sie auch nicht wissen, Frau Staatssekretärin!)

Denn ich habe es gerade gesagt: 1977 ist die Hausfrauenehe abgeschafft worden. Das heißt, erst seit dieser Zeit – das ist 40 Jahre her – dürfen Frauen ohne die Erlaubnis ihrer Männer berufstätig sein

(Abg. Sascha Binder SPD: Wer hat es gemacht? Wir haben es gemacht!)

und dürfen Männer nicht mehr die Arbeitsverträge ihrer Frauen unterschreiben.

Auch das ist eine Errungenschaft, die besonders ist und die für die Unabhängigkeit der Frauen natürlich wichtig ist.

Seit dem 1. Juli 1977 müssen laut Gesetz Frauen und Männer bzw. Partner die Haushaltsführung einvernehmlich regeln.

(Unruhe – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Pst! – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Kollege Lede Abal, Sie sind wirklich sehr laut. Ich bitte um Ruhe.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Ich bitte um Verzeihung! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau!)

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Aber – auch das ist immer wieder deutlich geworden – das eine ist eben, die Gesetze zu erlassen, und das andere ist, dafür zu kämpfen, dass sie auch eingehalten werden.

(Zurufe von der AfD)

Auf diesem Weg befinden wir uns nach wie vor.

Diese Auflistung könnte ich jetzt noch weiter fortsetzen. Ein Punkt, der mir ganz wichtig ist, ist, dass 1996 nach jahrelanger Aufklärungsarbeit das Gesetz gegen Gewalt in der Ehe verabschiedet worden ist. Allerdings gilt Vergewaltigung in der Ehe erst seit 2004 als Offizialdelikt und ist seitdem strafbar. Dieses Gesetz ist erst 13 Jahre alt.

Wir müssen, finde ich, jetzt einfach mal konstatieren: In diesen letzten 100 Jahren haben wir mit vielen, vielen Akteuren – eine der zentralen Wurzeln der Grünen liegt ja in der Tat in der Frauenbewegung – diese Errungenschaften erzielt, sind diese deutlich geworden.

(Abg. Sascha Binder SPD: Sie redet hier für die Landesregierung!)

Diese Errungenschaften haben das Leben für Frauen insgesamt deutlich erleichtert und viel dazu beigetragen, dass Frauen und Männer gleichberechtigt sind. Ich finde, dass es Zeit wird, darauf noch einmal hinzuweisen. Denn wir haben – das haben wir heute auch sehr deutlich gehört – in Deutschland, in Europa und auch international eine Entwicklung, die in eine andere Richtung geht, die die Kräfte stärken will, die sagen: „Wir haben Frauenrechte, die sind eigentlich gut und schön. Aber was wollt ihr eigentlich? Es ist doch alles wunderbar! Lasst uns lieber einmal wieder darauf zurückkommen, dass die Frauen eigentlich in erster Linie in die Familie, wieder an den Herd gehören.“

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Wer sagt so etwas?)

Ich kann nur sagen: Einen gesellschaftlichen Rollback für Frauenrechte wird es mit dieser Landesregierung nicht geben

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

und, wie ich glaube, auch nicht mit einem Großteil der Parteien, die hier im Haus vertreten sind.

Vor 40 Jahren galten Frauen noch als schlecht qualifiziert. Sie hatten zwar das Recht, berufstätig zu sein, und die Chance dazu, aber sie hatten nicht tatsächlich die entsprechenden Bildungschancen. Das hat sich massiv verändert. Wir haben mittlerweile einen großen Anteil von Frauen, die Akademikerinnen sind, die Abitur machen. Der Arztberuf ist mittlerweile fast ein Beruf von Frauen geworden. Also, es gibt mehr Absolventinnen als Absolventen. Das heißt, wir haben auch dort eine Verlagerung der Berufstätigkeit, aber auch der Berufsbilder zu verzeichnen.

Auch das ist ein Fortschritt, der natürlich auch von den jungen Frauen getragen wird, die in den Achtzigerjahren, Neunzigerjahren geboren worden sind und für die diese Frauenrechte selbstverständlich sind. Deswegen ist es umso wichtiger, beim Internationalen Frauentag darauf hinzuweisen, dass

(Staatssekretärin Bärbl Mielich)

wir diese Rechte verteidigen, dass wir um sie kämpfen und sie auf gar keinen Fall zurückdrehen lassen wollen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Zuruf von der AfD)

Eben ist in verschiedenen Beiträgen schon deutlich geworden, dass wir eine Menge auf den Weg gebracht haben. Verehrte Kollegin Wölflé, natürlich sind in der letzten Legislatur viele Sachen auf den Weg gebracht worden. Aber ich erinnere mich, dass wir in einer Koalition waren und es keine Alleinregierung der SPD gab.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Andreas Stoch: Das ist gut, dass Sie das sagen!)

Wir haben sehr intensiv und sehr engagiert darum gekämpft, dass wir die Initiativen, die Sie gerade genannt haben, auf den Weg gebracht haben und tatsächlich durchsetzen konnten.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Waren Sie an der Regierung?)

– Die Grünen waren in Baden-Württemberg an der Regierung.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Die CDU sagt, das war nicht so! – Heiterkeit)

– Also, Herr Drexler, dass Geschichtsvergessenheit eine Ihrer Eigenschaften ist,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wir haben da keine Probleme! – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

daran habe ich jetzt eigentlich nicht gedacht.

(Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Frau Staatssekretärin, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Dr. Baum zu?

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Nein.

(Abg. Anton Baron AfD: Frau Staatssekretärin, das ist aber schwach!)

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir viele Projekte auf den Weg gebracht haben. Ich muss sagen, ich bin auch sehr stolz auf das, was wir in den letzten fünf Jahren gestartet und erreicht haben. Da ist natürlich ganz besonders die U-3-Betreuung zu nennen. Wir haben viel Prügel bekommen, weil wir die Grunderwerbsteuer erhöht haben, um die U-3-Betreuung zu finanzieren. Aber wir haben es geschafft – das ist wirklich großartig –, in der Kinderbetreuung vom letzten auf den ersten Platz vorzuschleunigen – dies nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ.

(Beifall bei den Grünen)

Das ist eine große Errungenschaft. Die müssen wir uns für die letzte Regierung schon insgesamt auf die Fahne schreiben.

Ich muss auch einmal als Kompliment an unseren Koalitionspartner CDU sagen: Es ist gelungen, die ganzen Projekte, die wir in den letzten fünf Jahren auf den Weg gebracht haben, fortzusetzen, in der neuen Koalition auch zu bestärken.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das wäre auch noch schöner! Jetzt wird schon gelobt, was normal ist!)

Wir haben in der letzten Legislaturperiode noch in der letzten Sitzung das Chancengleichheitsgesetz – höchst umstritten – auf den Weg gebracht. Jetzt zu fragen, wie das denn nun weiterentwickelt wird, finde ich schon ein bisschen heftig. Das heißt, diese Übergangszeit ist Ende Februar gerade erst ausgelaufen. Es gab bis Ende Februar nur für Kommunen ab 50 000 Einwohnern überhaupt die Möglichkeit, ihre kommunalen Chancengleichheitsbeauftragten zu benennen. Es sind jetzt tatsächlich 32 berufen worden.

Das hat ja auch bereits in der Zeitung gestanden. Das heißt, wir sind doch noch ganz am Anfang. Wir können doch nicht jetzt schon sagen: „Macht mal schnell eine Evaluation! Was ist denn letztendlich das Ergebnis?“ Da würde ich nun wirklich einmal darum bitten, dass man die Kirche im Dorf lässt

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Genau!)

und sagt: Lasst uns doch mal schauen, wie denn dieses Gesetz wirkt. Müssen wir da jetzt nachjustieren? Müssen wir das z. B. ausweiten? – Da brauchen wir auf jeden Fall die nächsten Jahre, um noch einmal deutlicher darauf zu schauen.

(Beifall bei den Grünen)

Das zweite Thema ist der Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Auch da brauchen wir natürlich einen entsprechenden Vorlauf. Wir können nicht von jetzt auf gleich starten, sondern wir brauchen auch da eine belastbare Datengrundlage, die wir zunächst einmal erstellen müssen. Dabei sind wir gerade; das heißt, wir arbeiten auf Hochtouren daran, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass wir dort arbeiten können.

Ich glaube, es ist sinnvoll, dass wir uns, wenn es um frauenpolitische Initiativen geht, nicht parteipolitisch in alle Winde zerstreuen. Die Geschichte der Frauenbewegung hat doch gezeigt, dass wir nur dann wirklich stark sind, wenn wir uns auch überparteilich vereinen und wenn wir gemeinsam agieren,

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

um die Rechte der Frauen auch weiterhin zu stärken.

(Vereinzelt Beifall – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Frau Staatssekretärin, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abg. Klos zu?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der ist von der AfD! – Weitere Zurufe, u. a.: AfD!)

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Nein.

(Heiterkeit – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nach kurzer Bedenkzeit ein klares Nein! – Zurufe von der AfD – Unruhe)

– Ich möchte gern fortfahren, auch wenn Sie dies möglicherweise durcheinanderbringt. Ich möchte ganz gern noch einige Aspekte nennen, die mir auch sehr wichtig sind.

Ich habe es eben schon gesagt: Wir sind noch lange nicht am Ende der Fahnenstange. Wir haben noch eine Menge zu tun,

(Staatssekretärin Bärbl Mielich)

und wir haben vor allem noch eine Menge zu tun, wenn es darum geht, die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege so zu organisieren, dass dies nicht an den Frauen hängenbleibt. Frauen sind immer noch diejenigen, die den Großteil der sorgenden Arbeit, der Care-Arbeit, übernehmen. Es wird nun wirklich Zeit, dass Männer dabei viel stärker in die Verantwortung kommen. Dafür brauchen wir die entsprechenden Rahmenbedingungen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir brauchen die richtigen Männer dazu!)

– Ja, wir brauchen dazu auch die Männer; das ist richtig. Es gibt ja den einen oder anderen gesetzten Herrn,

(Zurufe, u. a. Abg. Anton Baron AfD: Muss das jetzt alles reguliert werden?)

der bereit ist, sich da starkzumachen. Aber ich glaube auch, dass wir da die Bewusstseinsarbeit auch in der jungen Generation deutlich voranbringen müssen mit dem Ziel, dass für diese Arbeit tatsächlich auch Männer zur Verfügung stehen. Denn es kann nicht sein, dass –

(Beifall des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Bravo! – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Frau Staatssekretärin, es gibt mehrere Zwischenfragen. Lassen Sie diese zu, oder lassen Sie nun generell keine Zwischenfragen zu?

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Ich lasse im Moment erst einmal keine Zwischenfragen zu. Ich will mit meinen Ausführungen gern einen Bogen schlagen und möchte dies nun zu Ende bringen.

„Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ bzw. „Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf“ ist ein großes Thema. In der vergangenen Legislaturperiode hat die grün-rote Landesregierung die Initiative ergriffen, über die Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz einen entsprechenden Antrag einzubringen mit dem Ziel, dass Pflegezeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung besser berücksichtigt werden. Dem ist leider nicht stattgegeben worden. Wir werden dieses Thema im Rahmen der Diskussion über die Verbesserung des Zweiten Pflegestärkungsgesetzes auf der diesjährigen 27. Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz nochmals einbringen, und wir haben dazu auch einen Initiativantrag gemacht.

Ein weiterer wichtiger Punkt: Wir müssen den Zugang zur Erwerbsarbeit verbessern. Wir brauchen aus Sicht der Landesregierung die eigenständige Absicherung, die eigenständige armutsfeste Altersvorsorge für Frauen. Wir brauchen flexible Arbeitszeitmodelle; wir brauchen den Ausbau der Telearbeit, wir brauchen die Etablierung haushaltsnaher Dienstleistungen zu bezahlbaren Preisen, und wir brauchen ein Steuerrecht, das nicht das Alleinverdienermodell honoriert. Auf diese Weise werden wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Frauen ihre Berufstätigkeit so organisieren, dass sie hinterher auch individuelle Rentenansparungen haben, die sie vor Altersarmut bewahren.

Wir wollen Frauen den Weg an die Spitze erleichtern. Auch das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und

Männern an Führungspositionen, ein Bundesgesetz, begrüßen wir sehr. Es zeigt offensichtlich Wirkung. Das heißt, wir haben auch, wenn es darum geht, Frauen in Führungspositionen deutlich stärker zu etablieren, einiges erreicht.

Klar ist, dass diese Gesetze notwendig sind. Es zeigt sich immer wieder, dass es nicht funktioniert, wenn man auf gesetzliche Regelungen verzichtet und nur auf Freiwilligkeit setzt. Es funktioniert vor allem dann nicht, wenn es darum geht, Macht zu teilen, Macht abzugeben oder Dominanz zu verringern.

Wir haben noch eine Menge zu tun. Wir werden uns weiterhin für den Aktionsplan „Für Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg“ starkmachen. Und wir werden natürlich das Chancengleichheitsgesetz, wie gesagt, erst mal evaluieren und schauen, wie es sich entwickelt und ob wir nachsteuern müssen.

Ich finde, dass sich nicht nur die aktuelle, sondern auch die historische Bilanz sehen lassen kann, und wir dürfen sagen: Annähernd 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts sind wir mit unserer Arbeit für Chancengerechtigkeit, Chancengleichheit auf einem sehr guten Weg. Noch einmal: Wir werden nicht zulassen, dass das Rad zurückgedreht wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Bevor ich Herrn Abg. Dr. Gedeon das Wort erteile, bitte ich alle Kolleginnen und Kollegen noch einmal, auf Folgendes zu achten: Hier Fotos zu machen ist laut Präsidiumsbeschluss nicht erlaubt. Das gilt auch für alle Kolleginnen und Kollegen.

Sie haben zwei Minuten, Herr Abg. Dr. Gedeon.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist an der Zeit, heute etwas Grundsätzliches zum Feminismus zu sagen.

(Zuruf: Lauter!)

In den westlichen Staaten und in Deutschland ist der Feminismus so überflüssig wie ein Kropf.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zurufe, u. a. Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Ihr Auftritt auch! – Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

Bei uns gibt es für feministische Themen keinen Handlungsbedarf. Wer feministisch aktiv werden will, der gehe in die islamischen Staaten oder sonst wohin in der Dritten Welt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Jawohl! Bravo! – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Meuthen applaudiert Gedeon! – Gegenruf des Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Da applaudiere ich, ja, weil es richtig ist!)

Bei uns ist das allenfalls Zeitvergeudung oder Geldverschwendung. Ich entnehme auch dem Antrag der Regierungsfractionen die Frage nach Plänen für eine verstärkte Partizipation der Frau in der Politik. Ich mache den Fernseher an und sehe im

(Dr. Wolfgang Gedeon)

ersten Programm Frau Merkel, Frau von der Leyen, im zweiten Programm Frau Miosga,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Rita Süßmuth!)

Frau Will, im dritten Programm Frau Wagenknecht, Petra Pau, im vierten Programm Frau Weidel und Frau Petry.

(Zurufe von den Grünen und der CDU)

Ich mache den fünften Kanal an und höre: „Wir brauchen eine verpflichtende Frauenquote in der Wirtschaft.“

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Haben Sie Minderwertigkeitskomplexe, Herr Kollege, oder was? Gründen Sie doch eine Männergruppe bei der AfD!)

Meine Damen und Herren, die Wirtschaft ist einer der wenigen Bereiche, die bei uns noch einigermaßen funktionieren. Wenn das durchgeht, frage ich: Wie lange noch?

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Nicole Razavi CDU: Haben Sie Angst?)

Der heutige Feminismus bei uns ist destruktiv.

(Abg. Winfried Mack CDU: Die zwei Minuten sind um!)

Er stört die Harmonie der Geschlechter.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

Der Feminismus führt immer mehr zu einer grundgesetzwidrigen Benachteiligung des Mannes. Für die Männer,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Männergruppe bei der AfD!)

die sich nicht feministisch haben degenerieren lassen, wird er immer mehr zur offenen Provokation.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Och!)

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Nicole Razavi CDU: Eine Runde Mitleid!)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 16/1578 (Berichtigte Fassung). Der Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Bevor wir in die Mittagspause eintreten, möchte ich zwei Hinweise geben:

Zum einen möchte ich Sie auf die morgige Veranstaltung unter dem Titel „Frauenvielfalt in Baden-Württemberg – Perspektiven und Herausforderungen“ hinweisen.

Zum anderen möchte ich Sie auf die Ausstellung „Anna, Berta, Ceferine“ von Frau Editha Pröbstle im Foyer des Landtags aufmerksam machen, die ab heute zu sehen ist.

Wir treten nun in die Mittagspause ein. Ich unterbreche die Sitzung bis 14:30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:29 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:30 Uhr)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren! Wir setzen die Sitzung fort.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Regierungsbefragung

Die Fraktion GRÜNE hat folgendes Thema gemeldet:

U m s e t z u n g s k o n z e p t i o n d e s L a n d e s
f ü r d e n B u n d e s f e r n s t r a ß e n b a u u n d
M a ß n a h m e n a u s d e m B u n d e s v e r -
k e h r s w e g e p l a n 2 0 3 0

Ich darf das Wort Herrn Abg. Katzenstein erteilen.

Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister Hermann, der Bund hat mit dem Bundesverkehrswegeplan 2030 umfassende Investitionen für Bundesstraßen und Bundesautobahnen angestoßen. Wir haben mit unserem Koalitionspartner, der CDU, vereinbart – Zitat –,

in enger und konstruktiver Abstimmung mit dem Bund eine mit fachlich und sachlich nachvollziehbaren und transparenten Kriterien gestützte Reihenfolge der Umsetzung zu erarbeiten.

Ich frage Sie daher:

Erstens: Welches Konzept wird für die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Bundesverkehrswegeplan erarbeitet, und wie ist der Stand?

Zweitens: Welche Bewertungskriterien hat der Bund bei der Aufstellung des BVWP angewendet, und wie sollen die Maßnahmen, deren Planung noch nicht so weit fortgeschritten ist, weiter priorisiert werden?

Vielen Dank.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Für die Landesregierung darf ich Herrn Minister Hermann das Wort erteilen.

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bedanke mich für die Fragen. Wir hatten ja gestern Abend eine große Informationsveranstaltung für Abgeordnete, Landräte, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und die interessierte Bevölkerung. Da haben wir das sehr ausführlich dargestellt. Insofern kann ich gerade aus einem guten Fundus schöpfen und die Fragen, glaube ich, auch gut beantworten.

Zunächst zur Frage nach dem Stand der Umsetzung. Wir haben gestern Abend präsentiert, welche Projekte zurzeit laufen bzw. in Bau befindlich sind und welche Projekte unmittelbar in Vorbereitung sind, weil die Planung weit fortgeschritten ist, und wo es Planungsvorbereitungen gibt.

(Minister Winfried Hermann)

Klar ist: Maßnahmen, die in Bau sind, werden wir mit aller Kraft zu Ende führen. Maßnahmen, die planerisch schon weit fortgeschritten sind, werden wir so schnell wie möglich zur Baureife bringen und damit auch realisieren. Das ist, wenn man so will, die erste Gruppe. Die Maßnahmen der ersten Gruppe werden auch nicht mehr infrage gestellt, sondern sie werden dann begonnen, wenn die Planung fertig ist und ein rechtskräftiger Planfeststellungsbeschluss ergangen ist, der nicht mehr beklagt wird. Dann geht es los. Da werden wir das eine oder andere parallel planen, weil man nicht genau sagen kann, wo man wie weit kommt. Wenn eine Maßnahme durch eine Klage aufgehalten wird, dann zieht man eine andere Maßnahme vor. Die erste Gruppe umfasst also Maßnahmen dieser Kategorie.

Die zweite Gruppe umfasst alle Maßnahmen, die jetzt durch den Beschluss des Bundestags neu im Vordringlichen Bedarf sind und von denen die allermeisten noch gar nicht richtig geplant sind. Da hat man eine Idee, wo in etwa die Straße verlaufen könnte, aber das ist noch nicht sehr genau. Diesen zweiten Block wollen wir priorisieren, aber nicht im Sinne der Fragestellung, ob die Maßnahme stattfindet oder nicht, sondern nur im Hinblick auf die Frage, in welcher Reihenfolge wir die große Menge von Maßnahmen abarbeiten.

Damit allen klar ist, um wie viel es da geht, will ich noch einmal Folgendes deutlich machen: In Baden-Württemberg haben wir über den Bundesverkehrswegeplan etwa 9,5 Milliarden € – wohlgermerkt: Preisstand 2014. Es können auch deutlich mehr als 10 Milliarden € werden. Es sind viele Maßnahmen. Grob gesagt ist eine Hälfte schon weit fortgeschritten oder in Bau und die andere Hälfte noch nicht beplant.

Wir brauchen jetzt Kriterien dazu, wie wir die Reihenfolge entwickeln. Da haben wir zum einen unsere Landeskriterien, die bei der Anmeldung schon eine Rolle gespielt haben – aber nicht zur Ablehnung. Der Bund hat Kriterien, die aber auch nicht zu einer Priorisierung geführt haben. Wir werden in der kommenden Zeit diese beiden Kriterien miteinander verschränken – übrigens auch in Abstimmung mit den Fraktionen – und dann die Maßnahmen der Reihe nach umsetzen. Wir werden ein informelles Beteiligungsverfahren machen, und im Herbst werden wir – das haben wir uns vorgenommen – diese Reihenfolge mit den Kriterien transparent offenlegen.

Präsidentin Muhterem Aras: Mir liegen weitere Wortmeldungen vor. – Zunächst Herr Abg. Schreiner, bitte.

Abg. Felix Schreiner CDU: Herr Minister, wir hatten gestern Abend diese Veranstaltung, auf der Sie auch über die Kriterien gesprochen haben. Da gab es bei vielen der anwesenden kommunalen Vertreter die große Sorge, dass insbesondere der ländliche Raum abgehängt wird. In vielen Regionen gibt es viele Wünsche. Wie stellen Sie sicher, dass wir bei der Umsetzung des Bundesverkehrswegeplans speziell auch einen Fokus auf die Anliegen im ländlichen Raum setzen können?

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Vielen Dank. – Wir haben bereits bei der Anmeldung der Landesprojekte darauf geachtet, dass der ländliche Raum nicht zu kurz kommt. Kollege Schreiner, es war wesentlich, dass wir ein Konzept hatten, bei dem alle Oberzentren im Land – auch die im ländlichen Raum – verbunden werden. Diese verbinden wir über die Straßen miteinander. Diese Achsen haben für uns eine hohe Priorität.

Deswegen sind sie auch alle eingeflossen. Keiner dieser Vorschläge ist bei der Anmeldung zum Bundesverkehrswegeplan herausgefallen. Der Bund hat an dieser Stelle unsere Prioritätskriterien übernommen. Heute kann man sagen: Wenn man schaut, welche Maßnahmen jetzt im Vordringlichen Bedarf sind und sich in Bau befinden oder unmittelbar davor stehen, kann man grob sagen, dass ein Drittel dieser Maßnahmen dem ländlichen Raum zuzuordnen sind. Das entspricht in etwa dem Anteil der Bevölkerung, der im ländlichen Raum lebt.

Bei den anderen Maßnahmen im Vordringlichen Bedarf ist es aber gerade andersherum. Diese dienen eigentlich eher der Erschließung des ländlichen Raums, sodass man in der Summe sagen kann: Der ländliche Raum kommt nicht zu kurz.

Präsidentin Muhterem Aras: Es liegen weitere Wortmeldungen vor. – Ich erteile Herrn Abg. Rivoir das Wort.

Abg. Martin Rivoir SPD: Frau Präsidentin! Herr Minister, ich war gestern Abend auch auf der Veranstaltung. Dort haben Sie auch einen Chart über die Personalentwicklung in der Straßenbauverwaltung gezeigt. Da sah man, dass es bis 2011/2012 einen dramatischen Rückgang bei der Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und danach einen Turnaround gegeben hat. Sie wollen das Personal jetzt auch weiter aufbauen.

Meine konkrete Frage ist nun – Sie bekommen zwar Stellen, aber diese Stellen müssen Sie auch irgendwie besetzen –: Wie wollen Sie auf diesem sehr engen Markt das Personal gewinnen, um alle diese Projekte umzusetzen?

Vielleicht können Sie in diesem Zusammenhang auch noch ein Wort zum Thema „Autobahngesellschaft des Bundes“ sagen bzw. dazu, welche Probleme unter Umständen bei der Realisierung dieser bevorstehenden Projekte auftreten können.

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Vielen Dank. – Sie sprechen tatsächlich einen wichtigen Punkt an. Wir können nicht bauen, wenn wir nicht genügend Personal haben. Deswegen haben wir dankenswerterweise schon in der letzten Legislaturperiode – in der früheren Konstellation – das Personal um 50 zusätzliche Stellen pro Jahr aufgestockt. Das setzen wir jetzt fort, sodass wir zunächst einmal die Voraussetzung dafür haben, dass wir die Leute, die wir brauchen, einstellen können.

Ansonsten gehen wir systematisch an die Hochschulen und werben für den öffentlichen Dienst und für unsere Arbeit, weil wir festgestellt haben, dass Privatfirmen das auch machen. Dabei stellen wir auch klar, dass ein Arbeitsplatz in der öffentlichen Verwaltung attraktiv ist.

Ich werbe hier im Landtag auch dafür, dass wir uns darüber Gedanken machen, wie wir den Arbeitsplatz in der öffentlichen Verwaltung dauerhaft attraktiv gestalten können. Denn die Konkurrenz durch die Privatwirtschaft wird immer größer. In Zeiten, in denen Arbeitskräfte knapp werden, müssen wir uns das überlegen.

Ich sage immer jedem, der sich bewirbt: Es ist doch eine Freude, für das Gemeinwohl zu arbeiten. Insofern ist der öffentliche Dienst schon einmal eine gute Sache. Man arbeitet nicht in die Tasche von jemand anderem, sondern für alle. Man geht abends wirklich mit dem guten Gefühl nach Hause: Ich habe etwas für die Gemeinschaft getan, und ich habe einen sicheren Arbeitsplatz.

(Minister Winfried Hermann)

Zum Thema Bundesfernstraßengesellschaft: Sie wissen, der Bundestag wird in den nächsten Monaten eine Grundgesetzänderung beschließen. Der Bundesrat hat auch schon Stellung genommen. Wir werden eine Neuorganisation bekommen. Das heißt, die Bundesautobahnen gehen in die Kompetenz des Bundes über, und die Bundesfernstraßen bleiben bei den Ländern.

Der Bund wird eine eigene Infrastrukturgesellschaft für Autobahnen sowie ein eigenes Fernstraßenbundesamt gründen. Diese Gesellschaften werden in Zukunft quasi die Autobahnen in eigener Regie führen. Die Infrastrukturgesellschaft ist zwar in öffentlicher Hand, wird aber nicht staatlich, sondern privatwirtschaftlich geführt.

Das Problem ist, dass die bisherigen Landesstraßenbauverwaltungen teilweise in diese Gesellschaften überführt werden müssen. Es handelt sich dabei um drei Bereiche: der Bund einmal als Ministerium mit Restkompetenzen, dann als Bundesamt für Straßenbau und schließlich die Infrastrukturgesellschaft für Autobahnen. Die einen planen, die anderen machen und die Dritten kontrollieren. Unsere Leute sind bislang nicht ausschließlich für den Bund tätig gewesen. In der Regel waren sie gemischt tätig.

Der Brückenbauspezialist baut einmal eine Landesbrücke, einmal eine Bundesbrücke und einmal eine Autobahn. Dieses Konstrukt auseinanderzuziehen wird ein großes Problem darstellen. Wir achten darauf, dass wir das Ganze fair vollziehen, vor allem bezogen auf die Landesverwaltung und deren Mitarbeiter, damit keiner gegen seinen Willen nach Bonn oder sonst wohin versetzt wird.

Ich muss als oberster Dienstherr auch darauf achten, dass nicht wir diejenigen behalten, die am teuersten sind und am Ende ihrer Laufbahn stehen. Wir brauchen auch frische Leute, die die Arbeit gut machen.

Präsidentin Muhterem Aras: Es gibt weitere Fragen. – Herr Abg. Keck, bitte.

Abg. Jürgen Keck FDP/DVP: Frau Präsidentin! Herr Minister, herzlichen Dank. Ich habe auch zwei Punkte. Am gestrigen Abend haben Sie zum einen gesagt, dass für die Planungskosten ein Anteil von ca. 15 % der Landesmittel anfallen. Vom Bund werden allerdings in der Regel nur 3 % erstattet. Dann ist es doch so, dass der Rest – so haben Sie es gestern gesagt – aus Landesmitteln gezahlt wird und dadurch Gelder für den Straßenbau fehlen. Wie wollen Sie sicherstellen, dass hier in Zukunft ein adäquater Ersatz durch den Bund stattfindet?

Die zweite Frage bezieht sich auf das Thema „Vergabe der Bundesmittel nach dem Windhundprinzip“. Wie wollen Sie in Zukunft sicherstellen, dass Baden-Württemberg beim Windhundrennen nicht erst als zweiter, dritter oder vierter Sieger durchs Ziel geht und dementsprechend die Mittel früher bekommt? Problematisch wäre es zudem, wenn Mittel nicht verbaut werden können, weil man nicht als Erster durchs Ziel geht, und diese dann wieder zurückgegeben werden müssen.

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Vielen Dank. – Ich glaube, es war noch einmal ganz wichtig, dass Sie deutlich gemacht haben: Eines der Grundprobleme ist, dass die Länder vom Bund zwar die Mittel für die Projekte bekommen, aber nicht genügend Planungsmittel erhalten. Deswegen müs-

sen die Länder aus ihren Haushalten Planungsmittel in Höhe von 15 % der Projektkosten bereitstellen, bekommen aber nur 3 % zurückerstattet – ein schlechtes Geschäft, weshalb viele Länder auch nicht genügend planen.

Ich muss klar sagen: Wir haben das in den letzten Jahren nicht gemacht. Wir haben mit der Unterstützung der Landtagsfraktionen immer Gelder erhalten, um planen zu können. Das war allerdings immer grenzwertig, und ich muss hier ganz offen bekennen: Das geht am Ende zulasten von Landesstraßenbaumaßnahmen. Etwas anderes als die Mittel, die ich für den Landesstraßenbau erhalte, habe ich nicht im Haushalt. Dann muss ich diese Kosten dort mit hineinnehmen. Deswegen kämpfen wir bei jeder Haushaltsberatung darum, dass der Planungsmitelansatz separat erhöht wird, weil wir wissen, dass wir diese Mittel benötigen. Ich kann nur sagen: In den kommenden Jahren werden wir kontinuierlich mehr benötigen als in der Vergangenheit, weil der Bund uns in den nächsten Jahren tendenziell deutlich mehr geben will, als er bislang gegeben hat.

Jetzt zu der zweiten Frage: Windhundprinzip, wie machen wir das? Das Riskante beim Windhundprinzip ist: Wenn ich bei der Planung nicht schnell genug bin oder zu wenig Planungsmittel habe, dann gewinne ich das Rennen nicht. Daher brauche ich von Ihnen auch genügend Planungsmittel, damit wir das machen können.

Wir werden einen Vorschlag vorlegen, wie wir dies in diesem und auch im nächsten Jahr hinbekommen. Ich muss klar sagen: Das Windhundprinzip erfordert, dass man alles tut, damit man vorn landet.

Neben den erhöhten Planungsmitteln gibt es auch noch einen weiteren Aspekt. Wenn wir alle Projekte, die jeder will, also alles, was jetzt im Vordringlichen Bedarf ist, gleichzeitig planen, dann bekommen wir gar kein Geld, weil wir dann 150 Projekte gleichzeitig planen, aber mit keinem fertig sind. Daher unser klarer Vorschlag: Die Projekte, die bereits weit fortgeschritten sind, machen wir mit Macht vollends fertig, um an dem Rennen teilnehmen zu können. Die anderen gehen wir der entsprechenden Reihenfolge nach an, damit wir uns nicht mit zu vielen Plänen überfordern, die uns gleichzeitig daran hindern, mit dem einen oder anderen Projekt fertig zu werden.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Jetzt gibt es weitere Wortmeldungen. Zunächst Herr Abg. Burger. – Bitte.

Abg. Klaus Burger CDU: Herr Minister, vielen Dank, dass ich eine Zusatzfrage stellen darf. – Zum einen: Ja, es ist in der Tat so: Es sind viele Maßnahmen, die das Land angehen will und muss. Im Einzelnen sind es aber doch Einzelmaßnahmen, die miteinander korrespondieren.

Wird das Kriterium, dass Maßnahmen, die auf einer Trasse liegen und besonders viel Effektivität hervorrufen, wenn sie gemeinsam durchgeführt werden, auch abgeprüft? Und wird auch geprüft, ob die landeseigenen Kriterien mit dem Bund abgestimmt werden? Ist auch sichergestellt, dass diese vollständig mit den bundeseigenen Kriterien kompatibel sind?

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Zum ersten Teil der Frage: Neben der Einzelmaßnahme, die wir bewerten, müssen wir auch die Trasse sehen. Das halte ich natürlich für richtig. Denn was haben wir davon, wenn wir überall irgend-ein Stück bauen, aber die Trasse nie funktioniert? Deswegen

(Minister Winfried Hermann)

wird ein wichtiges Kriterium auch die Frage sein, wie damit sozusagen der Verkehrsfluss auf einer wichtigen Trasse hergestellt wird.

Übrigens haben wir auch bei unseren Landeskriterien darauf geachtet, dass ein wesentlicher Baustein unserer Priorisierung die Frage war, ob es Teil einer europäischen Achse ist oder ob es Teil einer Landesachse ist als Verbindung zwischen den verschiedenen Oberzentren. Dann haben wir noch Einzelmaßnahmen gehabt. Wir haben zwei Bausteine gehabt, bei denen der Blick auf Trassen gerichtet ist. Das werden wir jetzt auch bei der erneuten Bewertung der Reihenfolge einbringen.

Sie haben auch noch einmal darauf hingewiesen, die Kriterien des Landes seien ja nicht die gleichen gewesen wie die des Bundes. Das ist richtig. Aber der Bund kennt unsere Kriterien. Unsere Kriterien liegen auch nicht völlig neben dem, was der Bund gemacht hat. Ich habe auch gestern Abend der CDU-Fraktion und meiner Fraktion versprochen: Wir werden diese Kriterien auf der Arbeitsebene mit dem Bund absprechen. Wir werden nichts machen, bei dem anschließend gesagt wird: „Geht uns nichts an, interessiert uns nicht, haben die falsch gemacht.“ Vielmehr werden wir das absprechen. Wir werden die beiden Kriterien zusammenbringen. Die Bundeskriterien im Bundesverkehrswegeplan sind in die Zukunft gerichtet: Welche Wirkung wird durch eine Maßnahme erzielt? Die Landeskriterien beziehen sich stärker auf den Istzustand: Wie viele Unfälle passieren? Wie ist die Belastungssituation an einer Ortsdurchfahrt? Wie sind die aktuellen Verkehrszahlen? Das bringen wir ein.

Ich glaube, dass man das ausbalancieren kann. Wir werden auch mit den Fraktionen darüber reden, wie wir die Kriterien anwenden, und werden am Ende nur dann sozusagen zu Potte kommen, wenn wir gemeinsam beschließen, mit welchen Kriterien wir eine Reihenfolge bilden.

Präsidentin Muhterem Aras: Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Renkonen.

Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Herr Minister, vielen Dank. – Ich habe noch eine Zusatzfrage, die die Planungsmittel betrifft: Welche Folgen haben die zusätzlichen Maßnahmen im Bundesstraßenbau für die Sanierung der Landesstraßen bezüglich der Planungsmittel für dieses Jahr? Können Sie das auch schon für die Jahre 2018 und 2019 vorhersagen?

Hierzu noch eine ergänzende Frage: Gibt es bei der Straßenbauverwaltung schon Pläne, welche zusätzlichen Mittel sie benötigt, damit der Sanierungsstau bei den Landesstraßen in den nächsten Jahren weiter abgebaut werden kann?

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Den Sanierungsstau bauen wir schon seit einigen Jahren ab. Wir kennen auch in etwa das Niveau, das wir brauchen. Das sind, grob gesagt, etwa 140 Millionen € – einschließlich der Mittel für Brücken – oder vielleicht auch 150 Millionen €. Das hängt auch ein bisschen davon ab, was man gerade macht. Ganz genau kann man das nicht immer sagen.

Das ist sozusagen das Niveau, das wir halten müssen. Die Frage, was dann 2018 oder 2019 herauskommt, werden wir im Laufe dieses Jahres im Rahmen der Haushaltsberatungen behandeln. Ich bitte um Verständnis, dass wir diese Beratung heute hier im Plenum nicht anfangen. Wir haben immer ge-

sagt, wir müssen das Niveau in den kommenden Jahren ungefähr halten. Wir brauchen mehr Planungsmittel als bisher, weil ich nicht möchte, am Ende jeden Jahres bekennen zu müssen, dass ich einen Teil der Planungsmittel aus Sanierungsmitteln für Landesstraßen genommen habe und dann nicht alles sanieren konnte, was wir uns vorgenommen haben. Das ist aber alternativlos für uns; denn die Alternative wäre ja, ich würde die Bundesmittel nicht abrufen. Da gibt es eine klare Vereinbarung in der Fraktion und in der Koalition, dass wir diese Mittel abrufen. Dann müssen wir auch die Planungsmittel bereitstellen.

2017 haben wir ein Defizit von etwa 20 Millionen €. Wir wissen heute schon, was wir planerisch haben. Das müssen wir dann halt aus anderen Bereichen holen. Eine andere Möglichkeit sehe ich im Moment jedenfalls nicht.

Präsidentin Muhterem Aras: Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Hentschel.

Abg. Thomas Hentschel GRÜNE: Vielen Dank. – Wir hatten gerade die Frage der Straßensanierung angesprochen. Mich würde interessieren, von welchen Investitionsvolumina nach dem jetzigen Stand bei den Projekten, die im Bundesverkehrswegeplan enthalten sind, ausgegangen wird, also bei den laufenden Projekten, den Projekten im Vordringlichen Bedarf und den Projekten aus dem künftigen Bedarf. Vielleicht können Sie bei dieser Gelegenheit auch skizzieren, mit welcher Entwicklung dieser Investitionsvolumina in den nächsten Jahren zu rechnen ist.

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Vielen Dank. – Wir haben gestern ein Diagramm vorgestellt, um sichtbar zu machen, wie die Volumina verteilt sind. Ich möchte darauf hinweisen, dass dies auch auf der Homepage meines Hauses steht. Man kann das also nachlesen, falls es jetzt vielleicht nicht so schnell erfasst werden kann.

Wir haben im Moment die erstaunliche Summe von 3,2 Milliarden € für Maßnahmen, die in Bau sind oder deren Bau unmittelbar bevorsteht und die noch aus dem bisherigen, auslaufenden Bundesverkehrswegeplan stammen. Beim Vordringlichen Bedarf einschließlich der Engpassbeseitigung kommen noch einmal 6,3 Milliarden € hinzu. Mit anderen Worten: Wir haben 9,5 Milliarden € für Projekte im Vordringlichen Bedarf. Das ist eine gewaltige Summe.

In den letzten Jahren hatten wir im Durchschnitt – es hat etwas geschwankt – etwa 200 Millionen € pro Jahr und haben die entsprechenden Summen auch umgesetzt. Insofern können Sie einmal überschlägig ausrechnen, wie lange wir brauchen, bis wir fertig sind. Es geht nur schneller, wenn wir deutlich mehr Mittel bekommen.

Klar wird ebenfalls: Der Weitere Bedarf mit Planungsrecht, den viele auch mit Hoffnung betrachten, liegt noch einmal bei 3,4 Milliarden € und ohne Planungsrecht bei 0,6 Milliarden €. Das ergibt insgesamt noch einmal 4 Milliarden €. Da kann ich nur sagen: Vorsicht! Wir haben genügend mit den Projekten im Vordringlichen Bedarf zu tun, den es schon gibt und der neu hinzugekommen ist. Im Weiteren Bedarf geht da nicht viel. Ausnahmen wird es geben, aber im Großen und Ganzen werden wir uns auf den Vordringlichen Bedarf beschränken müssen.

Präsidentin Muhterem Aras: Nun hat Herr Abg. Dörflinger das Wort.

Abg. Thomas Dörflinger CDU: Herr Minister, viele andere Bundesländer müssen den Bundesverkehrswegeplan jetzt ebenso umsetzen. Mich würde interessieren, wie die anderen Bundesländer dabei vorgehen, um die Maßnahmen in eine bestimmte Reihenfolge bzw. Priorisierung zu bringen.

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Wie die anderen Länder das genau machen, weiß ich noch nicht. Wir haben bereits unter den Ministern gesprochen, und ich habe bei unserer Priorisierung festgestellt, dass es viele Länder nicht so wie wir machen, aber doch beeindruckt waren, dass man eine Reihenfolge mit Kriterien fachlich gut begründen kann, wie wir es getan haben.

Es gibt allerdings auch Bundesländer, die überhaupt kein Problem haben. Das sind im Wesentlichen die neuen Bundesländer. Sie haben ihre Straßen gebaut und müssen nicht mehr neu bauen. Sie fragen sich: „Was machen wir mit unserer Straßenbauverwaltung? Jedenfalls neu bauen kann sie nicht.“

(Abg. Nicole Razavi CDU: Die können doch bei uns arbeiten!)

– Nein, lieber nicht. Das können wir selbst besser. – Auf der anderen Seite muss man neidlos anerkennen, dass Bayern eine deutlich besser ausgebaute Straßenbauverwaltung mit deutlich mehr Personal hat – manche sagen, doppelt so viel, andere sagen, dreimal so viel. Das ist nicht gleich organisiert, aber dort gibt es deutlich mehr Personal. In Nordrhein-Westfalen wiederum hat man auch große Probleme, mit der Verwaltung umzusetzen, was umgesetzt werden muss. Die anderen Länder sind überwiegend in einer völlig anderen Situation, da sie einfach kleiner sind und weniger Projekte haben als Baden-Württemberg. Aber das Problem haben grundsätzlich alle.

Wir bekommen jetzt überraschend deutlich mehr Geld. Die Straßenbauverwaltungen sind, außer in Bayern, überall zurückgebaut worden, und die kleineren Verwaltungen müssen nun deutlich mehr Mittel umsetzen. Das funktioniert nicht so ganz.

Präsidentin Muhterem Aras: Nun hat noch Herr Abg. Dr. Murschel eine Frage.

Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Herr Minister, ich habe noch eine Frage in Bezug auf den Punkt, den Sie vorher schon angesprochen hatten, nämlich die Umstrukturierung der Straßenbauverwaltung, sprich was der Bund jetzt mit den Autobahnen plant. Sie hatten gestern Abend ja auch die Folie mit dem Aufwuchs an Personal, mit der Personalentwicklung gezeigt. Daraus ging hervor: Es gab eine beträchtliche Erhöhung. Sie sprachen vorhin von fünf Stellen pro Jahr.

Minister für Verkehr Winfried Hermann: 50.

Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Entschuldigung. 50. – Wird das auch für die Zukunft sozusagen die Planzahl sein, obwohl dann Personal von der hiesigen Verwaltung zur Bundeseinrichtung weggehen wird?

Die andere Frage, die sich mir natürlich stellt – da wird etwas Neues aufgebaut; doch bis das letztlich flutscht und funktio-

niert, wird eine gewisse Zeit vergehen –, ist: Wird es dadurch aus Ihrer Sicht bei einzelnen Baumaßnahmen zu Verzögerungen kommen, oder kann man erwarten, dass alles sofort einwandfrei funktioniert? Entstehen vielleicht auch Konkurrenzsituationen, beispielsweise um Fördertöpfe, in Bezug auf das, was das Land bei Landesstraßen durchführt? Gibt es bezüglich der Fördertöpfe eine Konkurrenz zwischen dem Land und der Bundesagentur?

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Wir brauchen unser Personal natürlich nicht nur für Bundesautobahnen. Grob gerechnet, brauchen wir im Moment ein Drittel für den Bereich Autobahnen und zwei Drittel für die anderen Bereiche des Straßenbaus. Wir wollen ja weiterhin die Brücken und Landesstraßen in Baden-Württemberg sanieren sowie da und dort auch Umgehungsstraßen bauen. Deswegen brauchen wir auch zukünftig Personal.

Es ist so, dass durch den Umbruch in der Straßenbauverwaltung, grob gesagt, ein Drittel des Personals weggeht. Das fehlt uns ja dann. Ich bin überzeugt, dass wir trotzdem Personal brauchen. Derzeit wissen wir jedoch noch nicht genau, wie viel Personal weggeht und wie das verrechnet wird. Das ist eine der schwierigen Fragen, die zu klären sind. Die Verwaltung ist aber schon dabei, zu planen, wie viel Personal wo tätig ist und was der Bund braucht. Aber da wird es noch einiges Gerangel geben, weil klar ist: Wir geben nicht einfach Personal ab, während der Bund natürlich das beste Personal will. Deswegen müssen wir schon schauen, dass wir uns nicht selbst benachteiligen.

Der Umbau als solcher ist schon ein Problem. Wenn man mich gefragt hätte, ob Investitionshochlauf und Umbau gleichzeitig möglich seien, hätte ich gesagt: Entweder oder. Man kann nicht so viele zusätzliche Mittel umsetzen und gleichzeitig die Struktur völlig ändern. Das weiß jeder. Wenn man beispielsweise seinen eigenen Haushalt umstrukturiert, ist man einige Wochen nicht sehr handlungsfähig. Bei großen Verwaltungen ist das noch schwieriger. Da müssen Menschen umziehen, da geht es um einen neuen Arbeitsplatz, vielleicht sind die Betroffenen sauer, und vielleicht wollen sie nicht mehr richtig. Da entstehen also richtige Umbruchkosten. Das ist problematisch.

Der Bund hat sich jedoch nicht von seinem Vorhaben abhalten lassen. Die Länder haben letztendlich zugestimmt, um die Reform des Bund-Länder-Finanzausgleichs hinzubekommen. Mit dem Ergebnis müssen wir jetzt umgehen. Jetzt besteht die Aufgabe darin, es einigermaßen bruchlos hinzubekommen; denn wenn wir es nicht schaffen, bleiben viele Projekte auf der Strecke, was wir auch nicht wollen.

Präsidentin Muhterem Aras: Es gibt noch zwei Wortmeldungen. – Zunächst Frau Abg. Wehinger.

Abg. Dorothea Wehinger GRÜNE: Herr Minister, vor ein paar Tagen kam ein Besucher zu mir ins Büro und fragte nach E-Mobilität. Er sagte, er sei Besitzer von zwei Elektrofahrzeugen, und ihm fälle jetzt schmerzlich auf, dass in der Stadt, in der er lebt, keine kostenfreien Parkplätze für E-Autos mehr vorhanden seien und dass, wie er gelesen habe, das Land dafür Sorge, dass es eine weitere Fahrspur für Busse, Taxis und E-Autos gebe. Erste Frage: Stimmt das?

(Dorothea Wehinger)

Zweite Frage: Was unternimmt das Land diesbezüglich, also sowohl in Bezug auf die Parkplätze als auch auf die Auflage, eine zusätzliche Fahrspur einzurichten? Wie wird die Bevölkerung in verstärktem Maß dazu aufgefordert oder motiviert, E-Mobile zu kaufen?

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Also, die Elektromobilität wird nicht im Bundesverkehrswegeplan geplant. Darin stehen nur die Infrastrukturprojekte des Bundes im Bereich Schiene, Straße, Wasserstraße des Bundes. Was hingegen auf den Straßen passiert, ist eine andere Frage.

Dann gibt es auch noch die Kommunen. Für Parkplätze und Busspuren sind die Kommunen zuständig. Diese werden somit nicht durch uns, das Land, geplant. Wenn also auf kommunaler Ebene Parkplätze für Elektroautos wegfallen, muss das im Gemeinderat thematisiert werden.

Die Länder und der Bund sind der Meinung, dass man die Elektromobilität auf verschiedene Art und Weise fördern kann. Als eine Möglichkeit – als Anreiz für Elektrofahrzeuge – ist jetzt gesetzlich geregelt: Kommunen können für E-Fahrzeuge Parkplätze freischalten; auch können die Kommunen Busspuren für Elektrofahrzeuge freigeben. Das finden die meisten Länder nicht gut; dennoch hat der Bund es so geregelt. Das ist prinzipiell möglich. Wenn die Kommune das also will, kann sie es tun.

Wir, das Land, fördern die Umrüstung von Bussen auf elektrischen Hybrid mit Programm, und wir fördern übrigens auch die Umrüstung von Taxis, auch mit Programm. So werden sie z. B. in Stuttgart das eine oder andere Elektrotaxi sehen. Das ist garantiert vom Land gefördert – mit inzwischen bis zu 10 000 €.

Präsidentin Muhterem Aras: Jetzt liegt mir noch eine Wortmeldung von Herrn Abg. Katzenstein vor.

Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Vielen Dank. – Herr Minister, Sie haben vorhin einen Ländervergleich bezüglich der Größe der Straßenbauverwaltung herangezogen. Aber wie steht denn unsere Straßenbauverwaltung im Effizienzvergleich mit den anderen Ländern da, wenn man also z. B. fragt, wie viele Mittel pro Mitarbeiter/Mitarbeiterin umgesetzt werden?

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Bei der Effizienz sieht unsere Straßenbauverwaltung natürlich sehr gut aus, weil wir mit vergleichsweise wenig Personal viel mehr umsetzen; pro Kopf, kann man sagen – Wir haben da auch schöne Statistiken. Die bringen wir regelmäßig in den Finanzausschuss, um zu zeigen, dass wir alles tun, um die Effizienz zu steigern, um möglichst viele Mittel umzusetzen. Aber irgendwo hat das seine Grenzen.

Trotzdem haben wir zusammen mit den Regierungspräsidien und den kommunalen Landesverbänden eine Organisations- und Wirtschaftlichkeitsuntersuchung gemacht. Wir haben die Frage formuliert: Was könnte man besser machen? Man kann grob sagen: Man kann die Abläufe zwischen kommunaler Ebene, Landesebene und Regierungspräsidien noch verbessern. Wir haben da ja als Nachlass von Erwin Teufel ein ziemlich kompliziertes Verhältnis, eine sehr dezentrale Straßenbauverwaltung, die nicht leicht zu steuern ist. Da müssen die Steuerungsmöglichkeiten verbessert werden.

Wir müssen auch dafür sorgen, dass neueste Technologien und Methoden des Managements eingesetzt werden. Ich habe mir im letzten Sommer zum ersten Mal eine digitale Baustelle angeschaut. Da wurden mit digitalen Methoden die Walze, die Asphaltierungsmaschine und der Lkw, der gekommen ist, gesteuert, und das Ganze ist „just in time“ abgewickelt worden.

Ich war an der Uni. Dort gibt es inzwischen auch die virtuellen und digitalen Baustellen. Da kann man quasi am Pult eine ganze Baustelle steuern.

Das ist jetzt sicherlich Zukunftsmusik. Aber ich sage voraus, dass wir auch im Bausektor in den nächsten zehn Jahren die digitale Revolution noch erleben werden. Da wird sich noch mancher wundern, wie das plötzlich ganz anders geht.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank, Herr Minister. – Damit haben wir die maximale Zeit von 30 Minuten für die Befragung zu einem Thema genau ausgeschöpft. Deshalb sind wir mit diesem Thema zu Ende. Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Ich rufe das zweite Thema auf, angemeldet von der SPD-Fraktion:

„Z u k u n f t s p l a n J u g e n d “

Ich darf Herrn Abg. Kenner das Wort erteilen. Er wird in das Thema einführen.

Abg. Andreas Kenner SPD: Danke schön. – Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der letzten Legislaturperiode wurde der „Zukunftsplan Jugend“ neu konzipiert, damals unter der Federführung von Frau Ministerin Altpeter und Herrn Professor Rauschenbach, auch mit Ihrer Mitarbeit. 10 Millionen € wurden zusätzlich zur Verfügung gestellt, und die Zahl der Bildungsreferenten wurde von 34,5 auf 56 erhöht. Das ist eine gewaltige Steigerung. Trotzdem war damals – ich war noch nicht dabei; man stellt das fest, wenn man es nachliest – allen Beteiligten klar, dass dies nicht das Ende der Fahnenstange sein wird. Deshalb unterstützen wir auch als Opposition, dass die Erhöhungen stattgefunden haben.

Wer im Sommer bei der Aktion „Jugendarbeit ist Mehrwert“ dabei war, hat gesehen, dass das gut angelegte Geld ist und dass es auch sehr wichtig ist, dieses Geld anzulegen. Es geht auch darum, die außerschulische Bildung besser mit der schulischen Bildung zu verknüpfen. Denn Bildung findet ja bei Weitem nicht nur in der Schule statt.

Nun sind im Rahmen der Haushaltsberatungen noch 2,5 Millionen € bis zur Freigabe durch den Ministerrat gesperrt worden. Die inhaltliche Ausrichtung für die Mittelvergabe ist uns zumindest auch noch nicht ganz klar.

Bei den Haushaltsberatungen im Finanzausschuss wurde dies von unserer Fraktion angesprochen. Herr Minister, ich darf Sie zitieren. Da steht wörtlich: „Der ‚Zukunftsplan Jugend‘ soll in Kürze in die Kabinettsberatungen eingebracht werden, sodass beim Mittelabfluss an die Jugendverbände keinerlei Verzögerungen eintreten können.“

(Andreas Kenner)

Jetzt stelle ich zumindest fest, dass von außen nicht erkennbar ist und war, ob das im Kabinett jetzt beraten und entschieden worden ist. Ganz offensichtlich gibt es jetzt beim Mittelabfluss an die betreffenden Verbände doch Schwierigkeiten, weil diese halt auf das Geld warten.

Nun kommt die ganz konkrete Frage: Wann ist der Termin für den Kabinettsbeschluss zur Aufhebung des Sperrvermerks im Haushaltsplan?

Ich bedanke mich schon im Voraus für die Beantwortung.

Vielen Dank.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Lucha das Wort.

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Kenner, der Beschluss wird aller Voraussicht nach Ende März/Anfang April stattfinden. Wir haben 2,5 Millionen € gesperrt. Wir werden im Jahr 2017 insgesamt 3,04 Millionen € ausschließlich für Vorhaben und Maßnahmen umsetzen. Die Bildungsreferenten sind da außen vor. Wir hatten am 15. Februar eine Lenkungskreissitzung, bei der wir dieses Vorgehen besprochen haben.

Ich habe gedacht, Sie hätten heute die Befragung auch wegen der LoBiN-Mittel machen wollen, weil dafür ja irrtümlicherweise ein Journalist bei der Meldung in der „Südwest Presse“ vom 27. Januar noch eine Vorlage gehabt hat, die er in der Rücksprache nicht mehr aktualisiert hat. Wir haben in der Sitzung vom 15. Februar im Lenkungskreis und mit allen betroffenen Ressorts, auch mit dem FM, und bei unseren eigenen Titeln feststellen können, dass wir genau mit dem Beschluss, den wir fassen wollen, auch die LoBiN-Mittel erfassen. Das können Sie nicht wissen: Unter meiner Vorgängerin gab es ja historisch immer ein bisschen Hakelei zwischen den Jugendverbänden und dem Haus. Das war nicht harmonisch, und die Einsetzung der LoBiN-Projekte hatte sich verzögert. Wir hatten eigentlich einen fristgerechten Stopp Ende des Jahres. Aber die ursprünglich intendierte Laufzeit war damit nicht eingehalten.

Wir haben jetzt unterschiedliche Rückmeldungen erhalten. Manche LoBiN-Träger haben gesagt, für sie sei das abgeschlossen; andere LoBiN-Träger haben gesagt, sie seien gerade in einer guten Dynamik. Das mussten wir gewichten, und das haben wir gewichtet. Es war für uns sehr wichtig, die Rückmeldung aus dem Lenkungskreis zu erhalten, sodass wir in der Sitzung im April beschlossen hatten – wir haben das den Trägern am 3. März auch mitgeteilt, im Übrigen vorher telefonisch, damit sie sich darauf einstellen können –, dass die LoBiN-Projekte in der Laufzeit entkoppelt sind vom kalendrischen Ende, das ursprünglich auf 31. Dezember geplant war, sodass alle Träger, die Interesse an der Weiterführung dieser, sagen wir einmal, unterschiedlichen, aber doch auch sehr interessanten Ansätze haben, die sie uns gezeigt haben, diese Ansätze weiterführen können.

(Beifall des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Präsidentin Muhterem Aras: Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Hinderer.

Abg. Rainer Hinderer SPD: Herr Minister, zunächst vielen Dank für die Antwort. Natürlich haben wir die LoBiN-Projekte auf dem Schirm, und Sie haben sie jetzt bereits angesprochen. Habe ich es richtig verstanden, dass alle Projekte, die jetzt auslaufen und die jetzt erfolgreich laufen, nun von Ihnen schon eine Zusage haben, dass sie weiter gefördert werden? Vielleicht können Sie uns auch sagen: Welche Strategie gibt es, dass es zukünftig – Sie haben ja gesagt, dass es in der Vergangenheit immer etwas holprig war – nicht mehr holpert und dass dann die Träger und die Verbände auch davon ausgehen können, dass, wenn Projekte auslaufen, diese dann auch fristgerecht weiter gefördert werden?

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Lieber Herr Kollege Hinderer, herzlichen Dank für diese Nachfrage. – In der Tat werden wir die Projekte, bei denen Interesse an einer Weiterführung besteht, weiter fördern. Wir haben am 15. Februar im Lenkungskreis mit den verantwortlichen Vertretern der Jugendverbände, der Körperschaften und der Kolleginnen und Kollegen aus den Ministerien Folgendes festgelegt:

Wir haben zum einen eine Struktur- und Verfahrensdimension festgelegt, dass wir in Zukunft eine Lenkungsgruppe für Strategie, Steuerung und Umsetzung beibehalten. Sie wird ein- bis zweimal, aufgrund der Besonderheit dieses Jahres vielleicht auch dreimal tagen. Besetzt ist diese Lenkungsgruppe unter der Sitzungsleitung des Sozialministeriums mit Vertretern des Staatsministeriums, des Finanzministeriums, des Kultusministeriums und des Ministeriums für Ländlichen Raum sowie aller beteiligten Landesorganisationen – der KJA und JSA so wie bisher und neu KVJS und Landesjugendamt.

Arbeitsgruppen werden wir punktuell themenbezogen und zeitlich begrenzt einrichten. Die wissenschaftliche Begleitung werden wir nicht mehr generell am gesamten ZPJ-Prozess, sondern an punktuellen und themenbezogenen Gebieten festmachen. Die Einzelheiten hierzu werden jetzt in den Steuerungen festgelegt.

Dann zur inhaltlichen Ebene: Generell haben wir uns alle auf mehr Effizienz und Übersichtlichkeit sowie einen stärkeren Praxisbezug verständigt. Ich glaube, dass in der Vergangenheit gerade auch das sogenannte Rauschenbach-Gutachten – das kennen Sie – ein wichtiger Impuls war. Aber wie es so oft ist: Wenn Sie wissenschaftliche Aufgaben bearbeiten lassen, passiert etwas, was wir jetzt auch ein bisschen festgestellt haben. Wir haben im Prinzip den 15. Untersuchungsauftrag noch nicht wirklich abgearbeitet, und der 23. wurde schon ins Orbital geschickt.

Wir haben gesagt: Wir arbeiten jetzt so, dass wir die Erkenntnisse, die wir haben, aufarbeiten und umsetzen. Das ist – Herr Hinderer erinnert sich – eine gemeinsame Absicht; darauf haben wir uns verständigt. Also: mehr Effizienz, Übersichtlichkeit und ein stärkerer Praxisbezug.

Dann: Fortsetzung und Ausbau der Dialogprozesse.

Dann neu: Gesellschaftlichen Entwicklungen wird gezielt begegnet. Dazu gehören die Bewältigung von Integrationsaufgaben, das Erhalten von Freiräumen für informelles Lernen und nonformale Bildungsinstitutionen sowie die Frage der Erreichbarkeit bisher nicht erreichbarer und nicht durch Fakten

(Minister Manfred Lucha)

erreichbarer Jugendlicher im postfaktischen Zeitalter. Letztendlich ist dies auch eng verknüpft mit dem Thema „Demokratie lernen“.

Dann die fachliche Weiterentwicklung. Dies ist ein Eckpunkt der Verbände. Hier werden wir für die nächste Sitzung eine Präzisierung erhalten.

Die Nachhaltigkeit bei Projektentwicklung und -förderung wird stärker in den Blick genommen. Das ist das, was Sie, Herr Hinderer, angesprochen haben, nämlich dass wir überlegen, welche Ergebnisse wir für welchen Zeitraum erwarten.

Sie kennen – das sage ich auch zu CDU und FDP/DVP – aus der wirklich erfolgreichen gemeinsamen Sozial-, Gesundheits- und Gesellschaftspolitik – in den letzten fünf Jahren gab es da wenig Dissens, nicht nur in der Enquete, sondern auch in anderen Fragen – den Fluch der guten Tat. Dies bedeutet, dass man mit limitierenden Faktoren zu tun hat, wenn man ein gutes Projekt hat, bei dem man Impulse will. Das ist unsere Aufgabe. Denn wir sind ja für gar nicht viele Regeln verantwortlich. Vielmehr sollen wir Infrastrukturen auf den Weg bringen und die Kräfte, die es gibt, stärken.

Wir werden so vorgehen, dass nicht immer gleich Brüche entstehen, sondern dass die Anschlussfähigkeit besser gewährleistet ist mit Blick darauf, was am Tag danach kommt.

Sie kennen es aus den vielen Impulsprogrammen – nicht nur aus dem „Zukunftsplan Jugend“ –, dass Gutes von allein weitergeht. Manches hat einen Erkenntniswert; das geht dann nicht in derselben, aber in anderer Form weiter.

In der sozialen Arbeit, in der Jugendarbeit, in der gesellschaftspolitischen Arbeit ist es immer so: In Projekten sind es freie Valenzen, nicht immer feste Beschäftigungsverhältnisse. Ich glaube, keiner von uns hat da bisher den Stein der Weisen gefunden. Aber in Bezug auf die Bildungsreferenten und mit der Gesamtsumme an Mitteln, die wir für Projekte ausloben – in diesem Jahr 2,5 Millionen € bis hin zu den 10 Millionen €, die Herr Kenner genannt hat –, geben wir eine Stabilität. Die Leute können für die nächsten fünf Jahren damit rechnen, dass in der Umsetzung des „Zukunftsplans Jugend“ als „Masterplan Jugend“ diese Dimension gestaltet wird.

Wir haben uns außerdem auf ein effizientes, ressourcenschonendes und passgenaues Berichtswesen verständigt. Auch das ist uns wichtig. Wir wollen keine Überbürokratisierung. Und wir wollen für beide Seiten finanzielle Transparenz, und zwar von den Trägern zu uns und von uns zu den Trägern, damit jeder weiß, womit er rechnen muss und auf was er sich verlassen kann. Da hatte ich den Eindruck, dass der Lenkungsprozess sehr konstruktiv und kooperativ ist. Wie gesagt, die Hinweise aus diesem Kreis auf LoBiN waren so und so. Das zeigt schon, dass wir so „fehlerfreudig“ steuern wollen, dass wir nachsteuern können. Das ist unser Ziel.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank.

Es gibt weitere Nachfragen. – Herr Abg. Kenner, bitte.

Abg. Andreas Kenner SPD: Vielen Dank, Herr Minister. – Es ist nicht mehr viel an Fragen übrig geblieben. Aber eine Frage darf ich noch stellen. Ich glaube, diesbezüglich ist es allen so ergangen, die mit den Jugendverbänden zu tun haben.

Da ist die spannende Frage, wie in Zukunft die Referentenstellen unter den Verbänden aufgeteilt werden. Denn die haben das ja seither mehr oder weniger freihändig gemacht. Gibt es da eine neue Idee?

Dann zu etwas, was uns auch wichtig ist: Wie bauen wir Tarifierhöhungen, die ja fortlaufend stattfinden, in die Förderung ein? Das kennt ja auch jeder Kommunalpolitiker, dass man die Zuschüsse jahrelang nicht erhöht und dann immer sagt: „Wir haben ja nicht gekürzt.“ Aber die Kosten laufen ja weiter. Gibt es da ein System?

Sie haben auch von holprigen Prozessen gesprochen. Gibt es eine Idee, um in Zukunft permanent im Dialog zu sein und solche Reibungsverluste zu vermeiden?

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Generell darf ich sagen, dass es mehr Dialogisches, Tetralogisches und Multilogisches als mit unseren Freundinnen und Freunden von der Jugendfamilie gar nicht gibt. Aber vielleicht ist das auch die Genesis der Sache. Ihre Kolleginnen und Kollegen wissen selbst, wie „Alarmisierungen“ laufen und wie Aufregung erzeugt wird.

Wir haben jetzt einfach einmal gesagt: Wir arbeiten unterhalb der Schwelle von „Alarmisierung“ und Aufregung. Ich glaube, das gelingt uns ganz gut.

Zur Genesis der Jugend gehört ein bisschen auch das Quirlige und das Rabatzmachen. Das halten wir gut aus.

Sie haben in der Tat ein paar gute Fragen gestellt, Herr Kenner. Bei den Förderungen der sozialpsychiatrischen Dienste und der Suchthilfe haben wir immer das Problem, dass wir die Tarifsteigerungen nie passgenau abbilden. Das ist eine Frage, die uns gemeinsam mit der Finanzministerin bewegt. Sie hat aber auch schon Herrn Schmid bewegt. Diese Frage bewegt uns immer.

Wir haben es jetzt – denken Sie daran, Kollegin Wölfle; ich blicke aber auch meine Staatssekretärin an – bei den Beratungsstellen für Konfliktberatung geschafft, diesen Gap zu schließen. Wir sind sehr froh, dass wir da einmal ein deutliches Signal an die Träger – an pro familia und andere – richten konnten. So schauen wir uns alles systematisch an.

Zu den Bildungsreferenten: Wir haben heute über den Maßnahmenteil, den Projektteil des ZPJ gesprochen. Zum Bildungsreferententeil – Kollege Hinderer schmunzelt – habe ich ja das Jahr des Friedens ausgerufen, indem wir jetzt auch Mittel erhöht haben, damit wir Bildungsreferenten, die vorher nicht in diesem alten Pool waren, finanzieren können.

Es ist natürlich so: Wenn man limitierte Ressourcen hat – die haben wir –, kann man nicht alles on top machen. Also muss man priorisieren, muss man Aufgabenbezogenheit praktizieren. Ein paar Beispiele habe ich genannt: neue Aufgaben, neue Fragestellungen, Demokratie, dann der ganze Umgang mit den Ämtern, Generationen von nicht abgeholten Jugendlichen, die ursprünglich einmal aus der ehemaligen Sowjetunion und von anderswo kamen. Solche Punkte schauen wir uns genau an. Dazu gehört natürlich auch die geschlechtsspezifische Jugendarbeit. Wir haben aber das Gefühl, dass die, die das aktiv als Bildungsreferenten mitgestalten, sich auch bewegen. Sie präzisieren ihre Aufgabenwahrnehmung auch und fragen

(Minister Manfred Lucha)

sich, was zu ihren vielfältigen Aufgaben gehört – vom Zeltlager bis zur Schulung der Jugendleiter.

Seit Jahr und Tag schauen wir uns das im Sommer an. Das sind eigentlich die schönsten Tage, die wir in unserem Vor-Ort-Geschäft haben. Das werden wir in dieser Vielfältigkeit begleiten, immer wohl wissend: Wenn es Ressourcenkonkurrenz gibt, gibt es auch einmal jemanden, der nicht ganz so zufrieden ist wie jemand anders.

Präsidentin Muhterem Aras: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. – Ich danke Ihnen, Herr Minister.

Damit ist Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes – Drucksache 16/1666

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 16/1727

Berichterstatter: Abg. Dr. Stefan Scheffold

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich das Wort für die Fraktion GRÜNE Herrn Abg. Sckerl.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir möchten heute mit der Zweiten Beratung das Gesetz zur Neuregelung der Altersversorgung von Abgeordneten vom 10. Februar 2017 endgültig aufheben – ein sicherlich ungewöhnlicher Vorgang für ein Parlament, wenige Tage nach der Beschlussfassung. Aber wir alle wissen, welche Diskussionen, welche aufgeregten, erregten Diskussionen es in der baden-württembergischen Öffentlichkeit gegeben hat.

Wir haben vor 14 Tagen hier in diesem Haus gesagt, wir sagen zu, das Gesetz aufzuheben. Wir haben uns für den Inhalt und vor allem für die Schnelligkeit des Gesetzgebungsverfahrens bei der Bürgerschaft entschuldigt. Das meinen wir ernst, auch heute, und wir ziehen deshalb die notwendigen Konsequenzen aus der breiten Kritik, die es gegeben hat. Viele Menschen haben sich gemeldet, und auch viele Verbände haben sich gemeldet. Die Schlussberatungen des Haushalts 2017 waren einfach keine geeigneten Umstände für diese Beratung.

Ich hoffe, dass die schnelle Aufhebung des Gesetzes uns dabei helfen wird, durch diesen Vorgang verloren gegangene Glaubwürdigkeit – dies ist mit Sicherheit so eingetreten – ein Stück weit zurückzugewinnen zu können. Das ist eine gemeinsame Aufgabe von uns hier im Landtag, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Inzwischen werden bereits die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass eine unabhängige Expertenkommission – dies war

der Wunsch der vier Fraktionen, die einen entsprechenden Antrag eingebracht haben – eingesetzt werden kann. Diese Kommission – das ist ein sehr ernst gemeintes Anliegen meiner Fraktion, aber auch der anderen Fraktionen – soll dann in Ruhe klären, welche Altersversorgung für Landtagsabgeordnete heute angemessen und zeitgemäß ist.

Frau Präsidentin, Sie haben dankenswerterweise zugesagt, uns dazu in Bälde einen Vorschlag zu unterbreiten und vor allem das Verfahren auch zu begleiten.

Für uns gilt jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass das weitere Verfahren sehr gründlich und mit der dafür notwendigen Zeit vorstangeht. Die baden-württembergische Bürgergesellschaft wird weiter aufmerksam daran teilnehmen. Das sehen wir daran, dass aus der Bürgerschaft bereits Vorschläge für die Besetzung dieser Kommission eingehen, und zwar nicht wenige. Bürgerinnen und Bürger machen sich offenbar Gedanken, wie man dies gut erledigen kann. Für diese sehr konstruktiven Beiträge aus der Bürgerschaft möchte ich mich namens meiner Fraktion sehr herzlich bedanken.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Das ist ein gutes Zeichen. Weitere Vorschläge sind selbstverständlich willkommen.

Wir betonen es nochmals: Diese Kommission wird sowohl in ihrer Zusammensetzung als auch in ihrer Tätigkeit unabhängig sein. Sie soll transparent arbeiten, sie soll auch die Bürgerschaft, z. B. im Rahmen von Anhörungen, an diesem Verfahren beteiligen. Insofern soll all das, was wir in der ersten Runde leider falsch gemacht haben, in der zweiten Runde nun mit der notwendigen Zeit nachgeholt werden.

Vor einem können und werden wir uns jedoch nicht drücken, liebe Kolleginnen und Kollegen: Zum Schluss entscheidet der Landtag. Denn die Verfassung und das Bundesverfassungsgericht wollen nun einmal, dass Abgeordnete über ihre Angelegenheiten selbst entscheiden. Dieser Verantwortung werden wir uns ganz sicher nicht entziehen.

Was am Anfang falsch gelaufen ist, soll jetzt also anders werden. Das ist unser ernst gemeintes Versprechen. Wir brauchen eine offene, eine öffentliche, eine ehrliche Debatte über die Wertigkeit von Abgeordneten, über die Bedeutung des Parlaments und über die zeitgemäße Ausstattung dieser Tätigkeit. Dabei dürfen wir uns selbst nicht verstecken, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die Sache hat auch ein Gutes: Unsere viel gescholtene Demokratie ist sehr wohl in der Lage, Fehlentwicklungen zu stoppen. Das sieht man an diesem recht beispiellosen Vorgang, dem wir uns jetzt gern fügen, sehr deutlich. Die Proteste der Bürgerschaft haben uns dabei geholfen, einen politischen Fehler rasch zu korrigieren. Das demokratische System ist intakt, meine Damen und Herren. Das ist eine der guten Nachrichten aus diesem Vorgang.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Lassen Sie uns also die notwendige Diskussion und Arbeit in den nächsten Monaten ausführen. Die Bedeutung der Arbeit

(Hans-Ulrich Sckerl)

eines unabhängigen Parlaments ist es wert, das zu tun. Wir sind gespannt auf die Ergebnisse, die uns eine Kommission vorlegen wird.

Dem vorgelegten Gesetzentwurf stimmt meine Fraktion selbstredend zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Razavi das Wort.

Abg. Nicole Razavi CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dieser Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs machen wir heute den Weg für die Berufung einer Expertenkommission frei, die sich ausführlich mit der Altersversorgung von uns Abgeordneten beschäftigen wird.

Wir wollen damit dreierlei erreichen: erstens eine möglichst objektive und ehrliche Analyse der jetzigen Situation, zweitens eine transparente Diskussion darüber und drittens Vorschläge, wie eine angemessene Alterssicherung für Abgeordnete in Baden-Württemberg aussehen soll.

Das Ziel dabei ist klar: Wir wollen eine Regelung finden, die der Verantwortung und der institutionellen Bedeutung von Abgeordneten und Mandat in unserer parlamentarischen Demokratie gerecht wird und die Unabhängigkeit des Mandats sichert.

(Beifall der Abg. Winfried Mack, Norbert Beck und Klaus Burger CDU)

Sie soll aber zugleich die öffentliche Akzeptanz finden, die es in dieser sensiblen Frage braucht. Über die Besetzung der Expertenkommission soll das Präsidium auf Vorschlag der Landtagspräsidentin entscheiden.

Wichtig ist uns, dass die Kommission aus unabhängigen und fachlich renommierten Persönlichkeiten besteht und Verbände und Sachverständige anhört. Nach öffentlicher und ergebnisoffener Beratung wird die Kommission ihre Empfehlungen abgeben.

Die Entscheidung, verehrte Kolleginnen und Kollegen, am Ende dieser Diskussion und dieses Dialogprozesses wird der Landtag treffen. So will es die Verfassung. Das ist zugegebenermaßen der schwierige Auftrag unseres freien Mandats.

Ich möchte betonen: Wir haben diesen besonderen Verfassungsauftrag auch in der Vergangenheit sorgfältig und verantwortungsvoll wahrgenommen. Dass wir dies der Öffentlichkeit nicht ausreichend vermittelt und erklärt haben, war unser Fehler. Wir hätten früher und deutlicher öffentlich darüber reden müssen, was uns bewegt und was uns zur Änderung der früheren Regelungen veranlasst hat. Vielleicht wäre der Weg über eine Kommission von vornherein der bessere gewesen.

Es war immer klar: Nach zehn Jahren wird die Parlamentsreform von 2008 evaluiert. Wir haben fraktionsübergreifend lange und intensiv beraten, um die Auswirkungen fundiert zu bewerten. Als selbst Betroffene und nach vielen Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen weiß ich, dass die Auswirkungen für viele von uns gravierend sind: für die, die 2006 bzw. 2003 in den Landtag kamen und sozusagen rückabgewickelt wur-

den; für die, die nach zehn Jahren im Parlament deutlich weniger Rente beziehen als in ihrem eigentlichen Beruf; für die neuen Kollegen mit einem Rentenvertrag über gerade mal 200 € in fünf Jahren – nicht als zusätzliche Säule, sondern als alleinige Säule der Altersversorgung – und für die Kollegen, die nicht mehr gewählt wurden und Mitte fünfzig ohne Beruf und mit geringer Alterssicherung auf der Straße stehen, weil es eben nicht so ist, dass Abgeordneten nach ihrem Ausscheiden alle Türen offenstehen.

Es muss die Frage gestellt werden, ob die Unabhängigkeit des Mandats unter diesen Bedingungen gewährleistet ist und ob Handlungsbedarf besteht. Denn ein Landtagsmandat ist ein Mandat auf Zeit und schafft ganz spezifische und erwerbsbiografische Risiken und Unsicherheiten: das Abwahlrisiko alle fünf Jahre, das viele so schmerzhaft zu spüren bekommen haben; das Finanzierungsrisiko des Wahlkampfs; aber auch Unvereinbarkeitsregelungen, die dafür sorgen, dass viele ihre angestammte berufliche Laufbahn aufgeben müssen, wenn sie ein Mandat antreten. Das gilt für Bürgermeister und Landräte, aber auch für alle anderen Beamten, für Führungskräfte von Sparkassen und von Unikliniken. Auch aus diesen Übergängen dürfen Abgeordnete bei ihrer Alterssicherung keine Nachteile entstehen.

Ein starkes und erfolgreiches Land braucht kompetente, fleißige, erfahrene, tatkräftige und ideenreiche Parlamentarier. Deshalb muss das Mandat in diesem Landtag auch in Zukunft für kluge Köpfe aus allen Branchen und allen Schichten der Gesellschaft attraktiv bleiben,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der SPD)

das heißt, vom Arbeiter bis zum leitenden Angestellten und zur Hausfrau, vom selbstständigen Handwerker und Unternehmer bis zum Beamten und Bürgermeister – für gute Leute, die mit guten Entscheidungen dieses Land voranbringen. All das muss die Altersversorgung von Abgeordneten angemessen abbilden.

Manches, was in den letzten Wochen und Monaten geschrieben und gesagt wurde, hat viele von uns, die wie ich mit großer Leidenschaft ganz Abgeordnete sind, ins Mark getroffen, weil das auch etwas über den Stellenwert der Parlamentarier in unserer Gesellschaft aussagt, in der die Demokratie – man muss eigentlich fast schon sagen: glücklicherweise – schon als selbstverständlich angesehen wird.

Aber auch hier dürfen wir uns nicht beleidigt zurückziehen und wegducken, sondern müssen die richtigen Schlüsse ziehen. Unsere parlamentarische Demokratie mit unabhängigen und engagierten Parlamentariern ist eine große Errungenschaft von unschätzbarem Wert. Wir müssen uns aber – das muss die Lehre aus der ganzen Diskussion sein – mehr anstrengen, dies den Menschen wieder bewusst zu machen.

Ich freue mich auch deshalb auf die Arbeit der Kommission. Ich setze Vertrauen in die Arbeit dieser Kommission. Sie gibt uns nämlich auch die Chance, für den Wert unserer Arbeit als Parlamentarier und damit für die Demokratie zu werben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Das Wort für die AfD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Klos.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk übernimmt die Sitzungsleitung. – Abg. Rüdiger Klos AfD schaut zum Präsidenten.)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: „Herr Präsident!“

(Heiterkeit)

Abg. Rüdiger Klos AfD: Genau. Die falsche Anrede wäre jetzt ein böser Fehler gewesen.

Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die AfD hat die Änderungen zum Abgeordnetengesetz von vornherein abgelehnt. Wir haben Sie aufgefordert, alle drei Komponenten komplett zurückzuziehen. Ich darf die drei Komponenten noch einmal erwähnen. Komponente 1: Erhöhung der Pauschale für die Mitarbeiter, nahezu eine Verdopplung. Komponente 2: Erhöhung der steuerfreien Kostenpauschale um 40 %. Komponente 3: Änderung bei den Vorsorgebeiträgen.

Es ist schön, dass Sie die letztgenannte Änderung jetzt zurückziehen. Wir stimmen dem natürlich zu. Insofern kommen Sie unserer Forderung nach. Wir haben auch im Ständigen Ausschuss der Rücknahme zugestimmt.

Ich kann Ihnen aber eines wirklich nicht ersparen: Die Argumentation ist, es sei praktisch unmöglich, privat vorzusorgen. Dann dürfen wir als Abgeordnete uns nichts genehmigen, was für die normale Bevölkerung nicht möglich ist.

(Beifall bei der AfD)

Gehen Sie mal nach Mannheim, nach Mannheim-Nord, Sandhofen, Schönau, Vogelstang.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Reden Sie mal mit den Menschen. Die haben mich alle darauf angesprochen. Ich habe ihnen gesagt, was da gemacht werden soll, und die haben gesagt, sie hätten das auch gern.

(Zuruf von der AfD: Genau!)

Also bitte: Keine Sonderregelung für uns Abgeordnete. Wenn die Menschen, die wir vertreten, aufgrund der Tatsache, dass Mario Draghi den Zins als Regulativ aus dem Markt genommen hat, keine private Altersvorsorge vernünftig aufbauen können, dann gilt das auch für uns.

(Beifall bei der AfD)

Die von uns vertretenen Menschen hätten auch gern die Möglichkeit, es so zu machen wie wir. Wenn das aber nicht geht, dann müssen wir uns an das halten, was vor der Wahl versprochen wurde. Ich bin die Wahlprogramme der lieben Konkurrenz durchgegangen. Nirgendwo steht, dass Sie vorhatten, Änderungen am Abgeordnetengesetz vorzunehmen. Sagen Sie so etwas den Leuten vor der Wahl, dann bekommen Sie auch die entsprechende Quittung, und dann wissen die Menschen auch: „Ja, die erzählen uns vor der Wahl, was sie nachher machen wollen.“

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Vielleicht stand es in den Nebenabsprachen!)

Zu den Komponenten, die Sie unverändert lassen wollen. Meine Damen und Herren, die AfD fordert weiterhin auch die Rücknahme dieser anderen Komponenten. Ich sage Ihnen auch, warum.

(Abg. Georg Nelius SPD: Wo ist Ihr Wahlkreisbüro? Sie können darauf verzichten!)

Ich habe gehört, dass hier die Ansprüche wachsen. Das ist hochinteressant. Denn wer sind denn diese Personen, die eine solche Verdopplung der Mittel für die Mitarbeiter brauchen? Das sind die Abgeordneten des Landtags. Die Frau Staatssekretärin – sie ist leider nicht mehr da – hat vorhin angesprochen, wir hätten uns darüber beschwert, dass hier das Kürzel „BRD“ benutzt wurde.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Lauter!)

Im Bundestag gab es dafür früher Ordnungsrufe. Ich muss Ihnen einmal etwas vorlesen. Warum gab es Ordnungsrufe? Herr Präsident, ich darf zitieren.

(Zuruf: Was hat das damit zu tun?)

– Was das damit zu tun hat, sage ich Ihnen gleich. Hier wird vom Niveau der Abgeordneten gesprochen. Ich muss Ihnen sagen – Hören Sie erst einmal zu:

Denn diese drei Buchstaben sind ... eine „kommunistische Agitationsformel“, dazu bestimmt, das Wort Deutschland aus dem Sprachgebrauch der Deutschen zu verdrängen und damit letztlich die „geschichtliche Identität“ der Nation zu vernichten.

Das sagte Ministerpräsident Filbinger hier in diesem Haus.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Siebzigerjahre!)

Ich muss Ihnen wirklich sagen: Wohin sind Sie geraten? Wenn das das Niveau ist und diese Unterstützung benötigt wird, dann brauchen Sie nicht 10 400 €, dann brauchen Sie 104 000 € im Monat, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Abg. Sabine Wölfl SPD: Wo ist denn der Zusammenhang?)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD – Zuruf: So ein Blödsinn!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Gall.

Abg. Reinhold Gall SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Manchmal ist es in der Tat schwer – dann brauche ich immer einige Zeit; das will ich gern zugeben –, darüber nachzudenken, was der Vorredner – leider spricht die AfD-Fraktion vor der SPD – eigentlich inhaltlich sagen wollte.

(Zuruf von den Grünen: Gar nichts! – Abg. Anton Baron AfD: Dass die SPD nicht alles versteht, ist mir klar!)

(Reinhold Gall)

Ich muss wirklich sagen, Herr Klos, auch bei Ihren Ausführungen gerade konnte ich das nicht nachvollziehen, weil das, was Sie zum Schluss geäußert haben, mit dem Inhalt des Gesetzes null Komma null zu tun hat.

(Beifall bei der SPD, den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Nicole Razavi CDU: Richtig!)

Meine Damen und Herren, wie schon in der ersten Lesung des Gesetzentwurfs von den Vorsitzenden der antragstellenden Fraktionen zum Ausdruck gebracht, machen auch wir heute deutlich, dass es ein Fehler gewesen ist, dieses Abgeordnetengesetz – jedenfalls was den Teil der Altersversorgung anlangt –

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

unter dem Druck der Verabschiedung des Haushalts 2017 zu verabschieden.

(Abg. Anton Baron AfD: Bis zur Bundestagswahl!)

Ich will aber ausdrücklich nochmals wiederholen: Es war insofern trotzdem kein Hauruckverfahren, weil wir monate-

(Abg. Nicole Razavi CDU: Jahre!)

um nicht zu sagen jahrelang darüber diskutiert haben. Es war in der Tat auch so, dass jedenfalls interessierte Kreise der Medien darüber Bescheid wussten, dass dies diskutiert und erörtert wird. Ohne Zweifel war es aber ein Fehler, dies dann noch in die Haushaltsberatungen zu pressen. Das will ich heute auch ausdrücklich für die SPD-Fraktion noch einmal bestätigen.

Im Nachgang haben wir allesamt heftige Kritik erfahren.

(Abg. Anton Baron AfD: Zu Recht!)

Wir haben auch die Erfahrung gemacht, dass aufgrund der Art und Weise, wie Kritik geäußert wurde, wie Sachverhalte nicht richtig – manchmal sogar falsch – transportiert worden sind,

(Abg. Anton Baron AfD: Fake-News!)

eine sachliche Diskussion und Auseinandersetzung schlechterdings überhaupt nicht mehr möglich war. Deshalb war es konsequent und richtig, jetzt diesen Teil des Gesetzes zurückzuziehen und zu versuchen, mit der Expertenkommission die Basis dafür zu schaffen, dass dann, wenn das Ergebnis vorliegt, sachlicher, selbstverständlich auch transparent und öffentlich diskutiert werden kann, wengleich auch diese Diskussionen – das ist mir heute schon klar – schwierig bzw. nicht einfach werden.

Ich habe gesagt, es gab auch Auseinandersetzungen, Veröffentlichungen und veröffentlichte Meinungen, die schlicht und ergreifend eine sachliche Diskussion nicht mehr ermöglicht haben. Ich lege hier schon auch Wert darauf, das, was die Kollegin Razavi angesprochen hat, noch einmal zu bekräftigen. Es ist richtig – alles andere wäre nicht verfassungskonform –, dass wir uns selbst mit diesem Thema beschäftigen, dass wir Themen wie die Diäten, die Altersversorgung und die sonstigen Regelungen, die mit unserer Tätigkeit zusammenhängen,

nicht an jemand anderen delegieren können. Das schreibt das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich vor. Ich will aus dem Diätenurteil wörtlich zitieren:

In einer parlamentarischen Demokratie lässt es sich nicht vermeiden, dass das Parlament in eigener Sache entscheidet,

– so ist das nun mal –

wenn es um die Festsetzung der Höhe und die nähere Ausgestaltung der mit dem Abgeordnetenstatus verbundenen finanziellen Regelungen geht.

Dazu gehört auch die Ausstattung mit Mitarbeitern und Sachmitteln. Das müssen wir schlicht und ergreifend selbst regeln. Das kann uns niemand abnehmen.

Was man uns wirklich abnehmen kann – ich habe davon gesprochen –, ist, eine Basis zu schaffen, um dies dann einer sachlichen Erörterung zu unterziehen. Deshalb unterstützen wir ausdrücklich diese Expertenkommission.

Von uns richte ich ausdrücklich an die Frau Präsidentin – stellvertretend gerichtet an ihren Stellvertreter – den Hinweis: Unser Fraktion wird selbst keine Vorschläge machen, wer in dieser Expertenkommission tätig werden soll. Dies überlassen wir der Präsidentin, deren Aufgabe es ist, die Rechte und die Würde des Parlaments zu bewahren. Es geht letztendlich schon auch um die Würde des Parlaments, wie darüber diskutiert und entschieden wird. Das betrifft im Übrigen auch die Ausgestaltung des Kernauftrags, der im Gesetz formuliert ist.

Ich will ehrlich sagen: Ich bin auf das Ergebnis dieser Kommission gespannt. Ich bin gespannt, welche Antworten sie uns geben wird – aber auch die Öffentlichkeit bitte ich, dies auch entsprechend zur Kenntnis zu nehmen –, beispielsweise in der Frage, ob die Vorgabe des Begriffs „Angemessenheit“ tatsächlich nur die Mandatszeit eines Abgeordneten betrifft oder auch die Zeit nach dem Mandat. Das ist dann für uns die Grundlage für eine erneute Diskussion.

Wir werden nicht – wie Sie, Herr Rülke, es angekündigt haben – nach dem Motto verfahren: „Das Ergebnis der Expertenkommission interessiert uns gar nicht.“ Uns interessiert es schon, weil wir verfassungskonform handeln wollen. Das wird dann in der Tat die Möglichkeit sein, eventuell eine neue Festlegung zu treffen.

Ich wiederhole es noch einmal: Ich habe ausdrücklich die Hoffnung, dass dies dann auch sachlicher geschehen kann. Ich finde nicht in Ordnung – das darf bei aller Kritik, die wir erfahren haben, geäußert werden –, was gelegentlich transportiert worden ist, beispielsweise wenn die steuerfreie Aufwandsentschädigung – ich habe die Zahlen für mich transparent gemacht, was Miete, Büro und Ähnliches anlangt – schlicht und ergreifend in Tagegeld umgerechnet wird nach dem Motto „Das kann man dann jeden Tag auch so ausgeben, wie man es für lustig und launig hält“,

(Zuruf von der AfD: So wie Herr Schulz!)

oder wenn selbst ein Verwaltungswissenschaftler diese Aufwandspauschale einmal ganz locker zu den Diäten hinzurechnet und somit den Eindruck erweckt, dass in Baden-Württemberg

(Reinhold Gall)

berg Diäten gezahlt würden, die schlicht und ergreifend mit der Lebenswirklichkeit nichts zu tun haben.

Hier baue ich darauf, dass die Expertenkommission uns die Möglichkeit gibt, dies sachlich, vernünftig, ruhig, transparent, offen und unter Beteiligung der Bürgerschaft entsprechend zu diskutieren. Deshalb unterstützen wir dieses Gesetz, das wir heute in der zweiten Lesung beraten.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Bravo!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Landtag von Baden-Württemberg hat im Jahr 2008 beschlossen, die beamtenähnlichen Staatsrenten für Abgeordnete aufzugeben und den Abgeordneten – ähnlich wie auch die Bürgerinnen und Bürger des Landes vorsorgen müssen – eine Art von privater Altersvorsorge aufzuerlegen. Damals hat man argumentiert, man nähere sich der Lebenswirklichkeit der Menschen in diesem Land an.

Wir halten das nach wie vor für den richtigen Weg. Es ist aus unserer Sicht richtig, dass, wenn Politiker den Bürgern im Land immer erzählen: „Wenn die Altersvorsorge nicht reicht, dann müsst ihr privat vorsorgen“, dies auch für die Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg gelten muss.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Abg. Nicole Razavi CDU: Bei uns ist es doch ausschließlich!)

– Es ist nicht ausschließlich, Frau Kollegin Razavi.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Doch! Ausschließlich!)

Es hindert Sie niemand daran, aus Ihren Diäten, aus dem versteuerten erwirtschafteten Einkommen zusätzlich Altersvorsorge zu betreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig! – Abg. Nicole Razavi CDU: Das geht doch nicht!)

– Selbstverständlich geht das.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Falsch!)

Gibt es vielleicht ein Gesetz, das Sie daran hindert, eine zusätzliche Altersvorsorge anzulegen? Das ist doch Quatsch, was Sie hier erzählen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Was? Sie haben keine Ahnung! – Gegenruf des Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD)

Das ist das, was wir den Menschen im Land auferlegen, und genau das ist auch für die Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg möglich.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ich rate Ihnen, sich im Detail damit zu beschäftigen!)

Aus diesem Grund haben wir das Gesetz, das die Grünen, die CDU und die SPD im Februar in den Landtag eingebracht ha-

ben, abgelehnt, und aus demselben Grund stimmen wir natürlich am heutigen Tag dem Aufhebungsgesetz zu. Ich bin auch dankbar, dass in meiner Fraktion alle gesagt haben: Wenn es ein Wahlrecht gibt, dann wollen wir von diesem Wahlrecht nicht in dem Sinn Gebrauch machen, dass wir dann die staatliche Altersversorgung für uns in Anspruch nehmen.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Aber die steuerfreie Pauschale einpacken!)

– Zu der steuerfreien Pauschale sage ich gleich noch etwas. Im Übrigen haben Sie da ja auch zugestimmt, oder nicht?

(Lachen bei der FDP/DVP und der AfD – Vereinzelt Beifall)

Es ist manchmal schon eigenartig. Herr Kollege Rösler, Sie haben offensichtlich nur dann eine Ahnung, worum es hier geht, wenn da ein Biber steht. Ansonsten sind Sie offensichtlich auf einem völlig falschen Planeten.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Unglaublich! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Jetzt geht es um die Frage einer Kommission. Herr Kollege Gall, Sie haben behauptet, es interessiere uns nicht, was bei dieser Kommission herauskommt. Ich habe in der ersten Lesung dieses Gesetzentwurfs schon einmal deutlich gesagt: Wir stimmen der Einrichtung dieser Kommission zu. Wir halten es allerdings auch so wie die SPD-Fraktion, dass wir keine eigenen Vorschläge zur Besetzung machen. Wir vertrauen auf die Vorschläge der Präsidentin; wenn andere Fraktionen sich solche Vorschläge zutrauen, sollen sie es bitte tun.

Aber uns interessiert natürlich, was dabei herauskommt. Wir sind auch vom Ergebnis her nicht festgelegt, was dabei herauskommt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Nur in einem sind wir allerdings festgelegt – um das klarzustellen –: Meine Fraktion wird einer Rückkehr zu einer beamtenähnlichen, staatlichen Altersversorgung nicht zustimmen. Da sind wir allerdings festgelegt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Jetzt hat mich schon gewundert, dann immer von der AfD mit dieser großen Selbstgerechtigkeit zu hören: „Wir haben ja alles abgelehnt.“ Sie haben in dieser Woche schon der Öffentlichkeit weiszumachen versucht, die Fraktionsspaltung sei nur deshalb vorgenommen worden, um Steuergeld zu sparen.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall)

Das haben Sie auch schon versucht, den Leuten zu erzählen.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Sie lügen schon wieder! Sie lügen und lügen und lügen!)

– Was das Lügen anbelangt, Herr Meuthen, komme ich gleich noch auf Sie zu sprechen.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Ja, schön! Da bin ich schon sehr gespannt!)

– Ja, da können Sie gespannt sein.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Aber ich fange zunächst einmal mit Herrn Gögel an. Herr Gögel hat sich ja in der Regionalpresse in seinem Wahlkreis zu diesem Thema geäußert. Von Ihnen haben wir in der ersten Lesung gehört: „Diese steuerfreien Pauschalen – Unverschämtheit! Raffgiermentalität!“ Heute kam wieder etwas Ähnliches. Ich darf einmal eine Aussage von Herrn Gögel im „Mühlacker Tagblatt“ vom 11. Februar 2017 zitieren:

Die Anhebung der steuerfreien Kostenpauschalen ist vernünftig.

Das haben Sie gesagt, Herr Gögel. Oder war es die Lügenpresse?

(Zuruf von der AfD: Das ist korrekt!)

– Also, das ist korrekt. – Er erklärt als Mitglied des Fraktionsvorstands: „Die Anhebung der steuerfreien Pauschalen ist vernünftig“, und der Rest der Fraktion spielt sich hier scheinheilig auf und erklärt, die anderen seien raffgierig, die einzig Vernünftigen seien die von der AfD. Das ist Ihre Logik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD)

Jetzt haben Sie, Herr Meuthen, gerade dazwischengerufen, ich würde lügen.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: In einem fort!)

– Ja, ja. – Jetzt reden wir einmal über Ihr Verhältnis zur Wahrheit, Herr Meuthen.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Das tun wir gern!)

Es gibt wahrscheinlich niemanden unter den elf Millionen Baden-Württembergern, der mit der Wahrheit so auf Kriegsfuß steht wie Sie.

(Lachen bei der AfD)

Das ist mit Sicherheit so.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

Da behaupten Sie, in Ihrer Fraktion hätten alle die Erklärung gegen Rassismus und Antisemitismus unterschrieben. Sie haben behauptet: „Alle haben unterschrieben.“

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Und das haben sie auch! – Weitere Zurufe)

Dann stellt sich heraus, Herr Räßle hat nicht unterschrieben.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Er hat unterschrieben! Sie lügen schon wieder! Er hat unterschrieben! Der Mann weiß nicht, wovon er redet! – Unruhe)

Und was erzählt Herr Meuthen?

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

„Ich habe mich geirrt.“

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Irgendwann muss mal Schluss sein mit den Lügen des Herrn Rülke! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Abg. Dr. Meuthen!

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Lassen Sie ihn doch brüllen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege Dr. Rülke, Ihre Zeit ist längst abgelaufen.

(Heiterkeit – Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Allerdings! Das kann man wohl sagen!)

Ihre Redezeit!

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann haben Sie zu Gurs behauptet,

(Zuruf von der AfD: Sie sind ein Hetzer und Lügner!)

die Fraktion habe beschlossen, diesen Antrag zurückzuziehen. Herr Fiechtner hat deutlich gemacht, Sie haben gelogen.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Ich kann Ihnen im Protokoll zeigen, wer hier gelogen hat, Herr Rülke! Sie haben gelogen!)

Das ist die Realität, Herr Meuthen.

(Vereinzelt Beifall)

Dann haben Sie erzählt – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Abg. Dr. Rülke!

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann haben Sie erzählt, Sie hätten nicht behauptet, das Geld zurückgezahlt zu haben.

(Lebhafte Zurufe, u. a. Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Sie Schwätzer!)

Dann war es erst ein Irrtum, und anschließend haben Sie dann behauptet, es sei nur um eine Teilrückzahlung gegangen.

(Anhaltende lebhafte Zurufe, u. a. Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Hinsetzen! Ihre Zeit ist abgelaufen! Schon lange!)

Herr Meuthen, wenn Sie – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Abg. Dr. Rülke!

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wenn Sie nicht Meuthen, sondern Pinocchio hießen,

(Lachen bei der AfD – Unruhe)

dann wäre Ihre Nase so lang wie der Stuttgarter Fernsehturm.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD – Lachen bei der AfD – Zurufe, u. a.: Zugabe!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Nun wünscht die AfD-Fraktion noch einmal das Wort. Ist das richtig? Wer spricht? – Ich erteile das Wort Herrn Abg. Gögel. Sie haben noch Redezeit, im Gegensatz zu den anderen Kollegen.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD zu Abg. Bernd Gögel AfD: Sag ihnen mal, wer unterschrieben hat!)

Abg. Bernd Gögel AfD: Herr Kollege Rülke, ich beobachte Sie schon eine geraume Zeit, auch in unserem Wahlkreis,

(Zuruf: Was? – Unruhe)

und ich kann Ihnen sagen: Wenn man von Lügen und Denunziationen spricht, dann erinnere ich Sie an eine Situation im Wahlkampf zum Landtag hier in Baden-Württemberg.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: In Karlsruhe!)

Da haben Sie mich persönlich angegriffen und mir vorgehalten, ich hätte mich für einen Brandanschlag in Remchingen ausgesprochen,

(Lachen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wer war das? Wer hat sich dafür ausgesprochen?)

und es war ein anderes Mitglied der Partei.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall)

Es ist ein Riesenunterschied, ob Sie jemanden namentlich denunzieren oder ob Sie eine Verwechslung zugeben – was Sie bis heute nicht getan haben.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ist das Ihr Kollege Kreisvorsitzender, der kürzlich erst wieder neu gewählt wurde?)

Den Anstand haben Sie bis heute nicht an den Tag gelegt, sich bei mir für diese Denunziation zu entschuldigen.

(Beifall bei der AfD)

Dann sage ich Ihnen eines: In der AfD hat jedes Mitglied, jeder Mensch die Möglichkeit, seine persönliche Meinung auch einem Pressevertreter gegenüber zu äußern,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Auch wenn er einen Brandanschlag rechtfertigt! Unglaublich!)

und das kann er als persönliche Meinung darstellen und nicht als Mehrheitsmeinung der Fraktion. Ob das bei Ihnen so ist, weiß ich nicht. Wir führen unsere Partei in der Form, dass jedes Mitglied – auch im Vorstand – noch eine persönliche Meinung zum Besten geben darf.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was ist mit Herrn Fiechtner?)

Dann sage ich Ihnen noch etwas: Sie haben heute schon wieder eine Lüge verbreitet.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Abg. Gögel.

Abg. Bernd Gögel AfD: Sie haben hier behauptet, Herr Räßle hätte die Antisemitismus-Resolution nicht unterschrieben.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Abg. Gögel, wenn ich läute, dann müssen Sie warten. Ihre Redezeit ist jetzt auch abgelaufen.

Abg. Bernd Gögel AfD: Einen Schlusssatz, Herr Präsident?

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Einen Schlusssatz.

Abg. Bernd Gögel AfD: Danke schön. – Herr Räßle hat selbstverständlich diese Resolution unterschrieben.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wann? – Unruhe)

– Das spielt doch keine Rolle.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Diese Resolution liegt, unterschrieben von Herrn Räßle, vor. Also haben Sie heute wieder eine Falschaussage getätigt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist die postfaktische AfD! – Zuruf des Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD – Unruhe)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich erlaube mir aber trotzdem den Hinweis: Der Tagesordnungspunkt lautet eigentlich „Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes“ – nur, um das noch einmal klarzustellen.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Nicole Razavi CDU: Genau!)

Wir kommen jetzt in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m - m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 16/1666. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 16/1727. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf mit einer Änderung in Artikel 1 zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Aufhebung des Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Wer Artikel 1 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen?

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

– Enthaltungen? – Zwei Enthaltungen. Artikel 1 ist damit einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Inkrafttreten

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 2 ist einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 8. März 2017 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. –

(Vereinzelt Beifall)

Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Gesetz ist einstimmig zugestimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Damit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe Punkt 6 der Tagesordnung auf.

(Unruhe)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen! Beim letzten Tagesordnungspunkt haben wir – das sehe ich, wenn ich in die Reihen auf der Zuhörertribüne schaue – schon ein „hervorragendes“ Bild abgegeben. Deswegen würde ich vorschlagen, dass wir uns jetzt für den letzten Tagesordnungspunkt disziplinieren und diesen zügig zu Ende bringen.

Also: Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

a) Beschlussempfehlungen und Berichte des Ausschusses für Finanzen zu den Mitteilungen des Rechnungshofs vom 14. Juli 2016 – Denkschrift 2016 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Drucksachen 16/100, 16/101 bis 16/127 und 16/801 bis 16/827

Berichterstatter: Abg. Dr. Rainer Podeswa

b) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu dem Antrag des Rechnungshofs vom 28. November 2016 – Prüfung der Rechnung des Rechnungshofs (Einzelplan 11) für das Haushaltsjahr 2014 durch den Landtag – Drucksachen 16/1083, 16/1143

Berichterstatter: Abg. Rainer Stickelberger

c) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu dem Antrag des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 15. Dezember 2015 – Haushaltsrechnung des Landes Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2014 – Drucksachen 15/7900, 16/1144

Berichterstatter: Abg. Tobias Wald

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt.

Zunächst darf ich Herrn Rechnungshofpräsident Munding das Wort erteilen. – Bitte schön, Herr Präsident.

Präsident des Rechnungshofs Max Munding: Herr Präsident, verehrte Frau Finanzministerin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie beraten heute die Empfehlungen zu unserer Denkschrift. Der Finanzausschuss hat sie in intensiver Beratung verabschiedet. Ich möchte dies zum Anlass nehmen, mich ganz herzlich bei Ihnen, Herr Vorsitzender Stickelberger, und Ihrem Vorgänger, Herrn Klein, aber auch allen Mitgliedern des Ausschusses zu bedanken.

Ihre Diskussion war offen, aufgeschlossen und selbst dort, wo kontrovers, stets an der Sache orientiert. Sie haben – das ist uns wichtig – Ihr Augenmerk immer auch auf die Auswirkungen auf den Haushalt gerichtet. Sie wissen: Der Rechnungshof kann prüfen und beraten; seine Ergebnisse kann er aber selbst nicht umsetzen. Wir sind daher darauf angewiesen, dass es uns gelingt, die geprüften Einrichtungen oder die Landesregierung und nicht zuletzt Sie argumentativ zu gewinnen und von unseren Lösungen zu überzeugen. Den Finanzausschuss erleben wir dabei als eine vorbildliche Stätte des politischen Diskurses auch dort, wo Sie im Ergebnis unseren Empfehlungen nicht folgen. Dafür, dass Sie dazu Raum geben und ein gutes, ergebnisorientiertes Beratungsklima schaffen, ganz herzlichen Dank.

Gerade in einer Zeit, in der Politik schnell mit Vorurteilen belastet wird, möchte ich diesen Eindruck, den wir in den Beratungen im Finanzausschuss gewonnen haben, ausdrücklich hervorheben. Unsere Wahrnehmung der Politik jedenfalls ist eine andere.

(Zuruf: Danke schön!)

Meine Damen und Herren, Sie haben vor zwei Wochen die Haushaltsberatungen abgeschlossen. Über Jahre hinweg gute Steuereinnahmen waren Voraussetzungen, die die Arbeit leichter, zugleich aber auch schwerer gemacht haben. Je besser die Einnahmen, desto schneller und stärker wachsen die Wünsche und Anforderungen. Nicht schlechte, sondern gerade die guten Jahre sind die eigentliche Bewährungsprobe für die Finanzpolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der AfD und der FDP/DVP)

Im Jahr 2017 hätten wir nach der Landeshaushaltsordnung an sich in die Schuldentilgung einsteigen müssen. Das Land wäre dazu sehr wohl in der Lage gewesen. Das Finanzministerium hat uns zu dieser Frage sehr früh beteiligt. Wir selbst haben uns die Antwort nicht leicht gemacht: Machen wir Ernst und tilgen, oder schieben wir die Tilgung der Kreditmarkt-

(Präsident des Rechnungshofs Max Munding)

schulden hinaus und wenden uns stattdessen der Deckung der impliziten Verschuldung zu? Die einfachere Antwort wäre Tilgen gewesen. Diese Antwort hätten vielleicht auch viele vom Rechnungshof erwartet. Wäre sie aber in der jetzigen Situation auch die richtige gewesen? Meines Erachtens: nein.

Das niedrige Zinsniveau führt dazu, dass durch Tilgung eine Entlastung des Haushalts zum jetzigen Zeitpunkt nicht stattfindet. Zusätzliche und überfällige Sanierungen anzugehen schafft dagegen Freiraum und entlastet in der Zukunft. Entscheidend ist uns dabei das Wort „zusätzlich“. Auch die Vorsorge für künftig fällig werdende Verbindlichkeiten – z. B. durch Sonderzahlungen in den Versorgungsfonds oder Abdeckung von Verpflichtungen der NECKARPRI – ist nachhaltig und trägt zur dauerhaften Haushaltskonsolidierung bei, und diese ist ja das übergeordnete Ziel, das wir anstreben.

Für uns war die Antwort gleichwohl keine leichte Entscheidung. Drei Forderungen waren uns wichtig: erstens eine klare und enumerative Definition der zulässigen Maßnahmen, zweitens ihre Zusätzlichkeit, die Additionalität, und drittens die Vorsorge für künftige Haushaltsrisiken in Form einer Rücklage oder der Ablösung von Eventualverbindlichkeiten.

Ich meine, das Land öffnet mit diesem Weg nicht die Büchse der Pandora. Es trifft vielmehr, wenn der Rahmen, den ich geschildert habe, auch eingehalten wird, in der jetzigen Situation eine wirtschaftliche Entscheidung. Dies darf ich auch als Rechnungshofpräsident betonen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Präsident, gestatten Sie auch eine Zwischenfrage?

Präsident des Rechnungshofs Max Munding: Ja, gern.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Bitte, Herr Abg. Dr. Aden.

Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Vielen Dank, Herr Präsident Munding. – Gehe ich recht in der Annahme, dass es bei der Tilgung impliziter Schulden nicht nur um Soll und Haben, sondern auch um eine psychologische Komponente geht, die wir vielleicht in das Land hinaussenden können, die unabhängig von rein finanziellen Erörterungen ist?

Danke.

Präsident des Rechnungshofs Max Munding: Da gebe ich Ihnen völlig recht. Gerade deshalb habe ich auch gesagt: Uns ist die Entscheidung nicht leichtgefallen. Aber unter den Rahmenbedingungen, unter denen wir heute, 2017, den Haushalt aufstellen, wollten wir nicht – das hätten Sie vom Rechnungshof wahrscheinlich erwartet – reflexhaft Schuldentilgung fordern, wenn die andere Lösung aus unserer Sicht im Moment die wirtschaftlichere ist. Auch dies gehört zu den Anforderungen an den Haushalt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Aber klar ist, dass insbesondere dann, wenn es beim ersten Mal – deshalb habe ich es auch betont – möglich gewesen wäre, zu tilgen, das Aufschieben auch eine psychologische Komponente hat.

Deshalb ist es wichtig, dass man die Gründe und die Abwägung, die zu einer Entscheidung geführt haben, möglichst offensiv vertritt. Deshalb habe ich das Thema, obwohl die Haushaltsberatungen ja abgeschlossen sind, ausdrücklich angesprochen. Sie und auch die Öffentlichkeit haben einen Anspruch darauf, unsere Abwägung gegenüber dem Finanzministerium zu kennen – gerade aus diesem Grund. Ich glaube, da sind wir uns im Ziel einig.

Der zweite Punkt, den wir angehen müssen, ist, jetzt rechtzeitig die Schuldenbremse in der Landesverfassung selbst zu verankern. Das ist das Signal, das Sie als Landtag möglichst geschlossen aussenden sollten. In unserer Denkschrift haben wir für die Ausgestaltung verschiedene Ansätze dargestellt.

Der Bundesrat hat im Februar im Zuge der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen auch auf einen Punkt klar hingewiesen, nämlich dass die Verfahren und die Kennzahlen zur Überwachung der Schuldenbremse durch den Stabilitätsrat nicht die Haushaltsautonomie der Länder einschränken dürfen. Was bedeutet dies? Die Länder sollen weiterhin die Konjunkturkomponente bei der Ausgestaltung wählen können und selbst gestalten und nicht auf die beispielsweise von der EU und dem Bund bislang angewandte Berechnung beschränkt sein. Der Bund und die EU wählen das Verfahren nach der Feststellung der Produktionslücke und der Budgetsensitivität, ein komplexes und damit zwangsläufig wenig transparentes Verfahren.

Im Land haben wir bislang das Trendsteuerverfahren – einfach, übersichtlich. Ich füge hinzu: Aber auch dort gibt es Fragen. Die Entwicklung der Steuereinnahmen hinkt der wirtschaftlichen Entwicklung hinterher. Passt dies dann 1 : 1 für eine Konjunkturkomponente?

All dies sind Fragen, denen wir uns in den nächsten Monaten stellen müssen, um darauf Antworten zu finden, wie wir beim ersten Aufschlag in der Verfassung dann auch die Elemente richtig wählen.

Noch eine Anmerkung: Meine Damen und Herren, die Schuldenbremse ist die zentrale haushaltspolitische Festlegung. Ihr dauerhafter Standort ist nicht die Landeshaushaltsordnung, sondern die Landesverfassung selbst. Dort gehört sie auch hin.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Noch etwas: Nur durch die Verankerung in der Landesverfassung selbst eröffnen Sie einen unmittelbaren Klageweg zum Verfassungsgerichtshof des Landes. Darin liegt der entscheidende Mehrwert und zugleich eine Garantie für die Einhaltung der Schuldenbremse. Ich füge halb ernst hinzu: Wenn Sie noch ein Übriges tun wollten, dann könnten Sie, wie dies manche Stimmen in der Literatur sagen, auch ein Klagerecht für den Rechnungshof vorsehen.

(Heiterkeit des Abg. Peter Hofelich SPD)

– Vielen Dank für die Zustimmung, wenn ich Sie richtig interpretiere.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Das weiß ich noch nicht!)

(Präsident des Rechnungshofs Max Munding)

Ein weiteres Vorhaben, das ansteht, wird die Vermögensbilanz des Landes sein. Das Finanzministerium wird erstmals zum Januar 2018 eine Vermögensbilanz aufstellen. Aus ihr werden Sie dann Vermögen und Verpflichtungen des Landes genauer ablesen. Die Bilanz wird auch Aufschluss geben, wie hoch die implizite Verschuldung tatsächlich ist. Aber eine Bilanz als solche löst noch keine Probleme. Wie es um das Land bestellt ist, zeigt im Wesentlichen der hohe Schuldenstand. Er zeigt, dass wir bislang in vielen Jahren über unsere Verhältnisse gelebt haben. Wir haben unterm Strich also kein Erkenntnis-, sondern ein Handlungsproblem. Keine Frage: Die Vermögensbilanz ist sinnvoll und bringt eine zusätzliche Erkenntnisquelle – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Auf Sie wird es dann zukommen, daraus die richtigen Schlussfolgerungen für die Gestaltung des Haushalts zu ziehen und konsumtive und investive Aufgaben gegeneinander auszutarieren.

Meine Damen und Herren, ein paar Sätze zu der Neuordnung der Finanzbeziehungen von Bund und Ländern. Das Ergebnis bringt eine Entlastung für den Haushalt. Fiskalisch kann sich das Ergebnis sehr gut sehen lassen. Das Gesamtpaket enthält aber auch gravierende Verschiebungen zulasten der Länder.

(Abg. Winfried Mack CDU: So ist es!)

Diese sind mehr als nur ein Schönheitsfehler. Ministerpräsident Kretschmann hat daher zu Recht von einer roten Linie gesprochen, insbesondere im Bildungsbereich. Leider ist er damit eher ein einsamer Mahner unter den Ländern. Das ist keine Kritik am Ministerpräsidenten, sondern eher eine Kritik an den anderen Ländern dafür, dass er da nicht die notwendige Unterstützung und Rückendeckung hat.

Meine Damen und Herren, der Bund ist dabei, seine gute Finanzausstattung zu nutzen, vielleicht auch auszunutzen, um sich in vielen Bereichen neue Ingerenzrechte zu sichern und die Eigenständigkeit der Länder ein Stück weit zurückzudrängen. Wir fallen hinter die Ergebnisse der Föderalismuskommission zurück.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ja! So ist es!)

Die Mischfinanzierung lebt wieder auf.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ja!)

Wir erleben ein föderales Rollback.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Der Bund lockt die Länder mit Einmalaktionen, Probleme löst er damit aber eher nicht. Nicht einzelne befristete Sonderprogramme mit Auflagen, nicht Aktionismus und Intervention, sondern eine dauerhafte Verbesserung der Finanzkraft,

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der AfD und der SPD)

eine Neuberechnung der Deckungsquoten – das wäre stattdessen der richtige Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der AfD und der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Ja!)

Meine Damen und Herren, die Ergebnisse der Föderalismuskommission, auch das Zurückdrehen der Mischfinanzierung waren – – Das Land war in der Föderalismuskommission

hochrangig vertreten: Ministerpräsident Oettinger, Herr Drexler, von der FDP Herr Burgbacher und natürlich

(Zuruf: Herr Kretschmann!)

– genau – der jetzige Ministerpräsident und damalige Fraktionsvorsitzende der Grünen, Herr Kretschmann – ihn hatte ich vorhin schon platziert. Deshalb ist es, glaube ich, wichtig, dass das Land Linie hält. Jetzt kann man den Konsens der Ministerpräsidenten mit dem Bund nicht mehr aufbrechen. Aber wir müssen wachsam sein, dass dauerhaft keine weiteren Verschiebungen auf kleiner Flamme, im kleinen Weg zulasten der Länder erfolgen.

(Beifall bei der CDU und der SPD sowie Abgeordneten der AfD – Zurufe: Bravo! – Sehr gut!)

Ein Zitat:

Im Rahmen der laufenden Einnahmen haben der Bund und die Länder gleichmäßig Anspruch auf Deckung ihrer notwendigen Ausgaben.

Dazu ist ein billiger Ausgleich zwischen den Deckungsbedürfnissen des Bundes und der Länder herzustellen. – Artikel 106 des Grundgesetzes. Ich glaube, ein weiterer Kommentar ist nicht notwendig.

Aber zurück zu unseren Hausaufgaben im Land. In letzter Zeit wird der Ruf nach mehr Personal überall immer lauter. Am einen Tag die Forderung nach mehr Personal, am anderen die Klage über den hohen Anteil der Personalkosten, die den Landeshaushalt zuzunühen, und am dritten Tag dann die ernüchternde Feststellung: Wir finden ohnehin keine geeigneten Bewerber mehr.

Ich verkenne nicht – ich betone dies auch bei anderen Gelegenheiten –: Die Aufgaben der Länder, insbesondere im Bildungsbereich und in anderen Sektoren, haben eine inhärente Dynamik nach mehr Personal. Es gibt deshalb keine einfache Lösung. Auch wir haben sie nicht.

Aber eines ist klar: Der Ruf nach mehr Personal als Prima Actio anstatt Ultima Ratio ist auf jeden Fall zu kurz gesprungen. Zuvor müssen wir Strukturen und Abläufe, Verfahren und Vorgaben, aber auch die Schwerpunkte neu justieren. Auch, meine Damen und Herren, sollte das Thema „Verwaltungsvereinfachung und Aufgabenkritik“ endlich mal wieder auf den Tisch. Dort gehört es hin und bearbeitet,

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD)

auch wenn es eine wenig attraktive Kärnerarbeit ist. Die Erfolge werden nicht in den Himmel wachsen. Aber nur, wenn man kontinuierlich dranbleibt und auch die kleinen Dinge einsammelt, werden wir ein bisschen gegen den Trend ankämpfen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der AfD – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, die IT ist ein zentrales Thema für die Verwaltung. Das Kabinett hat erst gestern einige wichtige Entscheidungen getroffen: Informationssicherheit, elektronische Akte, weitere Digitalisierungsprojekte.

(Präsident des Rechnungshofs Max Munding)

Aus unserer Denkschrift darüber hinaus drei kurze allgemeine, grundsätzliche Feststellungen. Erstens: Die vorgenommene Konzentration des strategischen IT-Managements beim Beauftragten der Landesregierung für die IT ist die eine, ein konsequentes Projekt- und Vertragsmanagement der IT die andere Seite. Beides ist wichtig, damit wir vorankommen.

Zweitens: Ressortübergreifende Fachverfahren, Dienste und Beschaffungen brauchen auch eine ressortübergreifende Finanzierung und Veranschlagung. Nur so können sie zügig und konsequent verwirklicht und realisiert werden. Deshalb haben wir in der Denkschrift z. B. die Übertragung des IuK-Strukturpools vorgeschlagen.

Nicht zuletzt – drittens – darf auch nicht vergessen werden, dass die IT zumindest am langen Ende auch eine fiskalische Entlastung erbringen sollte.

Wir, der Rechnungshof, schauen nicht nur auf die Ausgaben, sondern auch auf die Einnahmen des Landes. In unseren Denkschriften greifen wir Jahr für Jahr immer auch Themen der Steuererhebung auf. Regelmäßig stoßen wir auf hohe Fehlerquoten. Steuerrecht ist komplex, detailliert, bei der Anwendung kompliziert.

In vielen Prüfungen haben wir in den letzten Jahren konkrete IT-Projekte zur Unterstützung an den neuralgischen Punkten, die wir identifiziert haben, vorgeschlagen.

Die Entwicklung der IT-Projekte und die Unterstützung erfolgen im Bund-Länder-Verbund KONSENS. Man weiß, wo der Schuh drückt. Das Finanzministerium bringt die Vorschläge auch in den Verbund ein, doch dann – so der Eindruck – verliert sich zu oft die Spur.

Ein Blick auf die Organisation des KONSENS-Verbunds, auf die Organisations- und Gremienstruktur zeigt eher das Bild eines Labyrinths statt einer ziel- und ergebnisorientierten Ablauf- und Aufbauorganisation.

Nur zwei Beispiele aus der Verfolgung früherer Denkschriftvorschläge: Vor gut zehn Jahren hatten wir einen elektronischen Datenaustausch zwischen den Standesämtern und den Erbschaftsteuerstellen vorgeschlagen. Bei KONSENS wurde der eingebracht. Der Umsetzungsstand ist nach wie vor offen.

Wenig besser ist die Situation bei der elektronischen Übermittlung sogenannter ESt4B-Mitteilungen. Das sind Mitteilungen zwischen den Finanzämtern. Das wurde 2006 auf den Weg gebracht. Letzte Realisierungsprognose: 2018.

Meine Damen und Herren, nicht nur eine bessere Zusammenarbeit im KONSENS-Verbund ist gefragt, sondern auch der Gesetzgeber selbst ist gefordert. In der jetzigen Denkschrift haben wir Probleme im Zusammenhang mit der Kirchenabgeltungsteuer dargestellt. Dazu ein Zitat aus einer Experten-Gruppe aus dem Jahr 2013 – ich zitiere –:

Das bestehende System stößt an seine Grenzen. Der Vollzug der gesetzlichen Regelungen ... lässt sich in komplexen Fällen zeitnah technisch nicht unterstützen. ... Ob eine vollautomatische Berechnung der bestehenden Rechtslage überhaupt technisch umsetzbar ist, konnte nicht abschließend beurteilt werden.

So die Steuerexperten von Bund und Ländern.

Zugegeben, das sind Einzelaufnahmen. Wenn aber trotz IT und Personalaufstockungen die Verwaltung an die Grenzen der Administrierbarkeit gerät, muss auch die Vereinfachung des Steuerrechts endlich wieder auf die Tagesordnung. Von der ist sie leider seit einiger Zeit verschwunden. Das ist am Ende nicht gut.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Meine Damen und Herren, zum Schluss noch eine Feststellung, die mir wichtig ist: Die Prüferinnen und Prüfer des Rechnungshofs und der Staatlichen Rechnungsprüfungsämter treffen bei ihren Prüfungen in den Ämtern und Behörden des Landes auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die engagiert und verantwortungsbewusst handeln. Sie haben nicht nur Ihre jeweiligen Fachaufgaben im Blick, sie machen sich auch die Ziele der Wirtschaftlichkeit zur eigenen Sache. Trotz der Kritik, die wir im Einzelfall üben: Unser Bericht, den Sie heute beraten, und unsere Denkschrift wären ohne diese Feststellung zu den Mitarbeitern der Verwaltung nicht vollständig.

Weil mir dies wichtig ist, möchte ich auch von dieser Stelle aus einen Dank an die von uns geprüften Verwaltungen richten, einen Dank für ihre Offenheit und die Kooperation, mit der sie uns begegnen und mit der sie auch – mal mehr, mal weniger – unsere Vorschläge mit auf den Weg bringen.

Ihnen, meine Damen und Herren, herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Vielen Dank für die Begleitung und Unterstützung unserer Arbeit.

Danke.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: In der Allgemeinen Aussprache erteile ich das Wort für die Fraktion GRÜNE Herrn Abg. Dr. Rösler.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sehr geehrte Herren Präsidenten – wie ich ausnahmsweise einmal sagen darf –,

(Abg. Peter Hofelich SPD: Ja, genau!)

werte Kolleginnen und Kollegen! An den Rechnungshofpräsidenten Max Munding sei gleich hier am Anfang ein herzlicher Dank seitens der Fraktion GRÜNE gesagt. Ich denke, ich spreche auch für die Abgeordneten aller anderen Fraktionen, wenn ich ihm für seine Arbeit danke; denn dies war nach acht Jahren Rechnungshofpräsidentenschaft sein letzter Auftritt hier in dieser Funktion. – Vielen Dank, Herr Munding, für Ihre stets kooperative und sachliche Art und für die Vorschläge, die Sie für den Rechnungshof hier eingebracht haben.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Es ist ja die Landesverfassung, die den Rechnungshof des Landes beauftragt und ihm ermöglicht, die gesamte Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes zu überprüfen und zu kontrollieren. Der Rechnungshof legt selbst fest – auch das ist wichtig zu wissen –, wo die Rechte sind, wo er eingreift, wo er nachfragt, wo er berät. Es gibt kein Parlament, es gibt kein Landtagspräsidium, das ihm dies vorschreiben könnte. Der Rechnungshof ist unabhängig, und das ist gut so.

Der Rechnungshof berät Parlament und Regierung mit dem Ziel, das Geld, das wir haben, möglichst effektiv, möglichst

(Dr. Markus Rösler)

effizient einzusetzen. Sie sind eine wichtige Unterstützungs- und Beratungsinstanz für uns als Abgeordnete, wenn es darum geht, die Regierung zu kontrollieren und das Verwaltungshandeln kritisch zu hinterfragen.

Vielen Dank für diese dauerhafte Begleitung – der übrigens in diesem Fall explizit auch für den Vizepräsidenten gilt. Denn Herr Günter Kunz war nach 18 Jahren am Rechnungshof am 16. Februar letztmalig in einer Sitzung des Finanzausschusses anwesend und hat diese Sitzung mitgestaltet. Deshalb von dieser Stelle aus auch einen ausdrücklichen Dank an ihn. Ich bitte Sie, dies an Ihren Stellvertreter Günter Kunz weiterzuleiten.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der AfD)

Die Denkschrift des Jahres 2016 mit ihren 224 Seiten enthält 27 Einzelbeiträge zu zehn verschiedenen Ministerien. Damit stand quasi die gesamte Landesregierung unter kritischer Beobachtung. Es soll ja auch so sein, dass Sie kritisch beobachten und dort Vorschläge unterbreiten, wo Sie der Meinung sind – das gilt insbesondere für den Kernbereich des Landes, die Landesfinanzen –, dass Verbesserungen möglich wären. Dazu haben Sie vorhin ja selbst verschiedene Ausführungen gemacht.

Sie haben in diesen 27 Denkschriftbeiträgen aber auch Grundsatzfragen aufgegriffen, beispielsweise die Finanzierung von IT-Projekten oder die Informationssicherheit in der Landesverwaltung, also ganz grundsätzliche Fragen der Weiterentwicklung des Landes. Sie haben handfeste Themen aufgegriffen wie die Vergabe beim Landesstraßenbau oder das Qualitätsmanagement an Schulen, und Sie haben sehr spezialisierte Themen aufgegriffen wie die Kirchenabgeltungsteuer oder die Schulmilch- bzw. Schulfruchtförderung – vielleicht fühlen Sie sich diesen Themen ja als ehemaliger Ministerialdirektor im MLR noch besonders verbunden.

In diesem breiten Themenspektrum des Finanzausschusses sind wir vielfach den Empfehlungen des Rechnungshofs gefolgt – wenn auch, wie Sie wissen, nicht immer. Natürlich ist es legitim, wenn die Legislative – das Parlament, der Finanzausschuss – auch einmal zu dem Ergebnis kommt, das eine oder andere anders zu sehen als der Rechnungshof. Aber es ist mir wichtig, an dieser Stelle noch einmal zu sagen: Im Finanzausschuss wird die Mehrzahl der Beschlüsse einstimmig gefasst. Ich hoffe, dass das auch in Zukunft so bleiben wird. Leider wird davon in den Medien wenig berichtet. Es wird dann berichtet, wenn wir uns „kloppen“. Es wird darüber berichtet, wenn es ein unwürdiges Geschrei zwischen Abgeordneten gibt, wie vorhin bei den Kollegen Meuthen und Rülke. Aber darüber, dass wir häufig einvernehmlich und sachlich diskutieren und dann gemeinsame Beschlüsse fassen, wird in den Medien leider sehr viel weniger berichtet.

(Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Das ist denen zu langweilig!)

Die Kreditwürdigkeit Baden-Württembergs wurde und wird – darauf dürfen wir ein bisschen stolz sein – von Ratingagenturen wiederholt mit der Note AAA, also „Triple A“, und dem Ausblick „stabil“ bewertet. Das heißt, die finanzielle Situation des Landes Baden-Württemberg ist stabil. Wir haben in der

letzten Legislaturperiode 2011 bis 2016, auf die sich die Denkschrift im Wesentlichen bezieht, viermal die Nettoull geschafft. Wir haben das in den Jahren 2015 bis 2016 geschafft, schaffen dies jetzt im Jahr 2017 wieder, und – die Finanzministerin wird es mit Freude bestätigen oder wiederholen – wir haben auch vor, 2018 und 2019 einen Haushalt ohne Aufnahme von Schulden aufzustellen – also fünf Jahre in Folge, bevor dann ohnehin die grundgesetzliche Schuldenbremse greift.

Damit erfüllen wir eine der wichtigsten Forderungen des Rechnungshofs bzw. des höchsten Vertreters des Rechnungshofs, Herrn Präsident Munding, der sagte – Zitat –: „Die Landesregierung sollte ... auf eine Nettokreditaufnahme vollständig verzichten.“

Das haben wir zwei Jahre gemacht, das machen wir in diesem Jahr, das werden wir noch weitere zwei Jahre machen und dann dauerhaft. Und das ist auch gut so.

(Zurufe der Abg. Dr. Jörg Meuthen und Emil Sänze AfD)

Die Steuereinnahmen – eine wichtige Kenngröße, mit der sich der Rechnungshof regelmäßig beschäftigt – sind kontinuierlich gestiegen. Die Einnahmesituation des Landes ist gut. Ich habe bei der Diskussion über den Einzelplan 6 – Finanzministerium – und den Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung – schon gesagt, dieser Dank geht natürlich an die Unternehmerinnen und Unternehmer, an die Unternehmen, und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Unternehmen hier im Land. Das liegt deutlich weniger an uns hier im Saal – egal, wer hier gerade regiert – und deutlich mehr an den Menschen draußen im Land;

(Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Richtig!)

ihnen allen gilt mein Dank.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Wir haben im Zeitfenster 2011 bis 2017 einige Veränderungen, nämlich insgesamt 12 Milliarden € Mehrausgaben, die allerdings – auch das gehört zur Haushaltsklarheit und -wahrheit – überwiegend auf Pflichtaufgaben beruhen, denen wir uns nicht entziehen können und auch ausdrücklich nicht entziehen wollen: kommunaler Finanzausgleich: plus 4,2 Milliarden €, Personalausgabensteigerung, z. B. durch Tarifierhöhungen: plus 3,1 Milliarden €, Flüchtlingsbereich: plus 1,3 Milliarden €, Länderfinanzausgleich: plus 1,1 Milliarden €. Das sind die vier größten Blöcke.

Das geht weiter mit weiteren Pflichtaufgaben für uns. Es zeigt sich also – auch diese Botschaft ist mir wichtig –: Die Mehrzahl der zusätzlichen Ausgaben, die wir zwischen 2011 und 2017 als Landesgesetzgeber, als Landesregierung, als Landshaushaltsgesetzgeber tätigen, beruht auf Pflichtaufgaben, die wir gern erfüllen, die wir aber auch erfüllen müssen.

Weitere Mehrausgaben gibt es natürlich auch. Diese sind aber, wie der Abbau der impliziten Schulden, gut investiertes Geld. Herr Munding ging extra darauf ein und formulierte: „Das schafft Freiraum in der Zukunft.“ Dies ist also noch einmal die ausdrückliche Bestätigung – auf Nachfrage des Kollegen Aden –: Das ist eine Aufgabe, die an dieser Stelle richtig gewählt wurde, anstatt Schulden zu tilgen.

(Dr. Markus Rösler)

Eine Entwicklung, die wir im Finanzausschuss schon seit vielen Jahren diskutieren, macht uns Folgendes deutlich: Beim Ziel der Nettonull bis 2020 – der dann strukturell festen Nettonull – liegen wegen der Frage des Personals und der Versorgungsberechtigten noch gewaltige Ausgaben vor uns.

Die Anzahl der Versorgungsberechtigten stieg in den letzten zehn Jahren von etwa 85 000 auf weit über 120 000 und wird in den nächsten Jahren weiter steigen. Entsprechend werden sich auch die Ausgaben in diesem Bereich deutlich erhöhen: um noch einmal bis zu 2,3 Milliarden € zusätzlich allein bei den Versorgungsbezügen – ich rede gar nicht von der Beihilfe – der Beamten – die natürlich gerechtfertigt sind. Mein Bruder ging im letzten Jahr als Beamter in den Ruhestand. Beamte haben eine gute Arbeit gemacht und haben natürlich ein Anrecht auf ihre Versorgungsbezüge. Aber es ist schon ein wichtiger Aspekt, den wir mit Sorge betrachten, dass wir damit rechnen müssen, bis 2030 nochmals 2,3 Milliarden € mehr in diesem Bereich ausgeben zu müssen.

Eine weitere wichtige Kennzahl im Bereich des Landeshaushalts ist die Steuerdeckungsquote. Die Steuerdeckungsquote zeigt an, welchen Anteil der Ausgaben wir durch eigene Steuereinnahmen abdecken. Diese Quote lag 2009/2010 in der Größenordnung von knapp 70 % und beträgt jetzt 76,7 %. Das zeigt, wir sind auf dem richtigen Weg. Denn wir, das Land Baden-Württemberg, wollen einen möglichst hohen Anteil unserer Ausgaben über eigene Steuereinnahmen abdecken.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

In diesem Zusammenhang ist die Neuregelung der Finanzbeziehungen anzusprechen, die auch schon vom Rechnungshofpräsidenten benannt wurde. In den Verhandlungen hat der Ministerpräsident ein exzellentes Ergebnis erzielt: 570 Millionen € netto mehr für das Land und übrigens auch 200 Millionen € mehr für die Kommunen. Das ist ein gutes Ergebnis. Wir können froh und stolz sein, dass unser Ministerpräsident erfolgreich verhandelt hat.

Was die Abstimmungen betrifft, halte ich abschließend fest: Die Fraktion GRÜNE stimmt sowohl dem Antrag des Rechnungshofs, den Rechnungshofpräsidenten hinsichtlich der Rechnung des Rechnungshofs für das Haushaltsjahr 2014 zu entlasten, als auch dem Antrag des Finanzministeriums, die Landesregierung wegen der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2014 zu entlasten, zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich dem Kollegen Kößler.

Abg. Joachim Kößler CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Rechnungshofpräsident Munding, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich will zuerst dem Präsidenten des Rechnungshofs dafür danken, dass er sich eindeutig erklärt hat, was die implizite Verschuldung und die Investitionen in diesem Bereich betrifft. Das hilft uns bei aller Kritik, die wir manchmal in diesem Bereich bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Ich will zunächst einmal auf ein paar grundsätzliche Dinge, die den Rechnungshof betreffen, eingehen.

Herr Munding, Sie haben es schon gesagt: Die Aufgabe des Rechnungshofs ist, die Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Handelns im öffentlichen Bereich, in den Verwaltungen und natürlich auch bei den Ministerien zu überprüfen. Dieses Recht und diese Pflicht sind in Artikel 83 Absatz 2 der Landesverfassung verankert. Hier ist auch die wichtige richterliche Unabhängigkeit der Senatsmitglieder verankert.

Die Unabhängigkeit der Finanzkontrolle hat in Baden-Württemberg eine große Tradition. Bereits 1872 war die Finanzkontrolle in Hohenzollern und 1882 in Baden unabhängig.

(Zuruf: Und in Württemberg?)

Friedrich Wilhelm von Preußen hat seine Revisoren aufgefordert:

Er mag sein, wer er will, er muss geprüft werden.

Ich denke, darin kommt die große Tradition der Finanzaufsicht und der Finanzkontrolle zum Ausdruck.

Der frühere Bundespräsident Theodor Heuss hat die Finanzkontrolle als ein Instrument der „Staatsachtsamkeit“ bezeichnet. Das soll heißen: Wir müssen mit dem Geld des Staates achtsam umgehen. Das tun wir nicht immer; das ist ein Stück Selbstkritik.

Bundespräsident Gauck hat beim 200-Jahr-Jubiläum der Preussischen Oberrechnungskammer Folgendes gesagt:

Rechnungshöfe sind der Anwalt des Steuerzahlers.

All diese Aussagen zeigen, dass der Rechnungshof ein Instrument der Beschränkung, ja der Selbstbeschränkung ist. Dabei geht es einerseits um den effizienten Einsatz der Staatsausgaben, aber andererseits auch um deren Beschränkung.

Jetzt bin ich bei der Schuldenbremse. Die Schuldenbremse ist eine ganz wichtige Angelegenheit – Sie, Herr Munding, haben dies schon gesagt –, und der Rechnungshof hat hier wegweisende Beiträge geleistet. Er hat vor allem auch gesagt: Wir brauchen diese Schuldenbremse in der Landesverfassung, und zwar – das haben Sie deutlich ausgeführt –, weil die Einhaltung dieser Schuldenbremse vom Verfassungsgerichtshof überprüft werden muss.

Im Koalitionsvertrag haben die die Koalition tragenden Parteien festgelegt, dass sie im nächsten Jahr die Schuldenbremse in die Verfassung schreiben wollen. Davon gehe ich im Augenblick aus. Es braucht aber noch mehr als eine Verankerung in der Landesverfassung. Es braucht ein Ausführungsgesetz.

In der Landesverfassung muss grundsätzlich stehen: „Eine Neuverschuldung ist verboten.“ Wir brauchen aber für gewisse Konjunkturphasen – Herr Präsident Munding hat es schon gesagt – eine Konjunkturkomponente. Ich werde das später noch erläutern. Wir brauchen Ausnahmeregelungen für Naturkatastrophen und für den Fall, dass das Land in außergewöhnliche Notsituationen gerät.

Der Rechnungshof hat hier einige Vorschläge gemacht. Er hat z. B. ganz deutlich gesagt, dass Ausnahmeregelungen bei der

(Joachim Kößler)

Schuldenbremse nur mit einer qualifizierten Mehrheit im Landtag vonstattengehen können.

Ich will auf die Konjunkturkomponente eingehen. Es geht darum, dass, wenn es im Konjunkturverlauf starke Einbrüche gibt, aufgrund einer Ausnahmegenehmigung Kredite aufgenommen werden können, um die Notsituation zu beseitigen.

Jetzt ist die Frage: Wie ist diese Konjunkturkomponente ausgestaltet? Herr Präsident Munding hat schon gesagt, dass es ein Konjunkturbereinigungsverfahren – das ist beim Bund so –, ein Produktionslückenverfahren – bei der EU – oder ein Trendsteuereinnahmemodell – beim Land; das haben wir teilweise schon in der Landeshaushaltsordnung – geben kann. Darüber müssen wir entscheiden.

Zu monieren habe ich an der ganzen Sache, dass es unterschiedliche Systeme oder Modelle in den verschiedenen Bundesländern gibt. Das mag dann auch dazu führen, dass es keine Vergleichbarkeit gibt. Der Rechnungshof hat dies in seiner Denkschrift eindeutig festgestellt.

Ich will aber auf die Konjunkturkomponente noch einmal eingehen. Wichtig ist, dass die Konjunkturkomponente symmetrisch ist. Das soll heißen, wenn im Konjunkturverlauf im Konjunkturabschwung Geld aufgenommen wird, dann muss dieses Geld in diesem Konjunkturverlauf auch wieder zurückbezahlt werden. Der Schuldensaldo muss also null bleiben. Das ist meines Erachtens der entscheidende Punkt.

Wir müssen mit dieser Schuldenbremse auch ganz klar zeigen, dass wir aus der Vergangenheit gelernt haben. Es darf nicht sein, dass wir weiterhin einen Schuldenberg aufbauen, ohne bereit zu sein, ihn auch wieder abzubauen. Es gibt einen berühmten Satz des österreichischen Nationalökonomenschumpeter. Er hat Folgendes gesagt:

Eher legt sich ein Hund einen Wurstvorrat an als eine demokratische Regierung eine Budgetreserve.

Ich sage Ihnen eines: Das müssen wir in Zukunft eindeutig widerlegen. Dazu haben wir jetzt mit der Schuldenbremse gute Argumente und gute Instrumente.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Diese Schuldenbremse wird Leitplanken in Bezug auf unsere Landeshaushalte einziehen. Wir werden darüber diskutieren müssen, wie viel Staat man sich noch leisten will und was es kosten darf. Es wird also erforderlich sein, dass wir uns künftig am Notwendigen und nicht am Wünschenswerten orientieren. Ich will dem Rechnungshof ausdrücklich danken, dass er hier Maßstäbe gesetzt hat und uns Wege gewiesen hat.

Herr Munding, Sie sind schon auf die Finanzierung der IT eingegangen. Dazu will ich nur kurz etwas sagen. Wir haben seit 2015 einen Beauftragten der Landesregierung für Informationstechnologie. Dieser ist im Innenministerium angesiedelt. Das ist auch eine gute Sache, weil er gleichzeitig für die Digitalisierung zuständig ist. Ich glaube, wir sind einen großen Schritt vorangegangen.

Wir werden aber noch etliches tun müssen. Ich möchte dies nur einmal in Stichworten sagen: Konsolidierung und Modernisierung der Rechenzentren, Standardisierung der Informa-

tionstechnologie, Einführung der E-Akte, Mobile-Government-Strategie, Informationssicherheit und Informationsmanagement. Es ist gut, dass dies jetzt gebündelt ist. Aber wir wissen auch – das hat der Rechnungshof in seinem Bericht ganz eindeutig gesagt –, dass wir hierfür die Mittel brauchen. Dieser Beauftragte muss über die Mittel verfügen können.

Ich weiß, dass es Bedenken vonseiten des Finanzministeriums gibt. Wir werden in Zukunft sehen, ob die Zuordnung des IT-Strukturfonds in den Bereich des Finanzministeriums praktikabel ist.

Ich möchte noch auf ein paar Berichte eingehen, vor allem zum Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, also zum Bildungsbereich. Es gibt eine Organisations- und Aufgabenanalyse im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport und eine Untersuchung des Qualitätsmanagements an Realschulen und allgemeinbildenden Schulen. Der Rechnungshof hat sich hier verdient gemacht – allerdings nicht bei allem. Ich sage es einmal folgendermaßen: Wenn jetzt festgestellt wird, dass 32 % des Personals im Kultusministerium Abordnungen sind, dann darf dies nicht so weitergehen; denn dies führt natürlich auch zu einem Ausfall von Schulstunden. Das darf so nicht gehen.

Wir müssen also in Zukunft darauf achten, dass die Stellen derjenigen, die im Kultusministerium arbeiten, dort auch etatisiert sind. Es darf nicht sein, dass man sich von draußen, von den Schulen die Lehrer ins Ministerium holt. Die Kultusministerin hat zugesagt, dies zu ändern. Ich denke auch, dass sie schon einen Schritt weitergegangen ist. Sie hat den Rechnungshof richtigerweise beauftragt, eine Organisationsanalyse zu erstellen. Ich denke, daran sieht man, wie engagiert die neue Kultusministerin im Schulbereich agiert.

(Beifall bei der CDU)

Ich will jetzt auf den Denkschriftbeitrag ...

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Die weitere Zeit ist bereits abgelaufen.

Abg. Joachim Kößler CDU: ... „Qualitätsmanagement an Realschulen und allgemeinbildenden Gymnasien“ nicht näher eingehen. Darin gibt es gute Aspekte für die Qualitätssicherung an unseren Schulen.

Ich will zum Schluss dem Rechnungshof noch einmal ausdrücklich danken. Ich danke Ihnen, Herr Munding, für die Zeit, die wir gemeinsam im Finanzausschuss arbeiten durften. Sagen Sie auch Ihrem ehemaligen Vizepräsidenten alles Gute und Dank für die Zusammenarbeit, und sagen Sie der neuen Vizepräsidentin „Glück auf!“ für ihr neues Amt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Anton Baron AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Dr. Podeswa.

Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich bedanke mich beim Rechnungshof des Landes für den Prüfbericht zum

(Dr. Rainer Podeswa)

Haushalt 2014. Ganz besonders möchte ich mich bei Herrn Präsident Munding auch für die kritische Begleitung der Bewirtschaftung der Steuergelder des Landes durch den Rechnungshof bedanken. Der Rechnungshof hat seine Aufgabe gewohnt zuverlässig, kompetent und gut verrichtet. Jetzt stellt sich hier natürlich die Frage, ob dies bei der grün-roten Landesregierung, die den Haushalt 2014 aufgestellt hat, auch der Fall ist.

Die AfD-Fraktion war 2014 leider noch kein Teil des Landtags. Sicherlich hätte sie den Haushalt kritisch gewürdigt. Aber wir können feststellen – Herr Kollege Köbler hat eben schon einige Punkte festgestellt, die wir, die AfD, hier rückwirkend bei der Betrachtung des Haushalts 2014 auch würdigen wollen –: Wir sind die einzige Fraktion hier im Landtag,

(Zuruf)

die bisher noch keiner Schuldenaufnahme zugestimmt hat.

(Beifall bei der AfD)

Ich wäre nicht so vermessen zu sagen, dass das über die nächsten Jahre und Jahrzehnte so bleiben wird. Ich bin aber absolut der Meinung, dass wir die Schuldenbremse, wie hier verschiedentlich schon vorgeschlagen wurde, unbedingt in die Verfassung des Landes aufnehmen müssen, um die Hürden für weitere Schulden zumindest sehr hoch zu hängen.

(Beifall bei der AfD)

Das Land hat heute einen Gesamtschuldenstand von 47,8 Milliarden €.

(Zuruf von der AfD: Wer soll das bezahlen?)

Herr Kollege Köbler hat es schon ausgeführt. Das spricht nicht für eine gute und vor allem nicht für eine nicht verbesserungswürdige Situation des Landes. Auf der Internetseite des Landtags steht:

Auch unsere Kinder und Enkel sollen die Möglichkeit haben zu gestalten und nicht riesige Schuldenberge erben.

Das sollten bitte nicht nur Lippenbekenntnisse bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Der Rechnungshof hat in seinem Bericht auch festgestellt, dass die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes im Jahr 2014 geordnet gewesen ist und die Haushaltsrechnung des Landes 2014 den Vorschriften der Landeshaushaltsordnung entsprach.

Kein Wunder, möchte man fast sagen, kann doch die Landeshaushaltsordnung jederzeit angepasst werden – wie wir kürzlich erst erleben konnten –, um Schuldentilgung zu vermeiden. Herr Präsident Munding hat die Überlegungen, die dahinter standen, ausgeführt. Sie wurden hier in der Haushaltsdebatte ausführlich diskutiert; wir brauchen darauf nicht weiter einzugehen.

Im Rückblick kann man aber, wie mein Vorredner auch schon ausgeführt hat, sagen, dass wir möglicherweise doch eine grundsätzliche Neubestimmung brauchen. Die Forderung nach

immer mehr, immer mehr, immer mehr Geld kann es möglicherweise dann doch nicht sein.

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD)

Ein Mensch wird ja auch nicht dadurch gesünder, dass er immer mehr Medikamente einwerfen muss.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Die Istzahlen bei den Ausgaben im Haushaltsjahr 2014 betragen 42,7 Milliarden €. Ein Jahr später betragen diese Istzahlen schon 45 Milliarden €, also 2,3 Milliarden € mehr. Im Jahr 2016 waren es weitere 1,8 Milliarden €, im Jahr 2017 war es selbstverständlich wieder 1 Milliarde € mehr.

Dass die Regierung heute tatsächlich, wie ich sagen würde, im Steuergeld ertrinkt – andere Kollegen haben formuliert, dass wir gerade eine sehr flexible Finanzsituation haben –, kommt auch darin zum Ausdruck, dass die Ausgabereise seit Jahrzehnten ständig steigen. Vor zehn Jahren – von 2006 auf 2007 – hatten wir 1 Milliarde € Ausgabereise; das entsprach 3 % des Haushaltsvolumens. Ausgabereise sind Mittel, die nicht verbraucht werden und im nächsten Haushalt zum Einsatz kommen können.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Ach!)

1 Milliarde € – 3 % – waren es vor zehn Jahren.

(Abg. Winfried Mack CDU: Da hatten wir aber ein anderes Volumen, Herr Kollege!)

2014 blieb nicht 1 Milliarde € übrig, sondern es blieben 2,3 Milliarden € oder 5,5 % übrig. Von 2016 auf 2017 bleiben bei einem Haushaltsvolumen von 45 Milliarden € rund 3,6 Milliarden € übrig; das sind schon 8,1 %.

Über den Zeitraum der letzten zehn Jahre betrachtet – vor zehn Jahren blieben 3 % des Haushalts übrig, vor vier Jahren blieben 5,5 % übrig, im letzten Jahr blieben 8,1 % übrig –, dürfen wir erwarten, dass in diesem Jahr, im Haushalt 2017, etwa 10 % übrig bleiben. Damit wäre ja nur der Trend fortgeschrieben.

(Zurufe)

– Aus welchem Grund eigentlich nicht? – Ich erinnere aber daran: 10 % des Haushalts, das wären fast 5 Milliarden €, die wir dem Bürger an Steuergeldern tatsächlich abgenommen haben, um sie dann im Haushalt nicht zu verbrauchen. Warum also?

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD – Lachen des Abg. Winfried Mack CDU – Abg. Tobias Wald CDU schüttelt den Kopf.)

Dass das keine Überlegungen sind, die die Grünen nachvollziehen können, wundert mich nicht. Aber was ist nur aus der CDU geworden? Halten Sie das wirklich noch für eine seriöse Haushaltsführung?

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Was genau schlagen Sie denn an Steuersenkungen vor?)

(Dr. Rainer Podeswa)

Wir, die AfD, werden in diesem Jahr Gesetzesinitiativen einbringen mit dem Ziel, dem Bürger wieder zu seinem Recht und damit auch zu seinem Geld zu verhelfen. Die überbordenden Steuereinnahmen des Landes müssen endlich wieder auf das erforderliche Maß reduziert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Damit schließe ich genau an den Gedanken an, den der Kollege Köbler von der CDU eben ausgeführt hat.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Hofelich.

Abg. Peter Hofelich SPD: Herr Präsident, Herr Präsident Munding, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Vielen Dank, dass ich heute die Gedanken der SPD-Fraktion zum Bericht vortragen kann. Ich freue mich sehr und möchte auch Herrn Munding gleich zu Beginn noch einmal herzlich danken.

Ich möchte gleich eingangs sagen, dass die Verfassung unseres Landes Baden-Württemberg und das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland uns Parlamentariern auferlegen – Herr Kollege –, dass der Bürger, die Bürgerin nicht nur ein privates, sondern auch ein soziales Wesen in einem öffentlichen Staat sind. Deshalb ist für uns die Feststellung wichtig, dass Steuern Voraussetzungen sind, die wir zur Aufgabewahrnehmung brauchen, und dass wir deshalb nicht in der Weise darüber sprechen, wie Sie es tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Die Beratung der Denkschrift 2016 des Rechnungshofs Baden-Württemberg gibt Gelegenheit, Verlauf, Stand und Perspektive der finanziellen Situation unseres Landes zu betrachten. Die Denkschrift ist niemandem gefällig; für die Opposition ist aber eine klar und kenntnisreich argumentierende staatliche Finanzkontrolle allemal eine wertvolle Hilfe in ihrem eigenen Geschäft. Für die 220 Seiten an dicht gedrängten Fakten und Analysen danken wir Ihnen, Herr Munding, und Ihrem Team daher herzlich.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben den Finanzausschuss als „Stätte des Diskurses“ bezeichnet. Das freut mich sehr, und diesen Diskurs wollen wir auch in den folgenden vier Jahren dieser Legislaturperiode in Begleitung des Rechnungshofs – den wir dazu brauchen – gern fortsetzen. Ich denke, dass der Finanzausschuss in den kommenden Jahren noch mehr zu einer Stätte des Diskurses werden muss. Wenn ich höre, wie es früher im Finanzausschuss zugegangen ist, fühle ich mich zu dieser Aussage ermutigt. Dafür ist aber die Offenheit aller notwendig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Denkschrift, herausgegeben im Juni 2016 und mit Zahlenmaterial bis zum Mai 2016 arbeitend, kann für eine Debat-

te im März 2017 jetzt selbstverständlich nicht komplett aktuell sein, aber ihre strukturellen bzw. strukturpolitischen Aussagen, auf die Sie, Herr Munding, sich heute konzentriert haben, sind es zweifelsohne.

Das laufende finanzpolitische Geschäft hat sich allerdings seit Mai 2016, als der Rechnungshof für diese Denkschrift endgültig die Bücher schließen musste, in einer Weise aufgeheitelt und verstetigt, wie es in der Geschichte unseres Landes wahrscheinlich fast beispiellos ist. Wir, die SPD, freuen uns selbstverständlich über die Früchte der finanzwirtschaftlichen Konsolidierung der letzten Jahre und des langgezogenen konjunkturellen Aufschwungs seit der von der Lehman-Bank ausgelösten Weltwirtschaftskrise. Wir sind aber doch etwas erstaunt über die eher kühle und einfallsarme Finanzpolitik, die dieses Geschenk seit einem Jahr fast nur verwaltet und nicht gestaltet und die mit den Einsparungen bei den Kommunen und in der Bildung die völlig falschen Akzente setzt.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von den Grünen, u. a.:
Oh! – Die Kommunen bekommen doch Geld von uns!)

Damit bin ich in meinem Dreiklang bei dem ersten Punkt, dem bisherigen Verlauf der Einnahmen und Ausgaben unseres Landes. Hier haben wir ja von Ihnen einige Hinweise: Die kontinuierlich steigenden Personalausgaben werden gezeigt – übrigens mit einem erfreulichen Sondereffekt: Bei den Kinderbetreuungsausgaben für unter Dreijährige gibt es einen Sprung; diese Mittel werden aber auch durch den Bund gespeist. Es gibt jedoch auch gebremste Personalnebenkosten; ich nenne nur das Stichwort Beihilfe als schmerzhaftes Thema der vergangenen Legislatur.

Ferner will ich die gestiegenen Ausgaben für Baumaßnahmen nennen, die bei Hochbau und Straße von 2014 auf 2015 einen Sprung um 15 % aufwiesen. Das lässt, Kolleginnen und Kollegen, nur den Schluss zu, dass entgegen der einsamen Interpretation des Herrn Ministerpräsidenten der Abbau der impliziten Verschuldung bereits in der letzten Legislatur substanzial auf dem Weg war.

Wir sehen auch den Aufbau der Pensionsrücklage von 1,75 Milliarden € am 1. Januar 2011 – noch unter Ihrer Verantwortung, der Verantwortung der CDU – auf 4,8 Milliarden € am 1. Januar 2016. Auch das ist ein beträchtlicher Sprung.

All das sagt in einem Satz: Schwarze Null, Abbau impliziter Verschuldung und angemessener Aufbau der Pensionsrücklage sind Strukturmerkmale der vergangenen fünf Jahre bis 2016. Dies alles geschah übrigens bei anziehender, aber anfänglich keineswegs schon stabiler Konjunktur – zweifelsohne im Rückblick ein Erfolg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ein Blick in die jüngere Vergangenheit: Der Rechnungshof konnte sich bei der Drucklegung noch über die erfreuliche Mai-Steuerschätzung 2016 freuen und auch den Rückgang der Flüchtlingszahlen festhalten – ein Vorteil des Berichts. Die massiven Auswirkungen auf den Landeshaushalt konnte er allerdings nicht erahnen: ein kassenmäßiger Überschuss 2016 in Höhe von 3,5 Milliarden €, den es in der Geschichte des Landes so wahrscheinlich noch nie gab, und das in einem Jahr,

(Peter Hofelich)

in dem auch Außerordentliches geleistet werden musste; ich erinnere an die außerordentlichen Ausgaben in Höhe von 2,5 Milliarden € im Zusammenhang mit den zu uns Geflohenen. Wir haben damit in der Summe Reserven in Höhe von geschätzt 5 Milliarden € zum Jahresende 2016 aufgebaut.

Sie hatten den Finanzplan als Grundlage für den Blick nach vorn. Heute haben wir von der Frau Finanzministerin auch eine – jedenfalls auf den ersten fünf Seiten überarbeitete – mittelfristige Finanzplanung. Diese zeigt uns: Wir wollen nie übermütig werden. Sie haben völlig recht: In guten Zeiten muss man besonders vorsichtig sein. Aber es zeigt sich, dass die Nullneuerschuldung bis zum Jahr 2020, bis die Schuldenbremse greift, einhaltbar ist. Wenn uns nicht der Himmel auf den Kopf fällt, werden wir das schaffen.

Zurück bleiben allerdings – ich wiederhole es – die Kommunen und die Bildung als diejenigen, die Verlierer sind. Anders als die Ministerien, die mit den globalen Minderausgaben sozusagen „gesegnet“ waren, wo man also die Chance hatte, auf Zeit zu spielen, hatten die Kommunen diese Gelegenheit nicht. Dort ist der Minderbetrag bereits eingepreist und eingeplant. Wir halten das für nicht nötig; das wissen Sie. Vorhin sprach ich vom Himmel-auf-den-Kopf-Fallen; das ist wie bei Asterix und dem Zaubertrank – Asterix I –: Man hätte es nicht unbedingt gebraucht, aber vielleicht hat es Schwarz-Grün

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Grün-Schwarz!)

einfach so besser geschmeckt, wenn die Kommunen und die Schulen da bluten müssen.

Ich komme damit zum zweiten Punkt, zur finanziellen Situation unseres Landes. Ich will dies sehr kurz machen. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir dank der Überschüsse und der Rücklage und auch der politischen, wenn man so will, Windfall-Profits von Zinsen und Steuern, auch der Zukunftsoptionen, die wir aus der Einigung zum Bund-Länder-Ausgleich haben, übrigens auch dank dessen, dass die Risiken aus der Weltwirtschaftskrise abgewendet werden konnten – ich sage nur: unsere Verpflichtungen bei der Sachsen Bank –, gute Chancen haben, gut ins Jahr 2020 hinüberzukommen. Die SPD wird dies begleiten.

Aber es geht auch darum, dass wir dabei die strukturellen Dinge angehen, die Sie, Herr Munding, angesprochen haben. Es geht darum, die IT-Reform konsequent zu Ende zu führen, die Aufgabenkritik anzunehmen und die Verschuldung abzubauen. Ich bin sehr dafür, dass wir auch hier in diesem Haus offen über das diskutieren, was dazu zu sagen ist. Ich würde mich freuen, wenn der Innenminister, wenn es um Fragen der IT-Reform und Fragen der Verwaltungsreform geht, wenn es darum geht, wie viele Verwaltungsebenen, wie viele Verzahnungen es im Land Baden-Württemberg gibt, eine aktive Rolle spielt. Im Augenblick erlebe ich ihn beim Thema IT eher so, dass er segnend durch das Land läuft und Förderbescheide für Leitungen verteilt. Ich erwarte von ihm aber schon, dass er auch konzeptionell etwas tut.

Was die Verschuldung angeht, möchte ich nur noch einmal zur Frau Finanzministerin sagen, dass gar nicht klar ist, wie hoch die implizite Verschuldung ist – sie sagt ja, sie brauche erst eine Vermögensrechnung – oder wie viel von derselben im laufenden Jahr abgebaut wird. Auch das wissen wir nicht.

Sie ist aber unbedingt darauf angewiesen, 411 Millionen € Kreditmarktschulden nicht abzubauen, weil sie damit eigentlich auch anderweitig ordentlich finanzierbare Bauinvestitionen realisieren will. Ich frage mich, wo da derzeit die Zusätzlichkeit klar wird. Da müssten Sie vielleicht noch einmal insistieren, Herr Munding. Ich sehe im Augenblick nicht, wie diese Operation tatsächlich zu Ihren Kriterien passt. Aber vielleicht werden wir dazu auch etwas Berufenes hören.

Auf jeden Fall, selbst wenn ich die leichte Polemik reduziere, die Sie beim Thema Finanzen von einem Oppositionssprecher erwarten können:

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Nein! Wir erwarten keine Polemik!)

Wir brauchen mehr Konzentration auf das Wesentliche. Wir brauchen ehrlichere Soll-, Istansätze, und wir brauchen eine Stärkung der staatlichen Pflicht und nicht unbedingt immer nur der medialen Kür durch diese Regierung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Damit bin ich bei dem dritten Punkt, dem Blick voraus. Die Schuldenbremse ist in der Tat etwas, was uns in der kommenden Zeit beschäftigen wird. Die Finanzministerin hat alle Fraktionen eingeladen, über die Ausgestaltung zu sprechen. Ich nehme zur Kenntnis, dass die Koalitionsfraktionen gesagt haben, sie wollten nicht über das, was im Bund besprochen worden ist, hinausgehen. Vielleicht äußern Sie sich noch einmal dazu, weil dies natürlich den Handlungsspielraum einschränkt. Ich will aber klar sagen, dass das Thema einer konjunkturellen Komponente in unseren Debatten natürlich eine Rolle spielen muss. Das hat unser Fraktionsvorsitzender an anderer Stelle auch schon angedeutet. Gemeinsam werden wir das tun.

Ich bin mit Ihnen allerdings auch der Meinung, dass wir, was die Schuldenbremse angeht, hier nicht am Punkt null stehen. Der Bund hat für uns bereits Verpflichtendes geregelt. Wir sollten da nicht immer so tun, als ob wir das Ganze hier allein – sozusagen nur unter uns – ausmachen würden.

Das Zweite, was ich, nach vorn gerichtet, gern ansprechen möchte, ist die Frage der Ausgabensteigerungen. Herr Kollege, nicht nur das Volumen des staatlichen Haushalts, sondern auch das Bruttosozialprodukt wächst – dies nur einmal als kleine Information.

Die Frage ist, wie wir proportional dazu mit unseren Aufgaben stehen. Deswegen, glaube ich, ist es in der Tat wichtig, Herr Munding, dass wir es schaffen, die gesetzlichen, die vertraglichen Verpflichtungen, die wir haben, die uns weitestgehend binden, auch genau anzuschauen. Aber ich wünsche mir auch einen handlungsfähigen Staat, und das wünscht sich hoffentlich auch der Rechnungshof. Wir werden auch in den Staat investieren müssen, meine Damen und Herren.

Der dritte Punkt, den ich ansprechen möchte, ist der, wie Sie sagen, inhärente Trend des Zuwachses öffentlicher Dienstleistungen. Es gibt, Herr Munding, seit Jahrzehnten auch einen säkularen Trend zu Dienstleistungen allgemein. Die Industrieproduktion und die agrarische Produktion gehen zurück, und es gibt einen Trend zu Dienstleistungen, den Sie überall

(Peter Hofelich)

in dieser Stadt beobachten können, was die Arbeitsplätze angeht. In diesem Punkt wird sich der Staat nicht abkoppeln können.

Die entscheidende und spannende Frage ist, ob und, wenn ja, wie wir in unserer Gesellschaft, in der es gesellschaftliche Diversität, Unterschiedlichkeit gibt, die sich nicht aus sich heraus allein organisieren kann, die dazu immer einer Unterstützung durch staatliche Dienstleistungen bedarf, diese Unterschiede, die jetzt zugenommen haben, die nach Unterstützung durch Dienstleistungen rufen – ich nenne noch einmal die Themen Kinderbetreuung und Schule –, auch tatsächlich darstellen können.

Die Antwort der SPD ist die: Wir wollen in der Daseinsvorsorge und dort, wo wir nahe an den Bürgerinnen und Bürgern sind, dass staatliche Dienstleistungen eher zunehmen, meine Damen und Herren.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Lieber Kollege Hofelich!

Abg. Peter Hofelich SPD: Damit bin ich am Ende, Herr Präsident. – Ich will am Ende nur sagen: Wir sind sehr dafür, dass wir in der föderalen Frage Kurs halten. Das Land Baden-Württemberg ist ein Staat, und dieser Staat muss im größer werdenden Europa seine Selbstbehauptung und seine Identität pflegen. Dies ist aber in einer Bürgerschaft, die dies nicht selbstverständlich alles unterschreibt, nicht selbstverständlich. Deswegen müssen wir auch dafür politisch werben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich dem Abgeordnetenkollegen und Geburtstagskind Glück das Wort.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD)

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Werter Herr Präsident, werter Kolleginnen und Kollegen! Sie werden es ahnen: Ich werde meine Rede – ja, natürlich – auch mit dem Dank an den Rechnungshof und seinen Präsidenten Munding beginnen. Auch dem scheidenden Vizepräsidenten Kunz möchte ich noch alles Gute wünschen. Vielleicht könnten Sie ihm das ausrichten.

Der neuen Vizepräsidentin Taxis möchte ich an dieser Stelle ganz herzlich gratulieren. Das gute Wahlergebnis, das sie erzielt hat, kann sie, glaube ich, wirklich auf ihre Person beziehen. Vielleicht könnten Sie, Herr Munding, ihr das netterweise so ausrichten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Jetzt wurde dem Rechnungshof von allen Rednern hier gedankt, aber von mir ist der Dank ernst gemeint.

(Lachen bei der SPD – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: „Hüstel“! – Abg. Reinhold Gall SPD: Was wollen Sie damit jetzt sagen?)

Die Arbeit des Rechnungshofs ist natürlich für die FDP/DVP-Fraktion sehr wichtig. Selten einmal kann man wirklich einen offenen Dissens erkennen, dass der Rechnungshof eine ganz andere Meinung hat als wir. Gerade eben bei dem Punkt „Implizite Verschuldung“ sind wir uns vielleicht nicht ganz einig. Aber Sie haben ja signalisiert, Herr Munding, dass da auch innerhalb des Rechnungshofs keine ganz eindeutige Meinung herrscht. Darüber kann man wirklich diskutieren.

Ich möchte nur wiederholen: Wir sind natürlich ganz klar der Meinung, dass es auf gar keinen Fall einen Missbrauch geben darf insofern, als es nun unter dem Deckmäntelchen des Abbaus der impliziten Verschuldung geschieht, wenn Investitionen getätigt werden, die dem Erhalt des Landesvermögens dienen. Denn das sind ja Pflichtausgaben, die ohnehin schon die ureigene Aufgabe des Landeshaushalts darstellen.

(Beifall des Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP)

Diesem Missbrauch wurden durch die Änderung der Landeshaushaltsordnung jetzt Tür und Tor geöffnet. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich sagen: Dafür kritisieren wir diese Landesregierung, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Ich möchte kurz auf das eingehen, was die Finanzministerin schon in der Vergangenheit gesagt hat – der Kollege Kößler hat es gerade auch noch einmal angedeutet –: Diese Niedrigzinsphase wäre jetzt natürlich dazu geeignet, dass man das Geld nimmt, nicht um Schulden zurückzuzahlen, sondern um Investitionen zu tätigen, und zwar mit dem Hinweis – Frau Finanzministerin Sitzmann, so haben Sie das auch einmal gesagt –: Wenn wir jetzt Schulden zurückzahlen, dann haben wir ja überhaupt keine Zinsersparnis. Jetzt frage ich Sie aber von dieser Stelle aus: Wir haben ohnehin schon eine Nullzinsphase. Wie viel Zinsersparnis wollen Sie denn eigentlich noch haben? Andersherum wird doch ein Schuh daraus: Die Schulden, die wir heute nicht zurückzahlen, werden uns dann erdrücken, wenn die Zinsen irgendwann wieder steigen. Deswegen müssen wir in eine Schuldentilgung eintreten, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Zuruf von der AfD: Aber hallo!)

Ansonsten, wie gesagt, haben wir sehr viel, was uns mit dem Rechnungshof verbindet, besonders natürlich die Forderung nach einer Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung. In der Denkschrift kann man auf Seite 61 lesen – ich darf zitieren –:

Das durch das Grundgesetz vorgegebene Verschuldungsverbot ist zeitnah in der Landesverfassung zu verankern.

Das steht nicht das erste Mal drin, sondern das stand schon häufiger drin.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein bisschen anschaulich machen, warum ich auf diesem Punkt jetzt so herumreite. Seit ich Kinder habe, haben diejenigen, die unsere Schulden irgendwann einmal erben werden, ein Gesicht. Es muss die höchste Priorität hier im Haus sein, dass

(Andreas Glück)

unsere Kinder zukünftig freie Gestaltungsspielräume haben, auch freie Gestaltungsspielräume im finanziellen Sinn. Dem müssen wir eine hohe Priorität einräumen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD
– Zuruf des Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP)

Dafür ist die Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung etwas unglaublich Wichtiges. Wir müssen dadurch Klarheit schaffen, welche Konjunkturkomponente man z. B. in die Landesverfassung mit aufnehmen kann, und es müssen klare und auch, wie ich meine, streng definierte Ausnahmeregelungen getroffen werden für den Fall von Naturkatastrophen oder von außergewöhnlichen Notsituationen.

Ich sage ganz klar: Das Verschuldungsverbot durch den Bund erachten wir hier als nicht ausreichend. Denn neben den beiden gerade genannten Punkten, bei denen es Klarheit zu schaffen gilt, greift die Bundesregelung erst ab dem Jahr 2020. Das ist uns zu spät. Wir müssen und wir können bereits heute handeln und Schulden zurückzahlen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Ebenfalls auf Seite 61 würdigt der Rechnungshof, dass es in der letzten Legislaturperiode mehrere Initiativen gab, die Schuldenbremse in die Landesverfassung aufzunehmen. Dieses Lob gilt ganz offensichtlich der FDP/DVP-Fraktion. Wir haben in der letzten Legislaturperiode tatsächlich drei Mal einen Gesetzentwurf eingebracht mit dem Ziel, die Schuldenbremse in die Landesverfassung aufzunehmen. Wenn ich Sie, die CDU, daran erinnern darf: Es war im Jahr 2011, als Sie ebenfalls einen Gesetzentwurf zum Thema „Verankerung der Schuldenbremse“ eingebracht hatten. Jetzt frage ich Sie: Wo bleibt diese Verankerung denn jetzt?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! Alles vergessen!)

Sie regieren jetzt schon seit einem Jahr. Ich möchte Ihnen von dieser Stelle aus ganz klar sagen: Lassen Sie sich bitte nicht über den Tisch ziehen, so wie z. B. bei der Landesbauordnung oder wie beim Jagdrecht oder wie bei dem Thema Windkraft. Bitte strengen Sie sich an. Wir brauchen die Schuldenbremse in der Landesverfassung. Da nehme ich die CDU wirklich beim Wort. Ansonsten tanze ich Ihnen für den Rest der Legislaturperiode auf der Nase herum, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Sie haben jetzt die Chance. Am 17. August vergangenen Jahres haben wir erneut, jetzt zum vierten Mal, einen Gesetzentwurf zur Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung eingebracht. Jetzt wird es irgendwann einmal zum Schwur kommen, meine sehr geehrten Damen und Herren der CDU.

(Abg. Joachim Köbler CDU: In dieser Periode!)

Geben Sie sich einen Ruck. Die Beratung im Ausschuss hat bereits stattgefunden. Die zweite Lesung hier im Plenum steht demnächst an. Da haben Sie die Chance, Ihren eigenen Forderungen aus dem Jahr 2012 und auch aus Ihrem Wahlpro-

gramm nachzukommen. Setzen Sie sich für unseren Gesetzentwurf ein, stimmen Sie mit – es sei denn natürlich, Sie finden wieder Ausreden von wegen: „Das geht gerade nicht“ oder: „Wegen des Koalitionspartners“.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie wissen ja: Wer etwas will, findet Wege. Wer etwas nicht will, findet Argumente.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Heiner Merz AfD – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sind Sie jetzt gegen Argumente?)

Jetzt vielleicht noch ganz kurz: Der Rechnungshof hat gesagt, er freue sich auf die interfraktionellen Gespräche zum Thema Schuldenbremse. Ich möchte an dieser Stelle ganz klar sagen: Für den Fall, dass hier so wachsweiße Vorschläge kommen, wie es derzeit gerade die rot-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen macht, kann ich von dieser Stelle aus bereits signalisieren: Da sind wir dann aber selbstverständlich nicht dabei. Wir wollen eine richtige Schuldenbremse in die Landesverfassung schreiben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zum Schluss möchte ich exemplarisch noch auf einen anderen Punkt eingehen. Ich möchte versuchen, das jetzt etwas humorvoll auszugestalten.

Die Landesvertretung in Berlin hat zur Stallwächterparty 2015 eine unglaubliche neue technische Innovation entdeckt: die App auf dem Handy.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Diese App gab es zum Vorteilspreis von sage und schreibe 120 000 €.

(Zuruf: Ja!)

Na ja, gut, das kann man machen, aber dann muss man das Ganze halt auch bewerben. Aber in den darauffolgenden sechs Monaten wurde diese App gerade mal

(Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: 1 000 Mal!)

100 Mal downgeloadet.

(Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: So oft!)

Und von einem einzigen Nutzer gab es eine kurze Bewertung; er hat geschrieben, wie er diese App findet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im ersten halben Jahr hat diese App pro Download 1 200 € gekostet. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Diese 120 000 € wären besser eingesetzt gewesen, hätte man an einem Brennpunkt drei Erzieherinnen eingestellt.

Aber besonders amüsant war dann noch die Behandlung im Finanzausschuss.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Vielleicht erinnert sich der eine oder andere. Ich wollte mir diese App downloaden; ich wollte sie auf dem Handy haben.

(Andreas Glück)

Ich habe das gemacht, und Sie ahnen nicht, wessen Gesicht mich aus dem Appstore angelächelt hat:

(Heiterkeit des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE –
Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Jetzt!)

Es war das Gesicht – das war vor wenigen Wochen – von Peter Friedrich.

(Zurufe von der SPD: Guter Mann!)

Es ist ganz aufrichtig gemeint, wenn ich sage: Ab und zu vermisste ich Peter Friedrich hier im Haus.

(Beifall der Abg. Gabi Rolland SPD – Zuruf: Das
Land wirbt halt mit guten Leuten!)

Aber Aktualität, werte Herren und Damen von der Landesregierung, sieht einfach anders aus.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der
AfD)

Jetzt zum Schluss noch ein Aufruf: Wenn die Plenarsitzung nachher zu Ende ist, sollten Sie in den Appstore gehen und die App downloaden.

(Abg. Sascha Binder SPD: „In den Appstore gehen“!
In welchen Appstore muss man denn gehen?)

– Also, bei Apple: Du gehst einfach in den Appstore. Du kannst dir das von deinem Berater beibringen lassen, wenn du es nicht mitbekommst.

(Unruhe)

Gehen Sie in den Appstore, laden Sie sich die App „LvBW Berlin“ herunter.

Wenn dieser Aufruf jetzt ein bisschen öffentlich ist, dann bekommen wir – das sage ich Ihnen – in wenigen Minuten hin, was die Landesregierung in einem halben Jahr nicht geschafft hat.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der
AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung erteile ich Frau Finanzministerin Sitzmann das Wort.

Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident Munding! Die geplanten Ausgaben des Landes Baden-Württemberg für 2017 betragen bekanntermaßen – wir haben es ja intensiv beraten – 48 Milliarden €. Diese 48 Milliarden € sind nicht das Geld der Finanzministerin, des Ministeriums oder der Landesregierung, auch nicht das Geld des Haushaltsgesetzgebers, sondern es ist das Geld der Steuerzahlerinnen und der Steuerzahler. Das heißt, wir alle haben die große Verantwortung, dieses Geld bestmöglich auszugeben, es eben so auszugeben, dass ein hohes Maß an öffentlichen Leistungen gewährleistet werden kann, und zwar nicht nur heute, sondern auch morgen und übermorgen.

Öffentliche Leistungen sind z. B. nötig, damit wir die schöne und vielfältige Natur- und Kulturlandschaft des Landes bewahren, damit wir weiterhin in Sicherheit und Freiheit leben können, damit wir eine verlässliche Verwaltung haben, den Klimaschutz vorantreiben, gute Schulen und Universitäten und eine solide Infrastruktur haben, was landeseigene Gebäude, Straßen und Brücken betrifft.

Da es das Geld der Bürgerinnen und Bürger ist, das wir ausgeben, ist es unsere Pflicht, immer wieder aufs Neue zu hinterfragen, ob wir mit den Steuergeldern auch das Bestmögliche erreichen. Unser Ziel ist es, verlässlich mit diesen Mitteln umzugehen, meine Damen und Herren, und das tun wir auch.

Ich möchte an dieser Stelle hervorheben, dass natürlich der wichtigste Partner, den wir dabei haben, der Landesrechnungshof ist, der immer wieder, Tag für Tag, so wie wir hinterfragt, ob wir z. B. Verwaltungsverfahren einfacher, besser, schneller, bürgernäher gestalten können, ob Programme, die es heute gibt, heute und auch morgen noch sinnvoll sind, ob Aufwand und Ertrag in einem vernünftigen Verhältnis stehen oder ob es Mitnahmeeffekte gibt. Dazu gehören auch die Fragen, ob wir öffentliche Leistungen, wichtige Leistungen – Qualität in Bildung, Schule, Infrastruktur – nicht mit weniger Geld in gleicher oder vielleicht sogar besserer Qualität zur Verfügung stellen können. All diese Fragen stellt der Rechnungshof sich und uns immer wieder. Das ist auch gut, sehr wichtig und wertvoll für uns.

Gerade auch die Arbeit des Rechnungshofs zeigt, dass Konsolidierung ein wichtiger Impuls ist, um Veränderungen voranzutreiben. Es geht also um das systematische Hinterfragen von Abläufen, von Strukturen, von Ausgaben, und es geht darum – das ist natürlich auch die besondere Aufgabe des Landesrechnungshofs –, Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten und uns diese in vielen, vielen unterschiedlichen Detailfragen zur Verfügung zu stellen und mit uns zu diskutieren. Dafür möchte ich Ihnen, Herr Präsident Munding, stellvertretend für alle Beschäftigten des Landesrechnungshofs ganz herzlich Danke sagen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD sowie des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Sie haben selbst in dem Vorwort der Denkschrift 2016 geschrieben:

Die Erfahrung lehrt: Konsolidierung ist kein Selbstläufer. Erreichtes muss gesichert und neue Herausforderungen müssen bewältigt werden können. Konsolidierung ist keine Einmalaktion, sondern eine Daueraufgabe.

Genau das ist es, meine Damen und Herren.

Sie, Herr Munding, haben auch zu Recht darauf hingewiesen, dass natürlich in Zeiten, in denen wir eine gute, erfreuliche Entwicklung der Steuereinnahmen haben, die Konsolidierung eben nicht besonders leicht, sondern gerade besonders schwer ist. Aber diese Regierung und die Regierungsfractionen – das ist auch hier in der Aussprache und in den Haushaltsberatungen deutlich geworden – sind sich dieser Herausforderung bewusst, und der werden wir uns auch in Zukunft stellen.

Ja, die Aufgabe des Landesrechnungshofs als politisch neutraler Instanz ist, die Verwendung der Gelder zu hinterfragen,

(Ministerin Edith Sitzmann)

die Landesverwaltung kritisch zu kontrollieren und zu prüfen, auf mögliche Fehlentwicklungen, Fehlanreize hinzuweisen und der Landesregierung Vorschläge zu machen, wie wir mit dem Steuergeld noch bessere Ergebnisse erreichen können.

Mit dieser Arbeit gehen Sie mit Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den Rechnungsprüfungsämtern in Vorleistung, und dann folgt eine intensive Zeit der Beratung mit den betroffenen Ministerien, im Finanzausschuss und auch hier im Plenum. Diese Arbeit ist sehr wichtig und wertvoll, meine Damen und Herren. Deswegen beraten wir heute Ihre Denkschrift.

Lassen Sie mich ein paar Punkte der Denkschrift des Rechnungshofs herausgreifen. Die Finanzpolitiker lesen diese Denkschrift natürlich; ich kann die Lektüre aber allen empfehlen. Man bekommt sie umsonst, und man findet darin sehr viele Informationen über die unterschiedlichsten Felder. Ich kann tatsächlich jedem nur anraten, sie zu lesen.

Wegen der begrenzten Zeit will ich Ihre Vorschläge hier nun nicht in der eigentlich gebotenen Umfänglichkeit behandeln, werde aber doch ein paar Punkte herausgreifen.

Finanzplan 2020: Sie haben zur mittelfristigen Finanzplanung und zum Finanzplan 2020 der Vorgängerregierung Stellung bezogen. Sie haben zwei Dinge vorgeschlagen, nämlich, die Anstrengungen zur aktiven Haushaltskonsolidierung weiter zu verstärken und strukturelle Mehrausgaben und Stellenzuwächse möglichst zeitgleich durch strukturelle Einsparungen gegenzufinanzieren. Diese Vorschläge nehmen wir sehr ernst. Mit dem Haushalt, den das Parlament kürzlich verabschiedet hat, haben wir uns hier auf einen, wie ich finde, sehr guten Weg gemacht. Wir konsolidieren in einem Umfang von 800 Millionen €, meine Damen und Herren. Damit haben wir den Handlungsbedarf um rund ein Drittel reduzieren können. Wir haben auf der anderen Seite die strukturellen Mehrausgaben auf 150 Millionen € begrenzt. Ich denke, auch das ist ein richtiges Signal zur Haushaltskonsolidierung.

Natürlich ist unser klares Ziel für diese Legislaturperiode – meine Vorredner Herr Kößler und Herr Dr. Rösler haben es bereits betont –, dass wir Einnahmen und Ausgaben dauerhaft ins Lot bringen wollen und dass wir keine neuen Schulden machen – im Jahr 2017 nicht, im Jahr 2018 nicht, im Jahr 2019 nicht, und ab 2020,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sowieso nicht!)

wenn die Schuldenbremse gilt, sowieso nicht. Deshalb werden wir unseren Weg der Konsolidierung fortsetzen und hoffen dabei auch weiterhin auf die Unterstützung des Landesrechnungshofs.

Ja, auch wir wollen die Schuldenbremse in der Landesverfassung verankern. Im Koalitionsvertrag haben Grüne und CDU genau dies vereinbart. Wir werden in Kürze Gespräche mit den Fraktionen im Landtag aufnehmen. Die Hinweise, die Anregungen, die Ausführungen, die Sie nun in der Denkschrift 2016 noch einmal aufgeführt haben, sind da wirklich eine gute Unterstützung; dies ist ein wichtiger Hinweis, der uns für die anstehenden Gespräche sehr nützlich sein kann und wird, meine Damen und Herren.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Beifall! Es fehlt der Beifall!)

Wir haben hier auch – die Vorredner haben es bereits gesagt – über die IT, die Informationstechnologie gesprochen. Sie haben sich beispielsweise das Outsourcing der Bürokommunikation in der Landesverwaltung einmal vorgenommen und haben festgestellt, dass eine Privatfirma über 12 000 Bürokommunikationsarbeitsplätze zur Verfügung stellt, eben im Wege des Outsourcings. Die Verträge enden in diesem Monat. Wir haben Ihre Anregung aufgenommen, eine Anschlusslösung zu finden. BITBW, das Landesrechenzentrum, die zentrale Dienstleistungseinrichtung des Landes, wird genau dies übernehmen und hat sich bereits jetzt um die auslaufenden Outsourcingverträge gekümmert. Sie sehen also, wir nehmen Ihre Vorschläge ernst, und wir setzen sie auch um.

Das gilt nicht nur für diesen Bereich. Sie haben als Rechnungshof schon vor längerer Zeit die Bündelung der IT in einer Behörde, einer Einrichtung, einem Zentrum vorgeschlagen. Auch das haben wir umgesetzt. Klar ist natürlich, dass auch ich mir dabei mittel- und langfristig eine Entlastung des Haushalts wünsche. Klar ist aber auch, dass die Anforderungen an die IT in Zeiten der Digitalisierung, in Zeiten von Wirtschaft und Industrie 4.0 rasant steigen und dass insbesondere in dieser Umstellungsphase auch Investitionen notwendig sind.

Auch beim Thema Steuereinnahmen hat der Rechnungshof uns auf die Finger geschaut, z. B. bei der Zerlegung der Körperschaftsteuer. Er empfiehlt Optimierungen, damit dem Land wirklich kein Steuergeld verloren geht. Bei der Zerlegung geht es darum, wie das Körperschaftsteueraufkommen zwischen den Ländern und dem Bund verteilt wird, wenn ein Unternehmen Betriebsstätten in unterschiedlichen Bundesländern hat.

Die Anregungen, die Sie hierzu gemacht haben, wurden von uns aufgegriffen. Insbesondere geht es um die Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es gibt einen bundeseinheitlich abgestimmten Leitfaden, der in Kürze als Arbeitshilfe an die Finanzämter gehen wird.

Wir werden mit der IT-Unterstützung weiter vorangehen, und es ist unser Ziel, die elektronischen Erklärungen der Unternehmen auch vollständig maschinell zu bearbeiten. In wenigen Monaten werden wir dem Landtag und Ihnen als Rechnungshof erneut über den Fortschritt berichten.

Sie haben auch die Bundesebene oder die Ebene von Bund und Ländern angesprochen. Im Finanzausschuss des Bundsrats und in der Finanzministerkonferenz, die einmal im Monat tagt, werden die Bund-Länder-Arbeitsgruppen in verschiedensten Aspekten sehr häufig thematisiert. Natürlich wäre es erstrebenswert, eine raschere Umsetzung hinzubekommen, als es in der Realität derzeit der Fall ist. Allerdings sind leider häufig dicke Bretter zu bohren. Aber ich kann Ihnen zusagen: Wir bleiben auf jeden Fall dran.

Sie haben gesagt, eine Vereinfachung des Steuerrechts wäre wünschenswert. Das stimmt natürlich. Wenn aber das Steuerrecht einfach und gerecht sein soll, haben wir schon ein gewisses Spannungsfeld, das nicht so leicht aufzulösen ist. Das Ziel bleibt trotzdem weiterhin richtig und unterstützenswert, auch wenn wir uns selbstkritisch eingestehen müssen, dass die jüngste Steuerreform bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer leider nicht zu einer Vereinfachung, sondern eher zu mehr Komplexität geführt hat, die von der Finanzverwaltung zu bearbeiten ist. Auch das ist eine große Herausforderung.

(Ministerin Edith Sitzmann)

Wir freuen uns auch, dass wir mit den Verhandlungen über die Bund-Länder-Finanzbeziehungen ein für Baden-Württemberg sehr gutes Ergebnis erzielen konnten; Sie haben darauf hingewiesen. Auch wir sind mit Ihnen völlig einig, dass wir – Sie haben den Applaus hier im Haus vernommen – kein föderales Rollback wollen, sondern weiterhin die Kulturhoheit der Länder, gerade auch im Bildungsbereich, schützen wollen. Wir werden uns weiterhin sehr wachsam dafür einsetzen, dass die Eigenständigkeit der Länder und die Eigenständigkeit Baden-Württembergs in diesem Bereich nicht ausgehöhlt, sondern weiter gestärkt wird.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Tobias Wald CDU: Sehr gut!)

Das heißt natürlich auch, dass wir uns das Ressort für Kultur, Jugend und Sport – Sie haben es in Ihrer Denkschrift getan – immer wieder genau anschauen müssen. Kollege Kößler hat darauf hingewiesen: Dieser Einzelplan ist mit 10,6 Milliarden € der größte im gesamten Landeshaushalt. Deshalb ist es auch besonders entscheidend, auf die Ressourcen zu achten, die wir dort einsetzen. Die Lehrkräfte machen über 50 % des Landespersonals aus.

Wir sind Ihnen, dem Rechnungshof, sehr dankbar, dass Sie sich auf Bitten der Kultusministerin und von mir bereit erklärt haben, die Organisationsstrukturen, die Ressourcensteuerung genauer unter die Lupe zu nehmen, damit die vorhandenen Lehrkräfte – auch im Interesse der Kinder – da eingesetzt werden, wo sie gebraucht werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich noch auf die Änderung von § 18 der Landeshaushaltsordnung bzw. der entsprechenden Verordnung eingehen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich möchte noch einmal für die Beratung des Rechnungshofs und für Ihre Ausführungen hier, Herr Präsident Munding, danken. Sie haben hier noch einmal betont, dass es in einer Zeit der Niedrigzinsen die wirtschaftlichere Entscheidung ist, implizite Schulden abzubauen.

Herr Kollege Glück, ich habe es schon öfter gesagt, ich sage es aber gern noch einmal:

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE zu Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Andi, für dich zum Geburtstag!)

Es ist eindeutig geregelt, wofür diese Mittel verwendet werden: Es können Schulden am Kreditmarkt zurückgeführt werden, es können aber auch Sanierungs- oder Erhaltungsmaßnahmen bzw. Ersatzinvestitionen – aber nur Ersatzinvestitionen – getätigt werden. Wir können Eventualverbindlichkeiten tilgen, oder wir können dem Versorgungsfonds Mittel zuführen.

Deshalb möchte ich an dieser Stelle den Vorwurf, den Sie hier in den Raum gestellt haben, hier würde Missbrauch betrieben, in aller Deutlichkeit zurückweisen. Das ist alles klar geregelt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Tür und Tor geöffnet!)

Zu den Anmerkungen, die der Kollege Hofelich gemacht hat. Sie haben gefordert, Herr Hofelich, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Daran arbeiten wir, Grüne und CDU, und darum ringen wir. Aber ich kann nur sagen: Bei den Haushaltsberatungen scheint die SPD-Fraktion genau das nicht getan zu haben. Sie haben nämlich Anträge gestellt, die in der Summe zu 250 Millionen € Mehrkosten geführt hätten, und Sie haben keine Gegenfinanzierung angeboten.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Das wird durch Wiederholen nicht richtiger! – Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist einfach falsch! – Abg. Sabine Wölfe SPD: Das ist die alte Platte aus der letzten Legislaturperiode!)

– Es tut mir leid, aber der Vorwurf fällt auf Sie zurück.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Sie waren dabei, als ich es richtiggestellt habe! Oberpeinlich! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Herr Kollege Hofelich, ich muss auch noch einmal richtigstellen, dass wir sowohl für die Bildung als auch für die Kommunen mit über 10 Milliarden € so viel Mittel zur Verfügung stellen wie nie zuvor. Von Kürzungen kann also überhaupt keine Rede sein.

(Abg. Gernot Gruber SPD: Das ist ja ein Witz! – Abg. Reinhold Gall SPD: Das sehen die Kommunen aber anders!)

Hierfür stehen mehr Mittel als je zuvor zur Verfügung.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Abg. Peter Hofelich SPD: Der Beifall hält sich in den hinteren Reihen aber in Grenzen!)

Nach diesem kurzen Exkurs möchte ich zum Schluss kommen.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Das ist der beste Teil der Rede!)

Ich möchte den Beteiligten des Rechnungshofs noch einmal für ihre gute, wichtige, konstruktive und kritische Arbeit danken. Ich kann sagen: Auch wir wollen diesen Weg des konstruktiven Miteinanders im Interesse des Landes und im Interesse einer verantwortungsvollen Finanzpolitik mit Ihnen gern weiterführen.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die unter Punkt 6 a der Tagesordnung aufgeführten Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Finanzen zur Denkschrift 2016 des Rechnungshofs. Hierzu liegen insgesamt 27 Beschlussempfehlungen, Drucksachen 16/801 bis 16/827, vor. Ich schlage Ihnen vor, diesen 27 Beschlussempfehlungen entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Finanzausschuss zuzustimmen. –

(Zuruf: Jawohl!)

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Sie sind damit einverstanden. Damit ist es so beschlossen.

(Zuruf: Sehr gut!)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die unter Punkt 6 b aufgeführte Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen – Prüfung der Rechnung des Rechnungshofs (Einzelplan 11) für das Haushaltsjahr 2014 durch den Landtag –, Drucksache 16/1143. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dieser Beschlussempfehlung ist bei wenigen Enthaltungen einstimmig zugestimmt.

Zum Schluss stelle ich die unter Punkt 6 c aufgeführte Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen – Haushaltsrechnung des Landes Baden-Württemberg für das Haushalts-

jahr 2014 –, Drucksache 16/1144, zur Abstimmung. Wer auch dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch dieser Beschlussempfehlung ist bei wenigen Enthaltungen einstimmig zugestimmt.

Tagesordnungspunkt 6 ist erledigt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 9. März 2017, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 17:35 Uhr